

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierfachjährl. 2.10 Mf., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierfachjährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 13688.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inseraten kosten die gesetzte Zeitseite oder deren Raum 25 Pf., bei Blattvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.00 Mf. pro Tausend für die Gesamtauslage, bei Zeitauslage 4 Mf. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer ist 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Der Bund der technisch-industriellen Gewerken protestierte auf seiner Ostertagung entschieden gegen die geplante Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.

Dem englischen Unterhaus wurde ein Gesetzentwurf zur Überwachung ausländischer Verbrecher unterbreitet, der eine Gefährdung des Asylrechts bedeutet.

Beim Brande des Rathauses von Schwerin wurden kostbare Gemälde und Altertümer vernichtet.

Die Aufständischen in Mexiko haben Aguia Prieta geräumt.

## Eine Anklageschrift gegen den Militarismus.

Leipzig, 19. April.

Eine Arbeit über die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen, die ein Prof. Dr. Rudolf Kobatsch eben in Wien erscheinen läßt, wird jetzt viel in der deutschen Parteipresse besprochen. Und das mit gewissem Recht. Zum Kampfe gegen den österreichischen Imperialismus hat der Verfasser viel Material gesammelt, das auch der Sozialdemokratie in ihrem prinzipiellen Kampfe gegen den Militarismus dienen kann. Eine aufreizende Sprache führt z. B. folgende Tabelle, die Kobatsch einer Enquête, die das Ministerium des Auswärtigen in Frankreich im Jahre 1910 unternommen hatte, entnimmt. Es betragen

	Wohlfahrts- ausgaben	Militions- ausgaben	Berhältnis in Millionen Mark
in England . . . . .	300	1576	1:5
„ Frankreich . . . . .	120	1247,7	1:10
„ Deutschland (das Reich) . . . . .	80,00	2250	1:28
„ Belgien . . . . .	28	64,2	
„ Österreich-Ungarn . . . . .	26	580,6	1:22
„ Dänemark . . . . .	0,84	42,1	1:48
„ Schweiz . . . . .	0,06	50	1:81
„ Norwegen . . . . .	3,42	33,8	1:11
„ Spanien . . . . .	3,00	105,4	1:21,7

Und welche Folgen diese Verwandlung des Staats in eine Pumpmaschine zeitigt, die alle Kräfte des Volkes aussaugt, um den Moloch des Militarismus zu mästen, das zeigen einige auf Geratewohl aus den sehr interessanten 26 Tabellen des Buches herausgegriffene Zusammenstellungen. Während in Schweden auf 10 000 Einwohner 137 Sterbefälle, in Norwegen 142 kommen, beträgt die Zahl der Sterbefälle in Österreich 228, in

Ungarn 298, in Bosnien 277, in Russland 273, in Spanien 233, in Serbien 237; während auf 10 000 Einwohner in Norwegen nur 36, in Schweden 23 auswandern, beträgt die Zahl der Auswanderer in Österreich 63, in Ungarn 101, in Russland 89; auf 1000 Einwohner oder Rekruten gab es Analphabeten in Schweden 26, in Norwegen 3, in Österreich aber 356, in Ungarn 475, in Russland 617, in Serbien 496. Aber während in Schweden die Kopfquote des Außenhandels 224 Mf. und der Rüstungsauslagen 16 Mf., in Norwegen die erste 308, die zweite 10 Mf. betrugen, standen sie in Österreich-Ungarn im Verhältnis 13 : 105, in Russland 33 : 10, in Serbien 47 : 7, in Spanien 76 : 7 usw. Je niedriger ein Land auf der Leiter der ökonomischen Entwicklung steht, desto mehr frisht der Militarismus an seinem Mark, zu desto gefährlicher Geisel des Landes wird er.

Die statistischen Vergleiche zeigen, wie ungeheuer er in den letzten Jahren gewachsen ist: in den 25 Jahren (1883—1908) wuchs er in Europa überhaupt um 101 Prozent, in Deutschland aber um 244 Prozent. So wachsen die Ausgaben, während wir uns „des Friedens erfreuen“, und inmitten dieses Friedens präsentiert man Europa folgende Tabelle für das Jahr 1910:

	überhaupt in Europa in Millionen Mark	
1. Direkte Rüstungsauslagen	9 500	7 000
2. Entgang der aktiv dienenden (in Europa 5 Mill. a 1000 Mf.)	?	5 000
3. Dienst für Staatschulden	7 000	0 000

Der Friede kostet Europa 18 Milliarden jährlich. Und man könnte aus dem kleinen Büchlein noch eine Menge anderer gleich greller Zahlen aneinanderziehen und alle sagen mit gleicher Kraft das gleiche: der Militarismus ist nicht nur eine Last, er ist ein Verbrechen an der Gesundheit des Volkes, er ist ein Verbrechen gegen sein Streben nach Kultur. Aber nicht nur die Geißelung des Militarismus unternimmt der Verfasser. Er will auch die Heuchelei der Argumente zeigen, die von den Militärfreunden für den Militarismus vorgebracht werden. Die Rüstungen sollen die Ausfuhr schützen. Und was sagen die Ziffern: um 1000 Mf. Außenhandel zu schützen, braucht man Rüstungskosten in:

Belgien	5,76 Mf.
Holland	7,00 "
Dänemark	22,40 "
Norwegen	38,40 "
Großbritannien	51.— "
Deutschland	87,80 "
Frankreich	93.— "
Spanien	104,10 "
Italien	108.— "
Österreich-Ungarn	137.— "
Russland	250.— "

In ein noch gresseres Licht wird die Sache gerückt, wenn man folgende Zusammenstellung Kobatschs in Betracht zieht:

	Kopfquote der Ausfuhr 1900	"Versicherungsprämie" der Ausfuhr durch Rüstungsauslagen in Prozent
Holland	713,33	1,80
Belgien	402,25	1,26
Schweiz	258,82	3,55
Dänemark	244,32	4,02
Großbritannien	235,30	11,30
Frankreich	135,76	10,20
Norwegen	125,47	8,22
Deutschland	107,16	20,15
Italien	45,01	28,06
Spanien	37,50	21,10
Russland	17,10	81,20

Diese Zusammenstellung beweist nämlich, daß der Militarismus als Absicherungsprämie überhaupt jedes verlustigen regelnden Prinzips bat ist: die da am meisten Nutzen aus diesem Schutz ziehen, zahlen am wenigsten, die da am meisten zahlen, zahlen für nichts und wieder nicht. So sieht die Sache aus, wenn man, wie Prof. Kobatsch es zu tun scheint, den braven Marinejäger glaubt, so sie von dem Schutz der Handelsflotte durch die Marine faseln. In Wirklichkeit ist es eine Fälsel, denn seitdem auf den wichtigsten Schiffahrtswegen die Seeräuberei der Araber, Marokkaner ausgetilgt wurde, kommt doch dieser Schutz nur in Kriegsfällen in Betracht, aber dann ist keine Flotte imstande, die in der ganzen Welt zerstreute Handelsfahrt zu schützen, aus dem einfachen Grunde, weil sie auf einige Punkte konzentriert werden muß. Und bei dieser Nichtigkeit des Schutzes beträgt die durchschnittliche Versicherungsprämie 13 Prozent! Trotzdem es offenkundig ist, daß es sich um eine inhaltslose Phrase handelt, ist es wert, einmal eine Antwort auf sie zu vernehmen: „Die Rüstungen sind gar keine Versicherung im wirtschaftlichen Sinne — schreibt Kobatsch —, und zwar aus mehrfachen Gründen: Keine vorausbestimmte Schadenfülle, auch niemals genau zu erheben — sie wird überhaupt niemals erhoben; die Prämie wird vielmehr danach bestimmt, was die Nachbarn für diese Versicherung zahlen. Der Versicherer wäre hier dieselbe Person wie derjenige, von dem der Eintritt des schädigenden Ereignisses, wenigstens bis zu einem gewissen Grade abhängt: nämlich die Regierung. Ferner würde hier die merkwürdige Tatsache gelten, daß, je höher die Prämie ist, desto unwahrscheinlicher der Eintritt des Schadens wird, was jedem versicherungsmathematischen Grundsatz offenbar widerspricht.“ (S. 32.)

Diese Ausführungen klingen direkt komisch, und nichts ist charakteristischer für den Militarismus, als daß jede ernste Erwiderung auf seine Begründung den Eindruck

## Seuilleton.

### Das Auge des Schlafenden.

Roman von Georg von der Gabelschi.

34] Nachdruck verboten.  
Annas Mienen hellten sich einen Augenblick auf. Meinst das wirklich? — Über der Bub von der Winkelbäuerin hat mir gesagt, der Steinlaubertoni hab den Hof und seine Herren in Mals getroffen, da sei der Jakob nicht mehr dabei gewesen. Der Stadelbäuerin ihrer Schwester soll er auch versprochen gehabt haben, zur Taufe zu kommen.“

Lachend machte der Schwaigerbauer eine wegwerfende Bewegung mit dem Arm.

„Auf das Geschwätz von einem dummen Buben und dem Steinlaubertoni sein Gerede kannst doch nichts geben, Anna! Der Steinlaubertoni, der kennt seinen eignen Vater nicht. — Geh, der Jakob wird schon wieder heimlehren.“

„Glaubst wirklich?“

„Ah! Ganz gewiß!“

„Gebt der Herrgott, du, daß du recht behältst. Ich bin so in Angst.“

Über das Antlitz des jungen Weibes glitt ein Zug, halb Bangen, halb Hoffnung. Diesmal streckte sie dem Bäuerin zum Zeichen des Dankes die Hand hin, dann wandte sie sich rasch und eilte weiter.

Anna lief geradeaus den Weg nach dem Tal hinab, dann bog sie einige hundert Schritte tiefer plötzlich zur Seite. Ein undeutlicher, von den Hufen weidender Kühe und Ziegen gebildeter Pfad leitete durch Kieserngestrüpp, zwischen Blöcken und über moorigen Boden wagerecht in der Richtung auf den Ferner zu. Erst weiterhin gelangte

man von ihm aus an eine Holzbrücke, über den Bach und auf den Weg nach dem Käseret.

Als die junge Frau eine Lichtung betrat und dem Gletscher ins kalte, hochmütige Gesicht schaute, hemmte sie ihre Schritte und sank müde und mit schmerzenden Knie auf einen Steinblock. So starrte sie über die grünen Wipfel hinaus. Sie und der Ferner sahen sich lange in die Augen.

Das Haar war ihr an den Schläfen herabgeglitten, sie strich es aus der erhöhten Stirn, aber sie konnte damit die Geister nicht verschrecken, die an ihrem Hirn zehrten und es aufzusaugen drohten, wie die Fäulnis das Mark eines Baums frisst. Ihre Seele quälte sich ab in der Umklammerung feindlicher Gewalten und rang mit ihrer Stärke, daß ihr Herz immer schmerzhafter an die Rippen schlug.

Sie fragte den Ferner, er mußte es ja wissen, er allein, wo Jakob Jörger geblieben war. Ueber seinen Leib waren die Männer vor drei Tagen am zeitigen Morgen emporgestiegen. Sein Auge mußte es wissen, ob einer von ihnen im Laufe des Tages auch wieder zurückgekommen war.

Der Ferner hatte einen weißen Mantel frischen Schnees über si geworfen und barg hinter ihm seine Züge. Unter der glitzernden Decke lag er mit regungslosen Gliedern, unabkömmert um die Mühen und Sorgen der Menschen.

Seufzend wandte Anna ihre Blicke dem Boden zu. Ein verlorenes Lächeln kam mit einem Male aus irgendeiner tiefen Kammer ihres Herzens, glitt über ihr Antlitz und malte scharfe Schatten um ihren Mund. Dumpfes Einsamkeitsgefühl fiel von allen Bergen herab auf ihr Herz. Es überkam sie jäh und mit furchtbarer Stärke, es lastete mit eisigem Frost.

Die junge Frau tastete nach einem Gedanken, der stark genug wäre, ihr einen Weg aus ihren Angsten zu zeigen.

Sie sah ihr Leben gleichsam vor ihren Augen in einen grundlosen Abgrund gleiten, immer tiefer in unerbittlichem Fall. Und je heißer dies Leben gewesen war, je

mehr es Flammen und Glut und vorwärts drängende Sehnsucht gewesen war, um so enger schloß jeht die Käste der Einsamkeit ihre Augen um sie, um so tiefer dies Sinken ins Leere.

Anna faltete die Hände über den Knien, sie konnte sich nicht entschließen, nach dem Hofe heimzutreten. Ihr fehlte die Kraft, sich zu erheben, ihre Seele aus den unbekreiflichen Banden zu lösen, die sie lähmten. Ihre Blicke klammerten sich mit tausend Bitten an das versinkende Schattenbild ihres Lebens. Sie hielt es einen Augenblick fest und sah noch einmal die Jugend und ihre flatternden, sorglosen Spiele; sie durchlebte noch einmal die Jahre des Erwachens von Kinderträumen, da aus heissem Grunde unbelannte Gewalten stiegen, und aus Schwanken und Tasten die Liebe zu Jörger sich löste. Und dann sah sie wiederum die Not der Mutter und die Stärke des Mannes, der sie als Weib zu sich genommen hatte, die Stärke Cyprian Holzers.

Der Käseretbauer hatte eine schwere Hand auf sie gelegt und sie unter seinen Willen gebeugt. Doch hatte sie den stolzen Bauern nicht gerade ungern gehabt, und der Leib der andern Mädchen, als der reichste Mann im Tal sie zu sich nahm, hatte ihrer Eitelkeit geschmeichelt.

Über die ewigen Kräfte waren über jeden Zwang Sieger geblieben, hatten über Furcht und Gewissen, über die Macht des Herkommens und weibliche Scheu, über die Fesseln der Kirche und das Band gegebenen Worts triumphiert.

Ein Leben voll Sünde und Seligkeit hatte begonnen. Ein Leben, dessen bittere Wonnen sich zu kosten waren, und dessen zitternde Lust täglich neu erobert werden mußte. Ein Leben auf schwindelndem Grat, Sonnen vor sich, aber Abgründe zur Rechten und Abgründe zur Linken. Herrlich war die Erinnerung an die ersten, scheuen, süßen Worte der Liebe mit Jörger, an den ersten Kuss, die erste Umarmung, den ersten wilden Raush der Leidenschaft! Ihre Liebe hatte nicht im schwülen Nachtdunkel ge-

einer Marotte erwecken muss. Sehr beachtenswert sind die Ausführungen des Verfassers über das sogenannte Produktivitätsargument, das von den Befürwortern des Militarismus speziell für das Kleinbürgertum und das Proletariat gebraucht wird. Die Rüstungskosten, die der Volkswirtschaft entnommen werden, lehnen zu ihr zurück — heißt es. Darauf antwortet Kobisch mit einer Reihe stichhaltiger Argumente, von denen wir nur das wichtigste zitieren wollen:

„Man stellt sich diesen Kreislauf so vor, als ob die Entnahme der Rüstungsgelder aus der Volkswirtschaft etwa gleichzeitig, oder wenigstens sehr rasch hennach derselben Volkswirtschaft, und zwar denselben Wirtschaftssubjekten zugute kommt. Zwischen diesen beiden Alten des Rüstungsdramas liegt aber ein oft sehr langer Zwischenraum, und die Alteure sind ganz andre; im ersten Alt Volksglieder, im zweiten feudale Herren, die Geldaristokratie. Der erste Alt des Dramas ist die Einhebung der hohen oder wegen der Rüstungen neuverdängten erhöhten Steuern, die Bezahlung der Schuldzinsen für die Rüstungen usw. Diese Beträge werden zum größten Teil von allen Wirtschaftssubjekten bezahlt, von den kleineren sogar relativ in höherem Maße als von den größeren, weil ja die indirekten Abgaben bekanntlich in allen Budgets die Haupteinnahme bilden. Außerdem gibt es in den meisten Staaten Steuern für bestimmte Wirtschaftsgruppen oder Berufe, welche aber auch meist wieder auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können, z. B. die Gebäudesteuer. Die Ausgabe der Gelder für die Rüstungswaffe, der zweite Alt des Dramas erfolgt begreiflicherweise viel später und kommt zunächst einigen großen Produzenten und großen Lieferanten, in manchen Ländern auch, wenngleich zu einem bescheidenen Teil, den kleineren Gewerbetreibenden oder, was Lebensmittel betrifft, auch den Utoproduzenten zugute.“

Dies alles, wie die vorher erwähnten Gedankengänge des Verfassers, sind rein bürgerliche Ideen. Wenn man dem Verfasser demokratisches Gefühl nicht absprechen kann, so verbindet ihn doch nichts mit dem Proletariat und seiner Auffassung des Militarismus. Seine gut begründeten Anklagen wider den Militarismus stören die Frage auf: Was ist aber die Quelle dieses Wahnsinns? Auf diese Frage gibt der Verfasser keine Antwort, was ihn natürlich nicht zurückhält von dem Anpreisen pazifischer Mittel gegen den Militarismus. Aber trotz dieser Mängel, die jedem Genossen bei der Lektüre wert, weil es viel Material zum Kampfe gegen den Militarismus enthält. Der billige Preis des Buchs — es kostet nur eine Mark — erleichtert seine Anschaffung.

## Französischer Parteitag.

Zweiter Tag.

St. Quentin, 17. April.

Die Debatte über den Fraktionsbericht wird fortgesetzt.

**Gaure** (Dordogne): Ich kann nicht wie mein Freund Mappoport etwas „heroisches“ in der Politik unserer Fraktion finden. Die Opposition gegen Briand war selbstverständlich. Der Redner billigt den Enthusiasmus nicht, der Monis entgegengebracht wurde.

**Maffin-Dugens**: Ich habe im Fall Malry für die Kreditbewilligung gestimmt. Die meisten andern Genossen hätten dasselbe getan, wenn das Ministerium in Gefahr gewesen wäre. (Sturmischer Beifall bei einem Teil des Parteitages. Der vorliegende Compère-Morel meint: Das ist eine persönliche Ansicht.)

Baurenne erklärt, warum er bei der Nachwahl in St. Claude seine Kandidatur im zweiten Wahlgang gegen einen Republikaner aufrechterhalten habe und bemerkt weiter: Als der gemäßigte Sozialist, der ich bleibe, bin ich doch der Ansicht, daß wir immer mehr den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen uns zu gewärtigen haben. Sicher will die große Mehrheit der Partei dem radikalen Experiment, als welches sich das Ministerium Monis darstellt, kein Hindernis in den Weg legen. Bleiben wir aber vorsichtig!

**Fourès**: Ich verlene nicht die Notwendigkeit und Richtigkeit der an unserer Tätigkeit geübten Kritik, besonders wenn sie bei aller Schärfe so freundlich wie diesmal ausgetragen wird. Niemals war die Fraktion in ihrer Gesamtheit in solcher Übereinstimmung mit der Partei und mit sich selbst wie in der letzten Legislaturperiode. Gegenüber den in Erfahrung übergegangenen bürgerlichen Parteien stehen wir in frohem Kreisbewußtsein da. Die Einigkeit in der Fraktion braucht man nicht erst herzustellen, sie ist eine gegebene Tatsache. Mit Mappoport bin ich durchaus einverstanden. Zwei Regeln müssen

siegt, nein, im Glühen des Mittags, unter dem Sang der Vögel, unter Blumen, die im Licht standen, hatte sie Jörger gesagt: „Da, Jakob, nimm mich! Ich bin dein!“

Das alles zog heute an ihr vorüber, und es grub Spuren in ihre Erinnerung wie rote tiefe Wunden.

Schluchzen erschütterte den Leib der jungen Frau. Sie preßte das heiße Haupt in die Hände, suchte alle diese Erinnerungen wie einen Schleier über die Gegenwart zu wenden und weinte. Die blanken Tränen quollten ihr unaufhaltsam zwischen den Fingern herab und tropften auf ihre Knie, tropften ins Moos.

Sie suchte sich die Worte zu wiederholen, die der Gaisbub der Bäuerin heute morgen zu ihr gesagt, und brachte sie nicht mehr zusammen; auch war ihr entfallen, was sie dem eifrig Plappernden erwidert hatte; Herz und Zunge waren wie gelähmt gewesen; ihre Augen wie erblendet.

Sie wußte nur, daß sie sich schwindelnd mit der Rechten an einen Fichtenzweig geklammert und dann plötzlich von einer unüberstehlichen Gewalt fortgetrieben ohne Plan und Überlegung nach Jörgers Hof gerannt war. Umsonst hatte sie dort Knecht und Magd nach ihm gefragt, sie hatte dann im benachbarten Gehöft die Wilderbäuerin vor ihrer Tür gefunden und gleichfalls ausgefragt. Gleichfalls umsonst.

Mit vielen Worten und lebhaften Armbewegungen hatte die Alte nur immer wiederholst, daß niemand von allen Leuten, die sie getroffen und gesprochen, wisse, wo Jakob Jörger geblieben sei, und daß dies ein großes Unglück bedeute, in Wahrheit ein großes Unglück; denn was sollte ohne den Bauern aus der Wirtschaft werden? Jörger sei ihr obendrein das Geld für ein Kalb schuldig geblieben, und die geliehene Sennse sei auch noch nicht zurückgebracht worden.

Schrecklich, daß der Herrgott unerwartet so ein Unglück schicken konnte!

Anna hatte ein Glas Milch bei der Wilderbäuerin getrunken, denn sie war am Verdursten; dann war sie weitergerannt, ohne etwas zu entgegnen.

uns leiten: unsre fundamentale Opposition gegen die kapitalistische Gesellschaft, die unser Kampf erst mit dieser aufzuhalten machen kann und die Ausnutzung der wechselnden Situationen. Eine Regierung will die sozialistische Idee realisieren. Jede ist ein Ausdruck des Kapitalismus, aber wir sehen einen wechselnden Einschlag neuer Elemente. Mappoport zieht mit Recht fünfzig Schläge hundert Schlägen vor. Aber er, der Marxist, sollte sich an den Marxisten den Schlag von den Quantitätsdifferenzen erinnern, die in Qualitätsdifferenzen umschlagen. Mappoport sprach von einer heroischen Periode. Wir haben schwere Kämpfe ausgefochten. Hätten wir nicht der entscheidungsvoilen Stunde des Eisenbahnerstreiks eine Verantwortlichkeit, die nicht die unsre war, auf uns genommen, wären wir Verräter an der Arbeitersklasse gewesen. Aber gerade in dieser Zeit war es leicht für uns, unser Weg zu finden. In Wahrheit fängt die heroische Periode da an, wo wir einem Ministerium gegenüberstehen, das uns unsre Entscheidungen nicht so leicht macht. Wir müssen da in jedem Augenblick die Interessen des Proletariats wahren, ohne von unserem Programm etwas aufzugeben. Wir sind vollständig unabhängig. Hätten wir uns der Regierung gegenüber gebunden, würden wir auf der Seite des Proletariats doppelt verlieren, was wir bei ihr gewinnen. Faure unterschätzt die Bedeutung des Sturzes Briands. Damals sagte ich den Radikalen, als die Kapitalisten sich bewillten, Briand als den unentbehrlichen Mann wieder juristisch zu bringen: Läßt euch einen Sieg nicht stehlen! Zeigt, was ihr könnt, wir werden euch keine Stelle in den Weg legen — aber unsre Unabhängigkeit werden wir bewahren. — Unabhängig entscheiden wir, sei es, daß wir uns über die einzelnen Fragen beraten haben oder in der Kammer eine Vereinbarung improvisieren müssen. Praktisch ist die Eininstimmigkeit bei uns fast vorhanden. Beanstandet wird eigentlich nur das Votum im Fall Malry. Wir haben da aber nicht dem Ministerium das Vertrauen, sondern einen Kredit bewilligt, bei dem es allerdings die Vertrauensfrage ausgeworfen hatte. Die Übertragung des Strafvollzugs aus dem Gefort des Ministeriums des Innern und der Polizei in das des Justizministeriums ist eine alte Forderung von uns. Die Wit der Briandisten und Konservativen bei diesem Punkt zeigte uns ihren Wert. Als es dann zur Sturmzene kam, blieben nur einige arme Reformisten in ihrer Partei sitzen. Wir stimmen für die Regierung. Ihr revolutionäres Temperament aber hatte sich in stürmischer Draufgängerei die vorherige Kompensation der folgenden kalten Abstinenz verschafft. (Heiterkeit und Beifall.) Die Folge dieser Übertragung des Strafvollzugs an das neue Unterstaatssekretariat der Justiz war die Freilassung der verhafteten Eisenbahner und Radikale, die Bewährung des für politische Härtlinge geltenden Regimes, die Verurteilten und — sprechen wir es offen aus — auch die Entscheidung des Kassationshofes in der Frage der Mitschuld an allen auf französischem Boden verübten Sabotageakten. Alles dies haben wir ohne Kompromisse erreicht. Die Verhandlung über die Eisenbahner war charakteristisch, weil die Radikalen gezwungen wurden, die Gewalttat, die sie mit auf ihr Gewissen geladen hatten, wieder gutzumachen. In Frankreich sind Regierungen nicht mehr möglich, die gegen die Arbeitersklasse eine dauernde Gewalttätigkeit ausüben — eine Ordnung einer weniger halben Gerechtigkeit muß ihnen folgen. Was wird nun geschehen? Entweder werden die Gefestigten nachgeben, und das wird ein großer Sieg für die organisierte Arbeiterschaft sein. (Mappoport ruft: Nur der Status quo!) Nein! Die Armee, die nach einer Niederlage das Schlachtfeldjuridisch gewinnt und ihre Gefangenen befreit, erlangt mehr als den Status quo. Geben die Gefestigten nach, so ist das eine weittragende Verstärkung der Macht der Arbeitersklasse. Wenn die Gefestigten aber widerstehen, so wird entweder die Regierung und ihre Mehrheit jämmerlich untergehen und wir bleiben einzige mit bewährter Waffe zurück, oder sie erhält die verlangten Waffen und dann wird der Kampf zwischen der Republik und den monopolistischen Gesellschaften, eine neue Periode großer sozialer Entscheidungen anbrechen. Nehmen wir die Wiederkunft im Interesse des Proletariats wahr! — Der Redner schließt mit einem Appell, im revolutionären Handeln dem Geist Vabous truhen zu bleiben. (Minutenlanger, sich immer wiederholender Beifall der Parteigruppe, die folgt der Rede.)

### Nachmittagssitzung.

Die Diskussion über den Fraktionsbericht — in Wirklichkeit steht sie allerdings eine Menge anderer Gegenstände in ihrem Bereich — dauert fort.

Prof. Edgard Milhaud (Rhône), ein Spezialist in den Fragen des Staats- und Gemeindesozialismus, beantragt eine Resolution zugunsten des Rückkaufs aller Bahnliniens. Gaude und seine Freunde protestieren gegen eine Erörterung dieser Frage, die nicht auf der Tagesordnung des Parteitages steht. Die Unterbrechungen nehmen einen sehr stürmischen Charakter an und der Redner schließt im Färm unter andauerndem, demonstrativem Beifall der Mehrheit.

### Der Ministerialismus unmöglich.

Baillant bestätigt, daß noch niemals die Parteifraktion unter sich und mit der Partei so einig war. Wir alle wissen, daß jede Regierung die Geschäftsführerin der Kapitalisten ist (Beifall besonders bei den Guédisten) und die notwendige Anpas-

Der Schwaigerbauer erst hatte sie etwas mit der Annahme beruhigt, Jakob Jörger könne am Ende trock der Behauptung des Steinlauberton in Sulden geblieben sein, um mit einer neuen Partie über den Ferner heimzukehren. Anfangs hatte sie auf diesen kleinen Hoffnungsschimmer gestarrt, wie der Eingekeherte die Lichtstrahlen auffängt, die in seine Nacht hinabtauchen, und sie verzich darüber dem häßlichen Kerl im Augenblick all seine Bosheit.

Dann aber war allmählich vor andern Überlegungen auch diese verblaßt und verschwunden.

Und mit der Überzeugung, daß Jörger etwas zugeschossen, und daß er fortan aus ihrem Leben ausgelöscht sei, kam dieser selbst von neuem vor ihr Antlit.

Die Tränen waren versieg, ihre Augen glühten. Da richtete sie sich auf, um heimzufahren.

Sie hatte es aufgegeben, nach Gond hinunterzulaufen und Hilfe im Dorf zu holen oder dort nach Jörger zu fragen. Welchen Zweck könnte das haben; man wußte ja von seinem Verschwinden, man hatte es drunter sogar sicherlich eher erfahren als sie selbst und längst die nötigen Maßregeln ergriffen. Das allein hielt sie ab, das Dorf aufzusuchen. Der Gedanke, daß sie sich allen durch ihre Sorge verriet, kam ihr nur wie ein flüchtiges Nebelsbild, das der Wind sogleich wieder in ein Nichts zerstieß.

Was lag ihr jetzt daran, was die Menschen sagten und dachten? Hatte es auch nur irgendwelchen Wert, konnte es auch nur um Haarsbreite die Last des Schmerzes und der Verzweiflung heben, die ihre Brust zu erdrücken drohte?

Ihr war, als sei ihr Leben jeden Inhalts beraubt, als habe man ihr das Licht, die Sonne selbst genommen.

Noch heute morgen war sie ahnungslos aufgestanden; sie hatte, wie die letzten Tage, so auch heute früh kaum ein flüchtiges Wort mit ihrem Mann gesprochen; dann hatte sie die Mägde angestellt und war ins Tal hinabgestiegen, um sich bei dem nächsten Bauern nach Hühnern

zu setzen an die gegebenen Situationen uns nicht in Widerspruch mit unsrer gegen den Staat und den Kapitalismus gerichteten Ideen bringen darf. Man hat vom Ministerialismus gesprochen. Aber seit Amsterdam sind wir mit ihm fertig. (Donnerender Beifall, an dem die Freunde Faure's beteiligt.) Dieses Experiment wird sich nie wiederholen. Nicht nur die Alten der Bewegung, auch die Jungen sind darüber einer Meinung. Kein Ministerialismus ist mehr möglich! (Minutenlanger Beifall.)

Compère-Morel bringt eine Resolution in diesem Sinne ein. (Amen und ruft: Das steht schon im Einigungspunkt)

Pressens spricht über den Propos und wendet sich gegen das „Apparentement“ seinen Vorschlag zur Änderung des Wahlverfahrens, das im schärfsten Widerspruch zu unsrer Annahmen steht. Wir wollen den Konföderatismus, die ärgste Pege der französischen Politik, verhindern und die Parteien organisieren. Das Apparentement aber würde die üblichen Sitten des zweiten Wahlgangs schon vor den ersten verlegen. Ich frage mich ob einem System, das das Apparentement mit Elternverteilung zuläßt, nicht die einstweilige Aufrechterhaltung des heutigen Systems noch vorzuziehen ist. Wenn erst einmal eine Reform gemacht ist, vergeht vielleicht ein Menschenalter, bis es zu einer neuen kommt.

Gaude wendet sich in einer scharfen Rebe gegen den Antrag, die von Milhaud beantragte Resolution in der Kommission zu verhandeln. Neben der Frage der Nationalisation hat keine Föderation diskutiert. Keine Kommission kann den Föderationen und dem Parteitag vorgreifen. Ich fordere Rückversetzung an den nächsten Parteitag. Man fordert die Nationalisation im Interesse der Eisenbahner. Daselbe Recht haben aber auch die Textilarbeiter usw. Wir fordern ja auch die Verstaatlichung der Bergwerke. Wo aber sind die Milliarden für den Anlauf vorhanden? Wir finden nicht eine Partei des Rückkaufs, sondern eine Partei der Expropriation. (Lebhafte Beifall.) Dazu kämpfen wir um die politische Macht. Der Rückkauf dient oft zur Vereicherung der Kapitalisten. Ich begreife, daß die Kapitalisten es vorziehen, sich heute auslaufen, statt sich später entgegen zu lassen. Übergeben wir die Angelegenheiten regelrecht den Föderationen und ersparen wir uns Manifestationen für etwas, was den Kapitalisten ganz recht wäre.

Fourès: Nicht die Kommission soll das letzte Wort sagen, sondern der Kongress. Dies aber scheint mir wohl am Platzen. Erstens weil die Debatte über die kommunale Regie ohnehin die Frage der öffentlichen Dienste mit sich bringt wird. Zweitens aber ist die Fraktion oft gezwungen, Stellung in Fragen zu nehmen, die noch nicht von einem Parteitag diskutiert sind. Niemand wird die sofortige allgemeine Nationalisation der Bahnen verlangen. Wir müssen aber unser Verhalten bestimmen, bis zum Tag, wo wir die kapitalistische Gesellschaft expropriieren. (Gaudé: Wenn Sie sie aufgekauft haben, können Sie sie nicht expropriieren!) Gerade weil die Frage schwierig ist und weil sie im Parlament praktische Bedeutung bekommen kann, muß der Kongress Stellung nehmen. In einem Jahre können wir die Partei vor ein Satz accomplishiert haben.

Compère-Morel wendet sich gegen Faure's Antrag, die Resolution Milhauds der Kommission für munizipale Regie zu überweisen. Wir haben kein Mandat für diese Frage mitbekommen. Stellen wir nicht die Partei vor ein Satz accomplishiert.

Groussier spricht über die Wahlreform: Das Apparentement ist immer noch besser als das heutige Wahlsystem. In Belgien, wo Sie das gute System herrschend glauben, gibt es fast überall Wahlkarte.

Sembat will eine Kampagne gegen das Apparentement. Sollte aber die Frage praktische Bedeutung bekommen, so soll die Fraktion mit dem Parteivorstand die Entscheidung treffen.

Achmen wir jetzt schon das Apparentement an, so läßmen wir die Bewegung dagegen, lehnen wir es bedingungslos ab, so läßmen wir, die auf das gefährlichste aller Systeme, das Elternverteilung, laufen.

Der Bericht der Fraktion wird einstimmig genehmigt.

### Internationales Bureau.

Baillant erstattet den Bericht und gedenkt besonders der Haager Konferenz der niederländischen und belgischen Genossen.

Gouquet meint, auch wenn man nicht in die Überreibung

der deutsch-englischen Konfliktgesetze versalle, müsse man eine

Aktion des Proletariats, namentlich im Hinblick auf die mögliche Rückkehr der englischen Konservativen zur Macht, wünschen.

Auch in der Marokkofrage sei der Stuttgarter Entscheidung für Frankreich und Spanien anzuwenden.

Gouagnet fragt, ob der internationale Sekretär Huysmans mit dem österreichisch-nationalistischen Agitator identisch sei, der den Böllerhah nähere.

Baillant antwortet, daß Huysmans nicht gegen die französische Kultur, sondern für Rechte der Männer, die er für gerecht hält, kämpft, und beruft sich auf das Zeugnis des Wallonen Demblon aus Lüttich, der ihm beim neulichen Besuch der belgischen Bürgermeister in Paris Aufklärungen gegeben hat.

Sembat meint, man müßte sich wohl etwas mit dieser österreichischen Agitation beschäftigen, worauf Baillant repliziert, daß Sembat als Sekretär der interparlamentarischen Konferenz Gelegenheit zu weiteren Erläuterungen habe.

Der Bericht wird einstimmig genehmigt.

umzusehen, denn ein Mörder hatte ihr neulich nachts die besten Hennen getötet. Auf dem Wege war ihr der Gaisbub begegnet. Mit einem Scherzwort hatte sie ihn angerufen, mit einer Todesbotsschafft hatte er geantwortet.

Über konnte denn das nicht am Ende doch alles bloßes Geschwätz sein, unnötige Angst? Ließ sich denn Jörgers Verschwinden nicht auch anders erklären? Mußte ihm denn unbedingt etwas zugeschrieben sein?

Der Kreislauf ihrer Gedanken endete bei seiner Wandern durchs Dunkel ganz natürlich wieder bei diesem letzten Lichtfunken, den der Schwaigerbauer in ihrem Herzen geweckt.

Anna hatte Eile, mit ihrem Mann zu reden. Er kannte ja genau den Weg, er kannte den Ferner, da er früher öfter Touristen, die über den Gletscher nach Sulden stiegen, begleitet hatte. Vielleicht auch wußte er, ob Jörger, ohne erst heimzukehren, sich gleich auf die Vergangenheit des Bären gemacht. Ja, er kannte im Eifer der Jagd die Tage, die er im Revier zugebracht und bei einem der Sennen Unterkunft gesucht haben.

So wechselten Hoffnungen und Zweifel, und ein Gesicht verjagte das andere.

Die junge Frau achtete nicht auf den Weg, sie verließ ihn und lief quer durch den Wald, um die Windungen abzutunzen. Die Reste der Latschen schlügen ihr mit fleißigen Fingern ins Gesicht, hesteten sich an ihre Nase und hielten sich an ihre Haare, die scharfen Kiefernadeln rissen ihre blutige Spuren in die Wangen. Es war ihr gleich. Nur ab und zu fuhr sie mit der Hand über ihr brennendes Antlit, aber sie sah nicht die roten Blutstropfen, die sich danach auf ihren Fingern zeigten. Bald bemerkte sie, daß sie in dem Gewirr von Blättern, im Gestrüpp der Zwergkiefern und Alpenrosen, das hier und da zwischen alten Lärchen den Boden überwucherte, nur langsam und unsicher vorwärts kam, und sie strebte darum, das Unterholz mit kräftigen Armen auseinanderbiegend, dem Wege wieder zu, wobei sie das Rauschen des Baches leitete.

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkschaftsbewegung.

Klassenkämpfe in Oberfranken.

II.

Und die Ursache hierzu? Eine recht hohe Forderung der Arbeiterschaft nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse? Mit nichts!

Wie schon im ersten Artikel gesagt, hatte die Textilindustrie in den letzten zwei Jahren teilweise unter schwachem Geschäftsgang zu leiden, weshalb die Unternehmer eine Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedener Form eintreten ließen, meistens in der Form des freien Sonnabendnachmittags. Das kam aber den verheirateten Arbeitern ganz besonders zu statten. Sie brauchten sich jetzt nicht mehr die ganze Nacht zum Sonntag und diesen selbst noch mit Schenken, Waschen und Glücken abzuplagen, sondern konnten das am Freitag und hellen Nachmittag tun! Als nun die Geschäfte wieder besser gingen und allgemein die normale Arbeitszeit von 60 Stunden wieder eintreten sollte, wehrten sich hiergegen namenslich die meist organisierten, verheirateten Arbeiterinnen dreier Webereien. Sie wurden bei den Unternehmern vorstellig und erreichten, dass fortan als dauernde Einrichtung der Sonnabendnachmittag von 12 Uhr ab arbeitsfrei sein solle. Das war etwa Mitte Juli vorigen Jahres. Kein Mensch dachte daran, dass jemals wieder eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten würde, um so weniger, als die Fabrikanten selbst keinerlei Wunsch äußerten oder sich über den Ausfall an Arbeit während des Sonnabendnachmittags beschwerten. Indes, böse Beispiele verderben gute Sitten, mögen die süddeutschen Textilunternehmer gedacht haben, als nämlich die auch recht zahlreiche Textilarbeiterchaft von Augsburg gleichfalls die Forderung des freien Sonnabendnachmittags erhob und sich darauf befreit, dass diese beschiedene Forderung teilweise schon erfüllt sei in der andern lgl. bayrischen Stadt — Hof! Nun trat der Verband süddeutscher Textilindustrieller in Aktion und gebot seinen Hofs-Mitgliedern, den freien Sonnabendnachmittag wieder aufzuhören und wie die andern bayrischen Textilbetriebe voll arbeiten zu lassen.

Dies wurde durch Anschlag vor vier Wochen den betreffenden Arbeitern kurzerhand bekannt gegeben. Die Arbeiterschaft der drei Betriebe ging aber zur direkten Aktion über, lehrte sich nicht an den Anschlag, sondern verließ Sonnabend mittags die Fabriken, um nachmittags nicht wiederzukommen. Daraufhin erfolgte die Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft der drei Webereien, und als diese vollkommen wirkungslos blieb, sperrten die andern Hofs-Webereien gleichfalls aus. Auch dieser Schreckshus war, wie leicht erklärlich, ohne jede Wirkung, und so ist denn jetzt die Aussperrung der Spinnereien verfügt, so dass nunmehr die gesamte Textilindustrie still liegt. An 6000 Arbeiter sind Arbeiterinnen sind aufs Pfosten geworfen, weil sich ca. 700 davon den für die verheirateten Arbeitern so dringend nötigen freien Sonnabendnachmittag nicht widerstandlos nehmen lassen wollten. Ein Klassenkampf in ausgeprägtester Form ist es, der da geführt wird, und was jahrelange Agitation des Textilarbeiterverbands nicht vermocht hat, das hat der Verband süddeutscher Textilindustrieller zu Wege gebracht, der gesamten Arbeiterschaft die Lehre unverblümlicher Solidarität ins Gewissen zu schreiben! Mag daher der Kampf, der der Arbeiterschaft im wahrsten Sinn des Wortes aufgedrungen ist, ausgehen wie er will, die Organisation wird den Ruhm davon haben und mit vollem Recht kann sie sagen: Es leben unsre Freunde, die Feinde! Mit der Aussperrung in Hof treffen zeitlich zusammen die Kämpfe zweier anderer Organisationen, des Steinärbeiter- und des Lederarbeiterverbands in Rehau, zwei Stunden von Hof. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser beiden Berufe sind (als gelernte Berufe) zwar besser wie die der Textilarbeiter, lassen aber auch noch sehr viel zu wünschen übrig, zumal sie beide schwere körperliche Anstrengungen bedingen. Steinärbeiter und Lederarbeiter verfügen zurzeit über eine gute Organisation und stellen daher Forderungen nach Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnen rundweg ab. Darauf traten die gesamten Steinärbeiter, an einhundert; in den Streik, die Lederarbeiter mit etwa 60 Mann nur in einem Betrieb. Die beiden Kollegen des bestreiten Lederfabrikanten müssen aber wohl den Hofs-Textilindustriellen etwas abgeguckt haben, denn was nach Lage der Verhältnisse kein Mensch erwartete, sie kamen ihrem bedrängten Freund zu Hilfe und sperrten gleichfalls aus, so dass zurzeit 140 Lederarbeiter im Kampf stehen, neben den etwa 100 Steinärbeitern. Was das für das kleine, 6000 Einwohner zählende industrielle Städtchen heißt will, liegt auf der Hand. Als eine der ersten Folgen ist das starke Anwachsen der andern Verbände, vor allem des Holzarbeiterverbandes zu verzeichnen, der dort in den Holzwollfabriken ein sehr großes Rekrutierungsgebiet hat.

Wie gesagt, konnte noch im vorigen Jahr kein Mensch an solche umfangreichen und schweren Kämpfe in Oberfranken denken, nicht an einen Streik, noch viel weniger aber an Aussperrungen. Den Unternehmern blieb es vorbehalten, unter der Gefahr der schwersten wirtschaftlichen Schädigung der Gemeinden Hof und Rehau Kämpfe herauszubeschwören, die sicher einen Markstein in der Geschichte der gewerkschaftlichen Klassenkämpfe Oberfrankens bilden werden, und die ein für allemal die bisher von so vielen indifferenzen Arbeitern geglaubte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit restlos zerstören. In Hof und Rehau sind über 6000 Arbeiter durch die Solidarität der Unternehmer arbeitslos gemacht, in der Hauptstadt, weil sich einige hundert verheiratete Arbeitern nicht einen freien Nachmittag rauben lassen wollten, das wird den gesamten Unternehmern nicht vergessen werden und aus der Solidarität der Unternehmer werden auch die Arbeiter die einzige richtige Lehre ziehen. Ein Jahrzehnt höchstens, und das industrielle Oberfranken ist eine Hochburg der modernen Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des ausgeprägten Klassenkampfes stehen, und das erreicht zu haben, ist das Verdienst der Unternehmer!

## Leipzig und Umgebung.

Achtung, Mutter und Hilfsarbeiter! Am Neubau der Unternehmer Fähnert und Nowak, Sellerhausen, Bollowstraße, haben die Kollegen keinen Lohn bekommen. Der Bau ist für Verbundskollegen solange gesperrt — auch wenn ihn ein anderer Unternehmer übernehmen sollte —, bis die Kollegen ihren Lohn erhalten haben. Ferner machen wir die Kollegen nochmals darauf aufmerksam, dass folgende Bauten gesperrt sind: Bauunternehmer Dertel, Neubau Auger, Spichernstraße; Eisenacher Becker u. Co., Neubau Leibniz, Schönauer Straße; Bauunternehmer H. Jäger, Neubau Leipzig, Kaiser-Augusta-Straße.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Leipzig.

## Deutsches Reich.

### Lohnbewegung im Braunschweig-Wagdeburger Bergrevier.

Nachdem am Karfreitag die Belegschaftsvertreter des Zechenbezirks Bergreviers zu der ablehnenden Antwort der Braunkohlenwerke Stellung genommen hatten, tagte am Ostermontag in Schöningen eine Konferenz der organisierten Belegschaftsvertreter des Wagdeburger und Braunschweiger Reviers, um zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. An der Konferenz nahmen Vertreter der drei Bergarbeiterorganisationen und außerdem solche des Verbandes der Maschinen- und Heizer- und Metallarbeiterverbands teil.

Bekanntlich haben die Werksbesitzer ihre ablehnende Haltung in der Lohnfrage damit begründet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse der Werke eine Lohnzulage nicht zulassen. Auf der Konferenz wurde von Dusemann-Dortmund nachgewiesen, dass Werke diese Antwort unterzeichnet hätten, die sich des besten Geschäftsganges erfreuen. So habe das Werk Caroline in Osleben in den letzten drei Jahren jährlich 30 Prozent Dividende ausgeschüttet; außerdem wären hohe Summen für Renten und Alterszulagen abgeschrieben. Aehnlich steht es auch in anderen Werken. Die Behauptung in der Antwort der Werke, dass die Löhne gestiegen seien, sei für Braunschweig schlecht kontrollierbar, weil hier noch keine offizielle Lohnstatistik heraus sei. Im Jahre 1907 aber habe der Durchschnittslohn 3.73 Mk. pro Tag betragen, während er 1908 nur 3.50 Mk. aufwies; eine Steigerung sei im Jahre 1910 nach den Angaben der Arbeiter nicht eingetreten. Nach den Auslastungen der bürgerlichen Presse wollen die Bergwerksbesitzer deshalb mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln, weil diese noch keine Macht besitzen. Hier müsse infolge nachgeholt werden, dass die Arbeiterorganisationen gestärkt würden. Jetzt müssten erst die Ausschlüsse vorgenommen und die Bergbehörde und das Gewerberat als Vermittlungsinstitut angerufen werden.

Die Belegschaftsvertreter stimmen den vom Referenten gemachten Vorschlägen zu. Die Aussprache bewies, dass die ablehnende Antwort der Werke die Bergleute empört hätte. Einstimmig wurde dann beschlossen, die Ausschlüsse, soweit sie vorhanden sind, mit der Vertretung der Arbeiterforderungen zu beauftragen. Ferner wird erwartet, dass die Bergbehörde vermittelnd eingreift.

Am 30. April sollen in allen Gruben der genannten drei Belegschaftsversammlungen stattfinden, in denen Lohnkommissionen für jedes Werk gewählt werden können, das ist deshalb notwendig, weil die Ausschlüsse größtenteils von unternehmerfreundlichen Arbeitern besetzt sind und weil auf den braunschweigischen Werken keine Arbeiterschaftsliste bestehen. Die Konferenz war weiter einmütig der Ansicht, dass alle zulässigen Mittel angewandt werden müssten, um den Arbeiterforderungen Geltung zu verschaffen.

**Die Ausschlussbewegung im Oberlausitzer Braunkohlenrevier.**  
Der Streik der Bergarbeiter im Braunkohlenrevier Zittau-Reichenau ist im zunehmenden Begriffen. Jetzt haben sich auch die Belegschaften mehrerer Bergwerke in Olbersdorf bei Zittau dem Streik angeschlossen. Der Streik dürfte weitere Kreise auch in Industriebetrieben ziehen, da die Kohlevorräte mehrerer größerer Fabrikbetriebe erschöpft sind. Einige solcher Betriebe werden bereits in den nächsten Tagen davon betroffen. Die Mitglieder des christlichen Verbandes haben sich dem Streik nicht angeschlossen.

### Zum Kampf im Mainz-Ludwigshafener Hasengebiet.

Die Fabrikinspektion ist eifrig bemüht, die Parteien zu einer Einigung zu führen. Die Arbeitgeber und die Arbeiterorganisationen haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Wahrscheinlich finden noch im Laufe dieser Woche Verhandlungen statt. Die Situation für die Unternehmer verschlechtert sich inzwischen von Tag zu Tag. Die von Eßen herbeigeholten Streikbrecher erweisen sich für die Frage kommenden Arbeiten als unbrauchbar. Ein Unternehmer hat notgedrungen jetzt schon höhere Lohnsätze mit der Organisation vereinbart, als ursprünglich gefordert wurden. Eine andere Firma hat den Maschinen- und Matrosen vom 1. April 1911 ab 1.50 Mk. und vom 1. April 1912 ab weitere 50 Pf. Lohnzulagen zugestimmt. Mit beiden Firmen, die bisher dem Arbeitgeberverband angehören, wurde ein Tarifvertrag vereinbart. Aus den Reihen der Streikenden ist bisher nicht ein einziger Streikbrecher zu verzählen.

### Lohnbissezenzen bei der Textilfirma Wagner & Co. in Olbersdorf bei Zittau.

Die Firma, die über 600 Arbeiter beschäftigt, ließ in ihren Betrieben eine Abänderung der Grundberechnung der Webblöhne eintreten, die für die Textilarbeiter eine Lohnreduzierung bedeutet. Die Webblöhne betragen hier wie in der ganzen Oberlausitz überhaupt nur 10.— bis 18.— Mk. pro Woche. Es besteht die Gefahr, dass auch noch andere Betriebe in ähnlicher Weise vorgehen werden. Arbeitsangebote nach dort sind jedenfalls mit allergrößter Vorsicht aufzunehmen.

## Ausland.

### Hafenarbeiterausstand.

Infolge einer Anordnung des Völkerrates, wonach die Arbeitszeit der Hafenarbeiter in Libau ohne entsprechende Lohnzuschlag um eine Stunde verlängert werden sollte, haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt.

### Eingesessene Schriften.

Die Holzindustrie in der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Bearbeitet nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Octav. 286 Seiten. Preis pro Exemplar 2 Mk., gebunden 2.50 Mk.

Die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in den Karosseriebau-Werkstätten. Nach einer von der Zentralkommission der Stellmacher im Herbst 1910 vorgenommenen Erhebung. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Octav. 82 Seiten. Preis pro Exemplar 50 Pf.

# Soziale Rundschau.

Ostbelgisches.

Folgende Tatsachen enthalten einen kennzeichnenden Vertrag zur Bedeutung ostbelassischer Rechtszustände: Ein Knecht, der am 1. April 1909 bei dem Amtsverwalter und Mittergutsbesitzer Reich genannt Spaeth in Groß-Droossen (Kreis Labiau) in den Dienst getreten war, mindigte ordnungsgemäß am 1. Oktober 1909 und verließ am 1. April 1910 seinen Dienst. Sein "Dienstherr" verlangte aber, er solle bis zum 1. Oktober 1910 bleiben. Er begründete seine Forderung mit der Form der Lohnzahlung und erklärte, der Knecht dürfe nicht am 1. April gehen, da die Lohnabrechnung am 1. Oktober jeden Jahres erfolgt sei, das Lohnjahr also vom 1. Oktober bis zum 30. September laufe. Der Arbeiter lehrte sich daran nicht, und nun machte der Unternehmer den Versuch, den Knecht durch eine Verjährungszeit zur Fortsetzung seines Dienstes zu zwingen. Natürlich kam der Knecht der Auflösung nicht nach, worauf eine Strafe von 15 Mk. oder von drei Tagen Haft gegen ihn festgesetzt wurde. Zugleich wurde ihm eine weitere Strafe von 50 Mk. oder von 6 Tagen Haft angedroht, falls er nicht innerhalb 24 Stunden seinen Dienst antreten würde.

Der Knecht wandte sich nun an eine rechtskundige Stelle, die Beschwerde beim Landrat einlegte. Der Landrat musste die erste Verjährungszeit aufheben, da der Amtsverwalter wegen persönlicher Beteiligung als Dienstherr für den Vertrag nicht zuständig war. Mit der Sache wurde jetzt ein anderer Amtsverwalter betraut, durch den der Knecht sofort mit weiteren Strafmaßnahmen bedroht wurde. Auf erneute Beschwerde beim Landrat wurde der Knecht abgewiesen; der Landrat stellte sich auf den Standpunkt des Unternehmers, der Knecht müsse bis zum 1. Oktober 1910 im Dienst bleiben. Auch eine Beschwerde beim Königsberger Regierungspräsidenten blieb erfolglos.

Der Knecht sollte schon zur Verbilligung seiner Haftstrafen abgeführt werden; nur auf dringendes Ersuchen wurde schließlich davon vorläufig Abstand genommen. Es wurde Klage beim Oberverwaltungsgericht gestellt, und dies erlaubte endlich auf Aufhebung der Strafverfügung. In der Verhandlung wird ausgeführt: Die Dauer der Dienstzeit des Gesindes hängt von freier gegenseitiger Übereinkunft bei der Vermietung ab. Wolle ein Teil den Dienstvertrag nach Ablauf der Dienstzeit nicht fortsetzen, müsse er innerhalb der schriftlichen Frist aufklären. Die Aufklärungsfrist werde bei Landgerichte auf 3 Monate vor Ablauf der Dienstzeit angenommen. Soll keine Aufklärung erfolgt, werde die Verlängerung auf ein ganzes Jahr gerechnet. Sternach sei der vom Kläger mit seinem Dienstherrn am 1. April 1909 auf ein Jahr, also bis zum 1. April 1910 abgeschlossene Dienstvertrag mangels einer Aufklärung um ein ganzes Jahr, und in der Folgezeit wiederholt in gleicher Weise um ein weiteres Jahr verlängert worden. Mit dem Ablauf dieses Dienstjahrs endet das Dienstverhältnis infolge der vom Kläger am 1. Oktober 1909, also rechtzeitig ausgesprochenen Kündigung. Wenn die Lohnzahlung oder Lohnabrechnung erfolgt sei, könne nicht als erheblich ins Gewicht fallen. Habe so der Kläger den Dienst in geschmäler Weise verlassen, schließen die tatsächlichen Voraussetzungen, die die Polizeibehörde berechtigt hätten, den Kläger zwangsweise zur Fortsetzung des Dienstes anzuhalten. Aus diesen Gründen seien die polizeilichen Anordnungen aufzuheben.

Wenn es nach dem Amtsverwalter, Landrat und Regierungspräsidenten gegangen wäre, hätte der Knecht viele Tage Haft verbüßt und den Dienst bei seinem Dienstherrn wieder angetreten müssen. Der Arbeiter kämpft aber ja um sein Recht und erwang schließlich den Sieg. Aber nicht jeder Landarbeiter, jeder Knecht geht bis zum Oberverwaltungsgericht. Die meisten wagen es nicht einmal, Beschwerde gegen die Verfügungen der untersten Instanz einzulegen, auch dann nicht, wenn sie offensichtlich ungültig sein sollten.

## Legte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 18. April. Wie verlautet, hat die Untersuchung gegen den verhafteten Kassendirektor des Ministeriums des Innern Hamon bereits zahlreiche Fälle von Betrug und Veruntreuungen ergeben. So soll festgestellt sein, dass Hamon aus dem Geheimfonds des Ministeriums 78 000 Frank entwendet habe. Ein Maler, der für die Gebäude der Wiener Botschaft Arbeiten in Höhe von 17 000 Frank ausgeführt hatte, erhielt die Summe erst nach mehrjährigem Drängen, mußte aber eine Empfangsbescheinigung über 30 000 Frank ausstellen. Der Architekt Chedanne im Ministerium des Innern ist nach einem Verhör vor dem Untersuchungsrichter verhaftet worden unter der Anschuldigung, an der Affäre Hamon beteiligt zu sein.

Paris, 19. April. In einer sichtlich offiziösen Zeitungsnote wird erklärt, es sei gegenwärtig noch unmöglich, zu sagen, ob es notwendig sei, eine Expeditionssolonne nach Fez zu entsenden oder nicht. Falls die Lage in Fez verzweigt erscheine und das französische Institut sowie der Europäer sein solle, dann werde Frankreich keinen Augenblick entgehen, entsprechende Maßregeln zu ergreifen.

Paris, 19. April. Matin meldet aus Fez: Über 1000 Zaimas sind im Anmarsch gegen Fez und werden Miliz Hasid ihre Dienste anbieten, aber zur Bedingung machen, dass er sich sofort von El Glaoui trennt und die Europäer veranlaßt, Fez zu verlassen. Sämtliche Offiziere und Unteroffiziere der französischen Militärmision haben Befehl erhalten, von nun an marokkanische Tracht anzulegen. So trug gestern der französische Oberst Mangin zum ersten mal die marokkanische Rezza.

London, 19. April. Das Unterhaus sah bis morgens 4½ Uhr, um die Debatte über die erste Klausel der Parlamentsbill abzuschließen. Die Annahme erfolgte mit 143 gegen 76 Stimmen.

Konstantinopel, 18. April. Nach einer Depesche des Oberkommandanten im Jemen sind die Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Amran nördlich von Sanaa eingerückt. Die Rebellen, die sich in Talashan befanden, ergriffen die Flucht. Mehrere Scheine erschienen in Sanaa, um sich zu unterwerfen. Sechs Bataillone mit einer Batterie marschierten gegen Hadje; einige eindrucksvolle Scheine in der Umgebung von Hadje haben sich bereits unterworfen. Es verlautet, dass der Imam Fahia Hamra verlassen habe. Bei Nassir und Mebhut wird gekämpft.

Cetinje, 18. April. Nachrichten von der Grenze des Oberkommandanten im Jemen sind die Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Amran nördlich von Sanaa eingerückt. Die Rebellen, die sich in Talashan befanden, ergriffen die Flucht. Mehrere Scheine erschienen in Sanaa, um sich zu unterwerfen. Sechs Bataillone mit einer Batterie marschierten gegen Hadje; einige eindrucksvolle Scheine in der Umgebung von Hadje haben sich bereits unterworfen. Es verlautet, dass der Imam Fahia Hamra verlassen habe. Bei Nassir und Mebhut wird gekämpft.

Berantwortlich für den rebellen Teil:

Alfred Neimling in Leipzig.

Berantwortlich für den Interaten Teil:

Friedrich Villier in Borsdorf-Pelztalg.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengesellschaft.

Diese Nummer umfasst 14 Seiten.

# MAIFEIER 1911

Das Maifest des Proletariats stand im vergangenen Jahre im Zeichen des verschärften Klassenkampfes. Vom Machtkitzel getrieben, versuchte das wahnwitzige Unternehmertum im Baugewerbe nahezu 200 000 Arbeiter auf die Knie zu zwingen. Mit hinreissender und kraftatmender Wucht hat die Arbeiterschaft diesen brutalen Versuch abgeschlagen. In hunderten grösseren oder kleineren Schlachten hat seitdem die Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus um Besserung ihrer Lebenslage, um mehr Lohn und weniger Arbeitszeit, um Sicherung gegen die mörderischen Gefahren der Fronarbeit mit Erfolg angekämpft. Auch auf politischem Gebiet hat das Proletariat seinen Mann gestanden, bei allen Wahlen hat es in kraftvoller Geschlossenheit seinem unzweideutigen Willen Ausdruck gegeben, dass es mit dem herrschenden Regime nicht einverstanden ist. Solch mutige, zielklare Entschlossenheit geziemt dem Proletariat.

Aber auch der Widerstand der herrschenden Klassen ist heftiger geworden. Hasserfüllt und mit Wutgeheul sehen sie das Erstarken der Arbeiterbewegung und deshalb das brennende Gelüste der Scharfmacher, die Bewegung des Proletariats in Blut zu ersäufen.

Nach neuen Knebelgesetzen krächzen die Nachteulen der Reaktion. Nicht politischer und sozialer Fortschritt, sondern Rückschritt ist die Lösung der Machthaber. Die Reichsversicherungsordnung, die in den nächsten Wochen im Reichstag zur Durchpeitschung gelangt, soll der Arbeiterschaft wichtige Rechte rauben. Und dies wird nur der Anfang von weiteren Entrechtungen sein.

Schweren Kämpfen geht die Arbeiterschaft entgegen, einer Welt von Feinden steht sie gegenüber. Da gilt es, zu rüsten. Je brutaler der zerstampfende Fusstritt des Kapitalismus wütet, um so dröhnender muss der Ruf des Proletariats erschallen: Los von aller sozialen Brutalität! Hinweg mit allen Handschellen der politischen Unterdrückung, Befreiung von der rasselnden Fusskette der Lohnknechtschaft!

Am 1. Mai gibt das Proletariat aller Länder diesem Verlangen besonders stürmischen Ausdruck. Auf einen Tag befreien sich die Arbeiter aus der entnervenden kapitalistischen Hetzjagd und setzen der kapitalistischen Arbeitsweise, die den Geist tötet, die Forderung nach der sozialistischen Ordnung entgegen.

Die Leipziger Arbeiterschaft, die stets im Vordertreffen des Kampfes gestanden, wird dafür sorgen, dass die Maifeier 1911 ihre Vorgängerinnen an Umfang, an innerem Gehalt und in der äusseren Form übertrifft. Darum heisst es, für eine gewaltige Anteilnahme zu wirken, alle Vorbereitungen für die Feier zu treffen, die Lässigen aufzurütteln und sie mit Begeisterung für die Ideale des Weltfeiertages zu erfüllen.

## Rüstet das Maifest!

## Politische Uebersicht.

Bahn frei für den Fleischwucher.

Der Beschluss des Bundesrats, die bisher vorgeschriebene Tuberkulinprobe für das auf dem Seeweg nach Deutschland eingeführte Vieh durch eine klinische Untersuchung zu ersetzen, stößt bei den unentwegten Propagandisten des Fleischwuchers im Bund der Landwirte auf unterschiedlichen Widerstand. Die vom Bund herausgegebene Agrarpolitische Korrespondenz kommentiert den Bundesratsbeschluss in ablehnendem Sinne. Sie sieht in ihm eine „Vorderung des Seuchengrenzschutzes“; die Tuberkulinprobe sei bisher das einzige Mittel und immer noch der beste Schutz gegen die Einschleppung tuberkulösen Vieches gewesen. Das ist nun entschieden gelogen, denn die Impfung des eingeführten Vieches mit den verschiedenen Tuberkulinumpräparaten hat sich als völlig unzuverlässig und irreführend erwiesen. Es zeigte sich dabei, daß völlig gesundes Vieh auf die Tuberkulineinspritzung hin reagierte, während wirklich tuberkulöses Vieh keine Reaktionssymptome aufwies. In den einzelnen Quarantäneanstalten waren die Resultate der Impfung außerdem total verschieden — kurz die Probe erwies sich als absolut zweiflos und verursachte nur unnötige Kosten, die die Kölnerische Zeitung auf rund 12 Ml. pro Rind berechnet, ohne daß die angeblich bezweckte Verhütung einer Einschleppung von Seuchen damit erreicht werden konnte. An die Stelle der Tuberkulinprobe soll nun, wie schon gesagt, eine klinische Untersuchung des seewärts eingeführten Vieches treten, was eine Mehranstellung von Tierärzten an den Quarantäneanstalten nötig macht. Das verursacht natürlich ebenfalls Kosten, doch werden diese nicht so hoch sein, wie für das bisherige Verfahren. An der schikanösen zehntägigen Quarantäne, die das eingeführte Vieh durchzumachen hat, bevor es geschlachtet werden darf, und die natürlich außerordentlich preisverteuernd wirkt, wird, das sei nochmals ausdrücklich hervorgehoben, durch den Bundesratsbeschluss ebensowenig etwas geändert wie an den bestehenden enorm hohen Zollsätzen. Aber auch die zu erwartende geringe Verminderung der Kosten des ausländischen Viehimports bei Wegfall der Tuberkulinprobe, die so minimal ist, daß er im Kleinhandel gar nicht in die Erscheinung treten wird, erscheint den AgrarierInnen außerordentlich bedenklich; der Profit der großen inländischen Viehproduzenten könnte dadurch etwas herabgemindert werden. Entrüstet schreibt die Bündlerkorrespondenz:

Solange man also kein besseres Schutzmittel als die Tuberkulinprobe hat, soll man auch dabei bleiben. Daß man aber nach den neuesten Bundesratsbestimmungen, in Bezug auf den Seuchenschutz, nichts besseres an die Stelle setzen will, beweist doch schon die Niedergabe in dem amtlichen Berichte, daß „die bisherige Tuberkulinprobe die Fleischversorgung Deutschlands erschwert haben soll“. Die neu geplanten „klinischen Untersuchungen“ sollen also scheinbar so zu verstehen sein, daß mehr Vieh als bisher nach Deutschland hereinkommen kann! Das ist nach Lage der Sache ein mehr als bedauerlicher Beschluß...

Mit diesen Sätzen beweist das Bündlerorgan, daß es ihm und seinen Hintermännern bei den angeblich zur Verhinderung der Seucheneinschleppung getroffenen Maßregeln nicht um den vorgeschüchten Zweck, sondern einzig und allein um die Hochhaltung der Viehpreise zu tun ist. Die Hereinlassung ausländischen Vieches erscheint den Zunftlern als eine Todsfürde gegen den geheiligten agrarischen Bucherprofit, und sie sehen sich deshalb prinzipiell gegen jede noch so geringfügige Abschwächung unserer glorreichen Grenzsperrpolitik zur Wehr. Es ist nach diesem Eingeständnis der Agrarpolitischen Korrespondenz denn auch nur eine recht klägliche Manipulation, wenn sie die Notwendigkeit der Beibehaltung der Tuberkulinimpfung durch Anführung der Zahlen über die Seuchensäfe in Deutschland und im Auslande zu beweisen sucht und über die angeblich so niedrigen Schweinepreise jammert. Ganz abgesehen davon, daß die Schweinefuschen für oder gegen die Tuberkulinprobe gar nichts besagen, da diese nur bei Kindern angewandt wurde, sind die angeführten Zahlen höchstens ein neuer Beweis für die Unsinngkeit unseres „Seuchenschutzes“. Die Zahlen zeigen nämlich, daß trotz hermetischer Grenzabschließung die Viehseuchen in Deutschland in viel größerem Umfang grassieren als in irgend einem der angeführten nordischen Viehexportländern. Eine solche klägliche Argumentation zeigt eben nur, wie jämmerlich es um die Position der Fleischwucher bestellt ist.

## Deutsches Reich.

Vorbereitung zum Umsatz.

Die Strafprozeßreformvorlagen — Gerichtsverfassungsgeknolle und Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung — befinden sich zurzeit bekanntlich im kritischen Stadium, da der Reichstag bei der zweiten Lesung im Plenum Beschlüsse gefaßt hat, die nach der Versicherung der Regierung unannehmbar sind. Er hat auch die Berufungsinstanzen — die Berufungsstrafkammern und die neu zu bildenden Berufungsenate der Landgerichte, an die die Berufungen gegen die Strafkammerurteile gehen sollen — mit Laienrichtern besetzt. Die Regierung aber will in den Berufungsinstanzen keine Mitwirkung des Laienelements, sie will sie überhaupt nur pro forma bewilligen, will die Möglichkeit für die Staatsanwaltschaft haben, eine Sache durch Berufung schließlich doch noch vor einem laienfreien Richterkollegium zu bringen: Eine bunt zusammengewürfelte Mehrheit des Reichstags hat aber dem Unannehmbarkeit der Regierungsvorlage keine Beachtung geschenkt; sie bestand aus Sozialdemokraten, Fortschritten und Teilen des Zentrums und der Nationalliberalen. Das auf diese Absplitterungen der beiden letzteren Parteien sehr besonders fest Verhaft ist, war von Anfang an klar. Jedenfalls sind einflußreiche Kräfte in den Ministerstücken und innerhalb dieser Parteien selbst an der Arbeit, um für die dritte Lesung eine Wiederholung des unbekümmerten Beschlusses zu verhindern. Ein Symptom dieser Arbeit ist ein Artikel der Kölnischen Volkszeitung, der offenbar darauf angelegt ist, die Zentrumsmittel, die im Februar unter Führung Gröbers für die Berufung von Laien in die Berufungsgerichte gestimmt haben, zur Umkehr zu bestimmen. Der Artikel stellt die Berufung als das

Wesentliche, die Gestaltung der Berufungsinstanz als Nebensache hin. So sagt der Artikel:

Die Laienrichterfrage droht sich nun wieder zu einer Sandbank zu entwickeln, auf der das ohnehin zwischen allerhand Gefahren nur mühsam dahinfegende Schiff der Prozeßreform zu stranden droht. Und doch sollte man sich darüber klar sein, daß die Beteiligung der Laien an der Rechtspflege hier nicht die Bedeutung hat, die man ihr vielfach beizumessen geneigt ist, und daß sich diese Frage an Wichtigkeit jedenfalls nicht mit der alten Frage messen kann, daß gegen die von den Strafkammern in erster Instanz erlassenen Urteile nur das Rechtsmittel der Revision und nicht die Berufung zugelassen ist.

Den Schluß macht eine Darlegung, daß die Laienrichter heute in den Schöffengerichten doch eigentlich nichts zu bedeuten haben, eine Darlegung, die gegen die Mitwirkung der Laien in der Rechtspflege spricht. Es kann sich demnach offenbar bis zur dritten Lesung, die ohnehin noch in weiterer Entfernung steht, denn die zweite ist schon in den Anfängen wegen der Etatberatung verlassen worden, noch vieles, vieles wenden!

## Den Prügelstock her!

In Berlin hat nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter ein sechzehnjähriger Laufbursche am Ostersontag seine Mutter durch einen Revolverschuß verletzt, angeblich weil sie ihm das Geld für den Besuch eines Vergnügungsplatzes verweigerte. Bei seiner Festnahme soll der Bursche — immer nach den Mitteilungen der bürgerlichen Lokalpresse — geküßt haben, es tue ihm eigentlich leid, seine Mutter nicht besser getroffen zu haben. Diese Roheit — verausgezogen, daß die Mitteilungen der erwähnten Blätter den Tatsachen entsprechen, was zu bezweifeln man alle Ursache hat —, veranlaßt nun das Blatt Knutens-Dertels, sie durch eine mindestens ebenso grohe Roheit in den Schatten zu stellen. Das Blatt leistet sich nämlich die folgende Anpreisung des alten Dertelschen Ideals, der Prügelstrafe:

Die schreckliche, scheußliche Gemeinheit dieser Handlungswweise geht über das menschliche Verständnis hinaus. Was geschieht nun mit diesem verirrten Unhold? Vorangegangen, daß er nicht für „pathologisch“ erklärt wird, erhält er ein paar Jahr Gefängnis, weil er infolge seines Lebensalters noch nicht reif für das Zuchthaus ist. Das weiß der Bursche. Würde er wohl seine entsetzliche und grauenhafte Schandtat vollbracht haben, wenn er gewußt hätte, daß ihn wiederholte, nachdrückliche und empfindliche körperliche Schmerzausübung erwarteten? Wann endlich werden wir uns dazu aufschwingen, die vertierten, unmenschlichen Unben zu behandeln, wie sie es verdienen?

Wir brauchen nicht noch besonders zu betonen, daß wir die Tat des jugendlichen Knudens auf das schärfste verurteilen. Als Vorbeugungsmittel gegen die Wiederkehr solcher Roheitsverbrechen aber die Einführung der Prügelstrafe zu empfehlen, ist, wenn nichts schlimmeres, eine kindliche Utopie, ganz abgesehen davon, daß sie auch für den Verbrecher selbst, nachdem die Tat geschehen ist, als Erziehungsfaktor völlig versagen würde. Über die Dertelsche Prügelbegleiterung hat auch für ihn und seine nächsten Freunde recht bedenkliche Konsequenzen. Wir sehen dabei noch ganz ab von der argen Diskreditierung, die die Idee der Prügelstrafe erst kürzlich in Dänemark durch einen ihrer begeisterten Verfechter, den Exminister Alberth, erfahren hat, der bekanntlich als Erzgauner entlarvt wurde und dafür ins Zuchthaus wandern mußte. Dieser durchschlagende „Erziehungserfolg“ der Prügelstrafe hat jedenfalls nicht wenig dazu beigetragen, sie nach kurzer Zeit ihrer Anwendung für Dänemark wieder abzuschaffen. Wie aber, wenn die Dertelsfreunde in Deutschland das Ziel ihrer Sehnsucht verwirklicht sehen würden? Soll dann die Prügelstrafe etwa auch für Bestialitäten à la Prinz Altenberg oder für die brutale Niederschüttung wehrloser Arbeiter durch königlich preußische „Schuhleute“, wie das im Falle des Arbeiters Hermann geschah, zur Anwendung gelangen? Auch die Fälle von Niederschlagung „außässiger“ Dienstslaven durch ihre ostpreußischen Gutsherren, die in den letzten Jahren wiederholt vorkamen, gehören zu diesem Kapitel. Es ist uns aber nicht bekannt geworden, daß sich bei all diesen Gelegenheiten das Blatt der Landbündler seiner Begeisterung für die Prügelstrafe erinnert hätte.

## Der vorsorgliche Militarismus.

Die lehre „beschädigte“ Militärvorlage hat bekanntlich die Aufstellung von Maschinengewehrkompanien für die Infanteriebrigaden gebracht. Diese Kompanien sind nun je einem Regiment angegeschlossen worden, so daß jetzt im deutschen Heere Regimenter zu 13, 12 und 8 Kompanien bestehen. Das ist eine Ungleichheit, die natürlich nicht auf die Dauer bestehen bleiben kann, wie uns die militärischen Fachmänner bald beweisen werden. Zumal die Maschinengewehrkompanien auch nicht gleichmäßig auf die Armeekorps verteilt sind — das Garde- und das 16. Korps haben mehr, das ostpreußische, das badische und das 15. Korps weniger Maschinengewehrkompanien erhalten.

Es sind also von vornherein vorsorglich „Lücken“ gelassen worden, die bei passender Gelegenheit wieder den Grund für eine neue Militärvorlage bieten. Natürlich nicht mehr vor den Wahlen. Aber wenn sie erst erledigt sind, dann warte nur, halbe, deutscher Michel!

Die Privatangestellten gegen die Reichsversicherungsordnung.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hält, wie wir gestern schon kurz mitteilten, während der Osterfeiertage in Berlin seinen 6. Bundestag ab. Die Versammlung nahm unter anderem auch zu den Beschlüssen der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung und zu dem Entwurf einer Privatangestelltenversicherung Stellung. Das Resultat der Versprechung wurde in der folgenden Resolution niedergelegt:

Der Bundestag nimmt mit lebhaften Bedauern von den Beschlüssen der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung Kenntnis. Insbesondere muß es befremden, daß die Kommission es abgelehnt hat, durch eine Heraussetzung der Gehaltsgrenze in allen drei Versicherungszweigen den dringendsten Versicherungsbedürfnissen der Privatangestellten Rechnung zu tragen. Der Bundestag bedauert das um so mehr, als damit

auch die Kommission darauf verzichtet hat, das Problem der Privatangestelltenversicherung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung und unter Wahrung des Zusammensanges mit der gesamten sozialen Versicherung zu lösen. Zu der jetzigen Fassung ist die Reichsversicherungsordnung für die Privatangestellten vollkommen unannehmbare. Der Bundestag bedauert sehr, daß die Regierung für die Pensionsversicherung den Weg der Sonderklasse gewählt hat, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie durch den Anbau der Invalidenversicherung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung zu lösen.

An das Plenum des Reichstags wird noch die Bitte gerichtet, dem Kommissionsbeschuß, nach dem die Diplomingenieure und alle Personen mit Hochschulbildung von der Versicherungspflicht befreit sein sollen, die Genehmigung zu verweisen. Protestiert wurde auch scharf gegen die Absicht der reaktionären Parteien, die Reichsversicherungsordnung im Gewalttempo durchzusetzen. Das Berliner Tageblatt bemerkt zu diesen Beschlüssen:

Wir nehmen keinen Anstand zu erklären, daß auch nach unserer Meinung dieser Protest der organisierten technischen Beamten durchaus rechtig ist. Was die Reichstags-Kommission in zahllosen Sitzungen zusammengebracht hat, das ist noch schlechter als ein schwächeres Kompromiß; es ist nichts besseres als ein verschlechterter Versuch, jeder wirklichen Reform auf dem Gebiete der sozialen Versicherung den Weg für abschaffbare Zeiten zu verlegen. „Die Vereinfachung unserer sozialen Versicherung ist zu einer weiteren Entfehlung der Arbeitnehmer benutzt worden; die Kommission hat darauf verzichtet, das Problem der Privatangestelltenversicherung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung zu lösen; sie hat sich sogar dazu verleiten lassen, das Selbstverwaltungrecht in der Krankenfasserverwaltung zu untergraben“; so erklärt der Bundestag der technisch-industriellen Beamten, und man kann vom liberalen Standpunkt jedes Wort unterschreiben.

Berlin, 19. April. Im Reichspostamt finden gegenwärtig Erwägungen darüber statt, wie beim plötzlichen Versagen der Drahtleitung die Übermittlung von Depeschen durch drahtlose Telegraphie erfolgen kann. Aus diesem Grunde findet der Umbau und eine erhebliche Verstärkung der Station Norddeich statt. Bei diesem Umbau werden alle Gesichtspunkte berücksichtigt, die sich auf den eventuellen Ersatz der Drahtleitung durch drahtlose Telegraphie beziehen. Weitere Stationen sind in Aussicht genommen für Swinemünde und Königsberg (Pr.), mit deren Bau schon in nächster Zeit begonnen werden soll. In der Nordsee soll außer den bereits bestehenden Stationen Norddeich, Cuxhaven und Helgoland eine weitere Station auf der Insel Sylt gebaut werden.

Schönfärbereien. Die deutsche Tabakindustrie sollte sich, wie die Regierungsvorsteher und Abgeordnete der bürgerlichen Parteien längst in der Budgetkommission des Reichstags behaupteten, von den Folgen der sogenannten Reichsfinanzreform nahezu wieder erholt haben. Das ist, wie das Zentralorgan der deutschen Tabakindustrie, die in Mannheim erscheinende Süddeutsche Tabakzeitung behauptet, grundsätzlich. Die Verhältnisse seien vielleicht nach wie vor höchst unerquicklich. Dem genannten Blatte gehen aus Westfalen in dieser Hinsicht bemerkenswerte Mitteilungen zu, denen wir das Folgende entnehmen:

Die Firma R. R. in A., eine der bekanntesten Zigarrenfabriken in Deutschland, hat sich genötigt gesehen, eine seit 38 Jahren geführte Filiale eingehen zu lassen. Und das, obwohl der Inhaber der Firma die feste Absicht hatte, infolge der neuen Steuer keine Arbeiter zu entlassen! Aber die Verhältnisse sind eben stärker als der beste Wille. — In Westfalen geht es der Zigarrenindustrie wieder ganz schlecht. Die Lager sind voller als vor der Steuer, die Arbeiter sind auf Stückzahl beschränkt und mehrere Fabriken müssen Feiertage einlegen. Die Tabakfabrikanten haben sich getroffen, wenn sie glaubten, die Raucher würden bei der alten Sorte zu entsprechend höheren Preisen bleiben. Vielmehr sind die alten Einlaufpreise geblieben und das Publikum verlangt neue, insbesondere große Fassons, zu denen viel Tabak gebraucht wird. Daher die höhere Einfuhr! Doch ist die Qualität der Zigarren infolge der Steuer und der hohen Tabakreize eine wesentlich schlechter geworden.

So liegen die Dinge, und deshalb sind die schönfärbereischen Darstellungen der an der neuen Tabaksteuer Schulden so deplorabel wie möglich.

Nationalliberale und Antisemiten. Nach einer Meldung der Wormser Volkszeitung sollen die Nationalliberalen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg auf eine eigene Kandidatur angestellt des Lehrers Dern-Ren-Nienburg verzichtet haben, der bekanntlich als Kandidat der Wirtschaftlichen Vereinigung im hiesigen Wahlkreis aufgestellt ist, nachdem er früher der nationalliberalen Partei angehört hat. Als Gegenleistung sollen die Deutschen und Christlich-Sozialen den Abg. Dr. Osann in Darmstadt-Groß-Gerau unterstützen.

Eine angenehme Kasse, diese Liberalen!

Von der Misshandlung des Vereinsgeheges. Der Oberpräsident in Magdeburg hat dem Reichstagsabgeordneten Albrecht als Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins für Halle auf eine Beschwerde gegen eine Entscheidung des Merseburger Regierungspräsidenten mitgeteilt, er betrachte die Überwachung der Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins durch die Polizei als rechtmäßig. Als „Begründung“ wird angegeben, daß der Verein nach der sehr erheblichen räumlichen Ausdehnung des Gebietes, das er umfaßt und nach seiner bedeutenden Mitgliederzahl so groß und die Verbindung unter den einzelnen Mitgliedern eine so lose ist, daß die Vereinsversammlungen nicht als geschlossen, sondern als öffentliche Versammlungen anzusehen sind.“ — Nun wird das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden haben, ob das Reichsvereinsgehege in Halle endgültig durch preußisches Polizeirecht ersetzt werden soll. Die Abweisung der Beschwerde durch den Oberpräsidenten ist um so toller, als das Oberverwaltungsgericht gerade auf eine Klage des Magdeburger Sozialdemokratischen Vereins seinerzeit die obige Begründung der Überwachung für ungefährlich erklärt hat. Aber die preußische Verwaltung versucht immer wieder, die Justiz mißzuverwenden.

Eine Nachwahl in Baden? Der Führer der bürgerlichen Demokratie in Baden, Reichsabgeordneter Dr. Heimbürger, ist geisteskrank geworden, seine Wiedergenbung erscheint ausgeschlossen. Es wird nun die Frage aufgeworfen, ob das Mandat des fortgeschrittenen Abgeordneten und zweiten Vizepräsidenten der badischen Volkstammer durch die Erkrankung erloschen sei. Nach der badischen Verfassung erlischt die Kammer mitgliedschaft durch Wegfall einer der für die Wahlberechtigte maßgebenden Voraussetzungen“. An erster Stelle ist dabei der Fall vorgesehen, daß der Wahlberechtigte unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter

Pflegshof steht. Für eine Nachwahl kommt der Kreis Lahr-Land in Frage, wo bei den Neuwahlen 1900 2001 konservative, 1840 demokratische und 1887 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. In der Stichwahl siegte der Demokrat durch sozialdemokratische Unterstützung mit 2447 gegen 2575 konservative Stimmen.

**Gold in Südwestafrika?** Nach einer Meldung der Süderhütter Zeitung sind in Südwestafrika Mitte März 50 Goldstücke abgestellt worden. Die Vorräte haben angeblich das Vorhandensein eines Goldriffs festgestellt. — Die Nachricht ist mit Vorsicht zu genießen; angebliche Goldsunde gehören zu den beliebtesten Mitteln, Vertrauensseligen das Geld aus der Tasche zu lösen.

**kleine politische Nachrichten.** Der Vizepräsident der Vereinigung der Syndikate im Weinbaugebiet der Champagne, Weingußbesitzer Leconte, ist verhaftet worden unter der Verdacht, an der Organisation der Plünderungen in Algier beteiligt gewesen zu sein. — Wie aus Mozambique gemeldet wird, sind die Gegensätze zwischen Monarchisten und Republikanern neuerdings so scharf geworden, daß man mit der Möglichkeit von Aufstörungen rechnet, bei denen Leben und Eigentum britischer Steuergänger gefährdet werden könnten. — An der Nähe von Polemorth auf der Insel Rassandra kam es zwischen türkischen Militär und einer griechischen Bande zu einem Zusammenstoß, wobei drei Griechen getötet wurden. Ein türkischer Soldat wurde verwundet. — Der französische Kolonialminister hat aus dem Madagaskar einen Bericht über die Operationen der französischen Truppen im Monat Januar erhalten. Die Kolonien haben den Norden und Osten des Landes durchstreift, aber keine entscheidenden Erfolge erzielen können wegen der Unmöglichkeit, die Massalits in dem gebirgigen Gelände, wo hin sie sich zurückgezogen haben, zu verfolgen. — Dem englischen Unterhaus ist ein Gesetz zur Überwachung ausländischer Verbrecher zugegangen.

## Italien.

### Für das Frauenstimmrecht in Italien.

Der italienische Verein für das Frauenstimmrecht, dessen Zentralkomitee auch mehrere Genossinnen angehören, hat beschlossen, im Laufe dieses Jahres einen Kongress für Frauenstimmrecht in Turin einzuberufen.

**Der Balkan gegen die römische Weltausstellung.** Wie der Balkan erfährt, sucht der Balkan in jeder Weise die römischen Jubiläumsfeste zu stören und das Gelingen der Weltausstellung zu verhindern. Allen Unternehmern und Arbeitern, die vom Balkan Beschäftigung erhalten, ist es auf das Strengste untersagt, Arbeiten für die Ausstellung zu übernehmen. Wer Geschäftsbeteiligungen zum Balkan hat, darf die Ausstellung nicht bescheiden, ja, es wird sogar eine Kontrolle darüber ausgeübt, ob diese Leute die Ausstellung besuchen. Dem Balkan zufolge überwachen Vertrauensleute des Balkans den Eingang der Ausstellungen, um zu kontrollieren, ob Personen, die wirtschaftlich vom Balkan abhängen, dem Verbot zuwidern. Augenscheinlich sieht der hl. Stuhl ein, daß er mit den fanatischen Mitteln und Kirchenstrafen nicht mehr weit kommt und versucht es deshalb mit dem ganz gemeinen Unternehmerterror zu beginnen. Wer vom Balkan Arbeit haben will, muß dessen Antipathien gegen das geistige Italien teilen und dies durch den Boykott der römischen Weltausstellung an den Tag legen.

## Morokko.

### Vermehrung der Außständischen.

**Paris, 18. April.** Unter dem 12. April wird aus Fez gemeldet: Der als Friedensunterhändler zu den Beni Mér entstandene Scherif Amraoui ist von diesen ausgeplündert, geschlagen und völlig entkleidet zurückgeschickt worden. Die Beni Mér, Harran und Djamaa näherten sich nachmittags der Stadt und griffen die Posten an, musteten sich aber, als sämtliche Streitkräfte des Machten austürkten und sich ihnen entgegnetstellten, unter Zurücklassung von mehreren Toten zurückziehen. Die Truppen des Machten hatten zwei Tote und mehrere Verwundete. — Wie aus Fez vom 13. d. M. gemeldet wird, hat die Mahalla Bremond Tags zuvor einen Sieg über die Scheraden gewonnen, die vierzig Tote und achtzig Gefangene verloren. Alle Postboten werden ausgeplündert. Ein nach Melanes bestimmter Post wurde von den Aufständischen in Ras el-Masch erobert. Nur Spezialtukare, die Briefschachten in ihren Gewändern eingehüllt tragen, können passieren.

### Frankreichs Mobilisation.

**Bild, 18. April.** Ein Bataillon des ersten algerischen Schützenregiments ist mobil gemacht worden, um nach Marokko gesandt zu werden.

## Mexiko.

### Die Kämpfe um Agua Prieta.

**Neuport, 19. April.** Wie aus Douglas gemeldet wird, haben die Rebellen heute früh plötzlich Agua Prieta geräumt. Die Regierungstruppen haben bei Tagessanbruch den Ort besetzt. Das Gros der Außständischen zog sich in guter Ordnung in die Berge südlich der Stadt zurück und vereinigte sich mit drei Kolonnen anderer Außständischer, die von Westen her ankamen. Über die Zahl der Gefallenen und Verwundeten liegen nur Schätzungen vor, die, wie man annimmt, viel zu niedrig sind. Auf Seiten der Regierungstruppen sollen fünf Männer gefallen und vier verwundet sein. Die Außständischen sollen acht Tote und vier Verwundete haben. Aus Chihuahua wird gemeldet, daß der Vater des Rebellenführers Madero und einer seiner Söhne sowie ein dritter Unterhändler dort eingetroffen sind, um die beiden Parteien zu bewegen, sich über die Friedensbedingungen zu einigen. Wie der Washingtoner Korrespondent der Evening Post versichert, sind die bestunterrichteten Kreise überzeugt, daß der Rücktritt des Präsidenten Diaz unmittelbar bevorsteht. Aus der Stadt Mexico wird der Evening Post gemeldet, daß im Kongreß heute nachmittag eine Vorlage über ein allgemeines Wahlrecht eingebracht worden ist.

**New York, 18. April.** Während des gestrigen Kampfes bei Agua Prieta sind im ganzen sechs Amerikaner in Douglas von ihr Ziel verfehlenden Flugeln getroffen worden. Nach einer telegraphischen Meldung aus Douglas hat der Führer der Außständischen in Agua Prieta, Garcia, in der vorigen Nacht die Grenze überschritten und sich für seine Person dem Führer der amerikanischen Truppen ergeben. Die Außständischen haben Agua Prieta geräumt, weil ihre Munition und Mundvorräte erschöpft waren.

### Ein Waffenstillstand?

**Mexiko, 18. April.** Beim Auswärtigen Amt ist von dem Führer der mexikanischen Junta in Washington der Abschluß eines Waffenstillstandes angeregt worden. Das Auswärtige Amt hat darauf geantwortet, daß die Regierung dieser Anregung sympathisch gegenüberstehe.

### Die Haltung der Vereinigten Staaten.

**Washington, 18. April.** Präsident Taft hat es abgelehnt, den amerikanischen Truppen den Befehl zum Überschreiten der Grenze zu erteilen, da er die Bedrohung sieht, daß ein Überschreiten die mexikanische Bevölkerung gegen die Tausende von Amerikanern erbittert würde, die in Mexiko wohnen. Der Präsident hat den Einwohnern von Douglas den Rat erteilt, sich aus der gefährdeten Zone zurückzuziehen. Die Regierung von Mexiko hat dem Präsidenten Taft die Versicherung abgegeben, daß die

Vorkommission von Agua Prieta sich nicht wiederholen würden. An der Grenze werde künftig eine Politik strenger Zurückhaltung befolgt werden.

**Köln, 18. April.** Wie die Kölnische Zeitung aus San Antonio gestern meldet, ist das sechste Reiterregiment von Des Moines (Iowa) an die Grenze entsendet worden, um die Grenzwache auf dreitausend Mann zu verstärken. — Die Abreise der für die Philippinen bestimmten Truppen ist wegen der Lage in Mexiko um ein halbes Jahr aufgeschoben worden. Aus der Stadt Mexiko wird gemeldet, Präsident Diaz werde heute dem Kongreß Friedensvorschläge unterbreiten.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Wie die evangelischen Arbeitervereine der "Wahrheit die Ehre" geben.

Den sächsischen Reaktionären ist das sozialdemokratische Flugblatt "Volk und Volkschule" sehr unangenehm. Sie wissen eben, daß die soziale und ungemeinkte Schilderung der herrschenden Zustände, die das Flugblatt enthält, weite Volkskreise über die Mangelhaftigkeit des heutigen Schulwesens, wie auch über die Natur der heutigen Schule und des Klassenstaates aufklären wird, und sie flüchten, nicht mit Unrecht, eine gegen das Schulwesen einsehende Volksbewegung, die zu einer gründlichen Reform mit der Zeit führen muss. Und dabei steht für die Reaktion und für das Ausbeuterium nicht-wenig auf dem Spiel. Was wunder, wenn die Reaktionäre einen Gegenklag versuchen, den zu verlieren der "romane Landsturm" aller Volksfeinde, die Evangelischen Arbeitervereine, Befrei erhalten haben. In einer Gegenkraft wollen angeblich die Evangelischen der "Wahrheit die Ehre" geben. Gleich zu Anfang ihrer famosen Flugblatt geben sie einen Beweis, wie sie mit der Wahrheit Schindluder spielen können. Die Sozialdemokratie will, um jeden Preis Unzufriedenheit hervorrufen, wird gelogen. Gewiß wollen wir die Unzufriedenheit gegen gemeinschaftliche Zustände wecken, aber nicht um jeden Preis, sondern nur, um vernünftige und allgemein nützliche Verhältnisse zu schaffen. Unrechtfertigt soll die sozialdemokratische Forderung einer Schulreform im Interesse der besitzlosen Klassen sein. Und warum? Weil sowohl der Mittelstand wie die landwirtschaftliche Bevölkerung ein Interesse an der Volkschule habe. Aber gewiß. Unser Streben dient ja auch diesen Schichten, soweit sie nicht zu den Besitzenden zählen. Daß der Sozialismus in dem Kinder nicht den zukünftigen Lohnslaven und rechlosen Proletariat steht, verleiht die Evangelischen zu der albernen Frage: Wo gibt es in Deutschland Lohnslaven und rechlose Proletarier? Nun, überall wo die Ausdeutung des Menschen durch den Menschen existiert, der Kapitalismus seine Herrschaft ausübt. Auch die paar Proletarier in den Evangelischen Arbeitervereinen, die sich leider für reaktionäre und misericordische Zwecke missbrauchen lassen, sind ebenfalls Lohnslaven, an denen Pastoren, Behörden und Unternehmer, also die spekulativen Gründer der Evangelischen Arbeitervereine eben bestehen ihre Freude haben, weil diese Lohnslaven ihre Rechte gebildigt tragen, statt sie zu zerreißen trachten. Auch der geringste im Volke habe Rechte. Ja doch, sogar auf dem Papier vielfach die gleichen Rechte wie der Westende. Freilich in Wahrheit, der, wie wir bereits gesehen haben, die Evangelischen die Ehre nicht geben, sieht manchmal die Sache wesentlich anders aus. Und doch bestimmt sehr wichtige Rechte nach der Größe oder Geringfügigkeit des Geldbeutels abgestuft sind, dienen auch schließlich sächsischen evangelischen Arbeitervereinern nicht ganz unbekannt sein. Es soll ferner nicht wahr sein, daß der Religionsunterricht ein Mittel zur Niederhalzung der Massen ist. Zu was denn? Erst um die Seelen der Proletarier für das Jenseits zu retten? O, nein! Die Massen im seitjährigen Banne des Dogmatismus zu halten, ist einer der Grundpfiler der Klassenherrschaft, denn der Geist der Massen in diesem geschlagen, heißt über ihre Kraft und Zahl verfügen können, nach Wunsch und Laune und zu allen Zwecken. Die Evangelischen schreien: "Was als Religion in der Schule anzubieten wird, das ist nichts andres als verdorbene, zerstörende, sozusagen lästig gewordene hellenische Philosophie." Der christliche Geist soll seine schönsten Wüsten darin gesetzigt haben, sagen die Evangelischen, daß er eine große Zahl sogenannter wohltätiger Institute ins Leben gerufen habe. Schön. Aber warum vermochte der christliche Geist es nicht zu verhindern, daß so unsägliche Elend besteht; Elend, das bei einer nur halbwegen vernünftigen Ordnung der Dinge gar nicht vorhanden sein könnte? Fehlt diesem christlichen Geist jede vorberegende Kraft? Und welcher christliche Geist ist denn eigentlich der beste? In dem Flugblatt der Evangelischen Arbeitervereine wird der evangelische christliche Geist als Prima geschildert, der Katholische in Mikrokredit gebracht. Umgekehrt tun das auch die Katholiken. Der christliche Geist ist also nicht etwas absolut Gutes, sondern er ist, je nachdem, angeblich mehr oder minder wirtschaftlich und ethisch. "So steht's Sach!" sahn die Evangelischen in ihrem Flugblatt. Die über der Verfasser des Flugblattes behaupten, in den höheren Schulen werde mehr Religionsunterricht gegeben, als in den Volksschulen. Wie ein Vergleich der Stundenpläne auch den Evangelischen zeigen wird, ist das nicht wahr. Kurz wollen wir noch davon Notiz nehmen, daß in dem Flugblatt der Evangelischen Arbeitervereine, natürlich um der "Wahrheit die Ehre" zu geben, der famose Nachweis verläuft wird, daß in Deutschland für die Volksschulen auch relativ mehr ausgebildet werde, als für die höheren Schulen. Und schließlich bestimmt der "christliche Geist" der Verfasser, die Aussagen für den Altersschwann zu verteidigen und dem "blauen deutschen Schwert" ein Loblied zu singen. Es ist doch zu erahnen, zu sehen, wie der "christliche Geist" für Dreißig-Jentziner-Geschäfte und für Maschinengewehre sich belebt. Wer wollte da noch zweifeln, wenn die Evangelischen in ihrem Flugblatt wörtlich schreiben: "Wäre erst die Religion bereitigt, so wäre dieser Geist der Liebe bald verschwinden." Sehr wahrscheinlich: dieser Geist der Liebe für die kapitalistische Ausdeutung, für Unterdrückung, Entziehung und für die Menschen zur Vorbereitung des Massenmordes würde am Ende verschwinden. Dafür würde ein freies und großes Gesellschaft erscheinen und die wahre und wirkliche Ordnung: der Menschheit zum Segen und zum Wohlgefallen. Und weil, wie die Evangelischen ganz richtig sagen, ohne sich danach zu rütteln, liegen für alle Beine haben, werden sie mit ihrem Flugblatt das verdiente Klauso erleiden. Die treuen Freidoline der sächsischen Reaktion sind weder so engelreich noch so begnadet, wie der Fröbel in Schillers Gang nach dem Eisenhammer.

### Ein echter Nationalliberaler.

Der nationalliberale Kandidat für den 23. sächsischen Reichstagwahlkreis (Plauen) Stadtrat und Fabrikant Graser hat, wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung berichtet, sich der

agrarkonservativen Parteiorganisation des Kreises ausdrücklich schriftlich verpflichten müssen, nach seiner Wahl besonders gegen jede Herauslösung der landwirtschaftlichen Schutzfeste einzutreten. Nur unter dieser Bedingung haben sich die Konservativen bereit erklärt, für ihn zu stimmen.

Ganz richtig nationalliberal, wie Herr Graser handelt. Auch daß er unter politisch einleitenden Bedingungen den Pakt mit den Konservativen unterschrieben hat, ist echt national-liberal. Dem großen Oskar Günther wird unter solchen Umständen sein Liebäugeln nach rechts nichts mehr nützen, denn von Herrn Graser besitzen nunmehr die Konservativen einen Dienstvertrag. Die liberale Einigung kommt dabei allerdings zu kurz, aber bei einer eventuellen Stichwahl werden sich die liberalen Brüder im Vogtland schon gegenseitig helfen. Daran wird es auch Herr Günther erforderlichenfalls nicht fehlen lassen.

### Herr Abgeordneter Giese will kein Hansabündner sein.

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Giese, konservativer Vertreter für Osnabrück, ist in den Verdacht gekommen, auch dem Hansabund sich verpflichtet zu haben. Herr Giese protestiert dagegen wie folgt:

"Wie mir von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, hat in einer am 30. März d. J. im Gasthof zur Weintraube in Niedersachsen abgehaltenen Versammlung des Hansabund ein Redner die Neuordnung getan, ich hätte mich auf die Bedingungen des Hansabund verpflichtet. Ich erkläre diese Behauptung als eine absolute Unwahrheit. Ich habe niemals zum Hansabund irgendwelche Beziehungen gehabt; am allerwenigsten habe ich ihm gegenüber irgendwelche Verpflichtungen übernommen. Im Gegenteil: Ich habe erst kürzlich in einer Versammlung des agrar- und mittelstandsfähige Vorgehens des Hansabund auf das schärfste bekämpft und verurteilt. Dies zur Sicherheit der Wahrheit."

Wir glauben dem Herrn Oberjustizrat aufs Wort, denn er befindet sich in solcher politischen Abhängigkeit von den agrarischen Lebendmittelwucherern, daß er es gar nicht wagen kann, nach dem Hansabund auch nur zu blicken, der aber sonst ein so prächtiges politisches Gebilde ist, daß Herr Dr. Giese ihm ruhig ebenfalls angehören könnte.

### Militärverbote.

Die Generalkommandos des 12. und 19. sächsischen Armeekorps haben neuerdings über drei Gasthäuser, den Deutschen Kaiser in Mülsen St. Jakob und den Gasthof zu Bieberstein bei Neinberg Militärverbote verhängt. Die Urlauber sollen recht mysteriöser Natur sein. Im Überlinger Deutschen Kaiser haben nur in größeren Zwischenpausen Versammlungen der Arbeiterschaft stattgefunden, Zahlstellen und Domizile politischer Vereine befinden sich nicht dort. Der Wirt hat seiner patriotischen Gesinnung nicht nur durch das Firmenschild seines Gasthauses Ausdruck verliehen, sondern er ist auch noch Mitglied zweier Militärvereine (1) und andere größere patriotische Festlichkeiten werden bei ihm abgehalten. Trotzdem der militärische Boykott — armer Patriot! Im Gasthof in Mülsen St. Jakob sollen die Verhältnisse ähnlicher Natur sein, nur daß hier der Textil- und Bergarbeiterverband einen "scharfen Druck" auf die Saalwirte ausüben soll. Am schlimmsten hat aber der Inhaber des Gasthauses zu Bieberstein (Amtshauptmannschaft Weißen) gefündigt, indem er den Arbeiter- und Fahrrerverein Wanderlust bei sich aufnahm. Die leichte Sozialdemokratische Versammlung hat Mitte Oktober v. J. stattgefunden. Der Verband der Salinhaber im Königreich Sachsen hat an die beiden Generalkommandos um nochmalige Prüfung der Grinde, die zum dauernden Militärverbot gefordert haben, gebeten. Die Kommandos wollen diesem Wunsche auch entsprochen haben, denn sie teilten dem Vorstande mit, daß sie außerstande seien, der Aufhebung der Militärverbote näher zu treten. Die Gründe hat man aber nicht verraten. Wenn die sächsischen Militärbehörden jetzt wieder berart durch Militärverbote Geschäftsschädigungen aus politischen Gründen eintreten lassen, wird man mit Ihnen wieder einmal beim Militäretat im Reichstag ein ernstes Wörtlein reden müssen.

### Agitation in der Kirche.

Mit Hochdruck arbeiten die Gegner, um Proselyten zu werben. Es genügt Ihnen nicht, die Schule dazu zu benutzen, in Oberfranken hat man sogar in der Kirche am Palmsonntag Flugblätter der deutschen Turnerschaft ausgelegt, in denen die jungen Leute aufgefordert wurden, diesem Verein beizutreten. Wer die Flugblätter ausgelegt hat, ist natürlich nicht bekannt, ebenso wenig, ob es mit dem Einverständnis des Pfarrers geschah. Da aber im 15. Wahlkreis, zu dem der Ort gehört, Pastor Richter zur Reichstagswahl kandidiert, so wird diese Art der Agitation begreiflich, und sie eröffnet für die Wahlkampagne außerordentlich "erfreuliche" Aussichten.

Ein Finanzministerialblatt für das Königreich Sachsen wird in Zukunft herausgegeben werden. Das Blatt wird als Veröffentlichungsblatt und als Sammelstelle für Mitteilungen dienen. Insbesondere werden in dem Blatte diejenigen Veröffentlichungen im Bereich der Finanzverwaltung von allgemeiner Bedeutung aufzufinden sein, so z. B. die Handhabung und Auslegung staatlicher Bestimmungen, seien sie im Staatshaushaltsgesetz, in den Allgemeinen Rechnungsvorschriften oder in den Staatshaushaltstatsachen gegeben, den Erlass von Bestimmungen über die Besteuerung des Staatsfiskus, allgemeine Stempelsteuerfragen, Veränderungen in der Organisation und der Zuständigkeit einzelner Dienststellen sowie Personalveränderungen im Gebiete der Finanzverwaltung, sowie lehrtre nicht bereits in andern Veröffentlichungsblättern abgedruckt werden, usw. usw. betreffen. Mit der Redaktion des Blattes, das im Verlage der Regierung erscheint, ist ein Beamter des Finanzministeriums beauftragt.

Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis wird bis auf weiteres auf 1 Mark für den Jahrgang festgesetzt. Insofern das Blatt durch die Post zugestellt wird, erhöht sich der Bezugspreis auf 1.50 Mark für den Jahrgang. Bestellungen auf das Blatt seitens Privater sind an die Redaktion des Finanzministerialblattes im Finanzministerium zu richten.

**Plauen.** Der Zentralausschuß der Zittauer Krankenkassen hat der Stadtrat eine Anfrage über die Errichtung einer Waldeserholungsstätte zugehen lassen. Die Errichtung ist unweit der Station Wittighäusle projektiert. An Baulichkeiten sind zwei Gehegen und eine Baracke mit Küche und Schwesternwohnung und das übliche Zubehör vorgesehen. Es wird mit der Annahme von 50 Personen gerechnet, die gegen einen mäßigen Verpflegssatz, zum Teil auch unentgeltlich, tagsüber Aufnahme und Verpflegung finden sollen. Billige Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt sind in Aussicht gestellt. Die Fertigstellung soll nächstes Jahr erfolgen. Gedacht ist die Waldeserholungsstätte für Erholungsbefürchtige beiderlei Geschlechts, bei denen nicht ausgeprägte Tuberkulose festgestellt ist.

**Bautzen.** Eine nette Submissionsblätter hat die Ausschreibung der Planerungs- und Beschleunigungsarbeiten für den Bau der neuen Artilleriekaserne ergeben. Das niedrige Angebot lautete auf 188 000, das höchste auf 220 000 M. Die Differenz beträgt somit 132 000 M.

**Marbach.** Bei einem jungen, auf hiesigem Lehngut beschäftigten polnischen Arbeiter wurden die schwarzen Röder

festgestellt. Sämtliche Insassen des Gehöftes, etwa 40, wurden gelimpft, während die übrigen polnischen Arbeiter streng isoliert gehalten und beobachtet werden. Es sind die strengsten Vor-sichtsmaßregeln angeordnet worden.

**Stollberg i. E.** Die Einführung einer Automobilomnibus-verbindung Chemnitz—Stollberg—Lößnitz wird seit einiger Zeit angestrebt. Ingenieure aus Chemnitz äußerte sich über die Unterhaltskosten eines Automobilwagens und die Rentabilitätsfrage der in Aussicht genommenen Linie Chemnitz—Stollberg—Lößnitz in einer Versammlung der Interessenten wie folgt: Der Wagen würde für Abschreibung, Löhnung, Benzin, Gummirverbrauch, Garage usw., pro Kilometer 55 Pfg., ohne Garage 50 Pfg., zu unterhalten kosten. Soll sich der Wagen vermieten, so müsste er täglich 120 Kilometer laufen, was bei der Entfernung zwischen Stollberg und Chemnitz (16 Kilometer) sowie Stollberg und Lößnitz (12 Kilometer), zusammen 28 Kilometer, mindestens je zwei Hin- und Rückfahrten täglich bedeuten. Der Preis für die Fahrt von Stollberg nach Chemnitz müsste auf 85 bis 90 Pfg. festgelegt werden. Man fand den Fahrpreis zu hoch. Auch sei zu berücksichtigen, daß der am 1. Mai in Kraft tretende neue Eisenbahnfahrtplan für die Eisenbahnlinie Stollberg—Chemnitz durch bessere Zugverbindungen und beschleunigtes Tempo wesentliche Verbesserungen bringe. Es wurde vorgeschlagen, das Projekt Chemnitz—Stollberg—Lößnitz bis zum Inkrafttreten des neuen Fahrtplanes auf sich beruhen zu lassen und dessen Wirkung abzuwarten, sowie mit den Interessenten für eine Automobilverbindung Niederlungau—Stollberg—Thalheim—Burkhardisdorf in nähere Verbindung zu treten. Dieser Vorschlag fand Zustimmung.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Der 25 Jahre alte Görner Buschmann aus Leubnitz-Neu-Ostra erschoß seine 20 Jahre alte Geliebte Martha Eichler aus Dresden-Friedrichstadt in der Nähe der Wilhelmshöhe in der Lößnitz und brachte sich danach selbst eine schwere Schußverletzung am Kopfe bei. Beide handelten im gegenwärtigen Einverständnis. Weil sich ihrer Verhältnis Hindernisse in den Weg stellten, beschlossen sie, gemeinsam in den Tod zu gehen. Buschmann erlag in der Diaconissenanstalt seiner schweren Verlehung. — Die Gutsbesitzerfrau Ischerpe in Oberwinkel stand in ihrem Schuppen unter einem Streuhause versteckt ein noch lebendes neugeborenes Mädel, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Die Ermittlungen ergaben, daß die Mutter des Kindes die bei Ischerpe bedienste 20jährige Magd Katharina Pöhl aus Österreich ist, die in der Nacht vorher im Kuhstall heimlich geboren und dann das Kind durch Ersticken zu töten versucht hat. Die Pöhl hat dem Kind nach ihrem eigenen Geständnis die Lufttröhre zugedrückt, bis es keinen Laut mehr von sich gegeben hat. In dem Glauben, daß es tot sei, hat sie sodann das Kind unter Laub versteckt und es liegen lassen, nachdem sie vorher noch einen 30 Pfund schweren Strohballen darauf gelegt hatte. Am andern Morgen fand es Frau Ischerpe, da das Kind wieder zu sich gekommen war und sich durch Wimmern bemerkbar gemacht hatte. Es wurde im Obhut genommen und man glaubt, es am Leben zu erhalten. Die Pöhl soll schon vor mehreren Jahren einmal aufrüttelich geboren haben, und das Kind soll damals nur wenige Wochen alt geworden sein. — In einem Gebüsch in Paffrodt bei Sanda überfleiss zwei Hunde einen spazierengehenden Schüler, bissen ihn in Hände und Beine und zerrissen ihm die Kleider vollständig. Der Schüler mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. — In Crimmitschau sollen in der Nacht ca. 20 000 Mark Wertpapiere gestohlen worden sein. Näheres konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Behörde jede Mitteilung verweigert, so lange die Untersuchung schwebt. Die in Zwickau stationierte Landeskriminalpolizei ist nach Crimmitschau beordert worden, um Untersuchungen anzustellen. — Zwischen die Puffer zweier Wagen in der 25 Jahre alte Güterbodenarbeiter Schwabiger auf dem oberen Bahnhofe in Plauen am ersten Osterfeiertage geraten. Er wurde schwer verletzt in seine Wohnung gebracht. Durch die Unvorsichtigkeit einiger Knaben ist die Frau eines Gläsermeisters in Plauen schwer zu Schaden gekommen. Die Frau hatte mit ihrem Manne am 2. Feiertag einen Spaziergang durch das Elsterthal unternommen. Als sie den Uferweg am Friedrich-August-Stein entlang gingen, rollte plötzlich ein ziemlich schwerer Stein den Berg herab und traf die Frau so ungünstig, daß ihr der linke Unterarm zerschmettert wurde. Die Nachforschungen nach der Ursache des Steinfluges ergaben, daß einige Knaben auf der Höhe des Berges den Stein unüberlegterweise losgelöst hatten. — Ein gefährlicher Einbrecher wurde in Plauen in der Person des Präparators Alfred Stumpf festgenommen, der schon wiederholt, zuletzt mit sechs Jahren Zuchthaus, vorbestraft ist. Es werden ihm eine große Anzahl Einbrüche und sonstige Schwindelteile zur Last gelegt.

## Aus den Nachbargebieten.

**POLITIK IN DEN KRIEGERVEREINEN.** Wie von den Kriegervereinsnaturadoren die Militärvereine zur Betreibung der politischen Agitation benutzt werden, lehrt aufs neue folgender Vorgang: Der ehemalige Ehrenvorstand des Kriegsveteranenverbands für Thüringen, Kommerzienrat Grübel in Gotha, hat neuerdings den Ehrenvorstand des Verbandes wieder übernommen. In einem besonderen Schreiben teilt er den Mitgliedern des Verbandes die Neuberufung des Ehrenvorstehes mit dem Bemerkten mit, daß er keine Sozialdemokraten in den Kriegervereinen dulden werde. Ferner legt er ein Flugblatt bei, das die Aude des preußischen Ministers v. Dahlwig über die Vorgänge in Moabit widergibt. Für die im Wahlkreise Gotha wohnenden Mitglieder des Verbandes legt er außerdem noch einen Flugzettel bei, der folgenden Wortlaut hat: "Wahlkreis Gotha. Unser Kandidat für die nächste Reichstagwahl ist Landtagsabgeordneter Amtsgerichtsrat Dr. Wilhelm Stoll, Friedelsdorff. Bitte sorgen Sie dafür, daß Herr Stoll gewählt wird. Das Wahlbüro der rechtsstehenden Parteien. Hotel Rosenau. Karl Gräsel i. V." Nun, trotz aller Kriegervereinsmache wird „unser Kandidat“ bei der nächsten Wahl dem Durchfall nicht entgehen, wozu der seelige Vertreter des Gothaer Kreises, Erbprinz Ernst, auch seinen Teil beigetragen hat.

**Eger.** Ein 30 Jahre alter geisteskranker Mensch legte in Marlhausen an das Gehöft seiner Eltern Feuer, durch das auch zwei andre Gehöfte vollständig eingeebnet wurden. Der Täter wurde verhaftet.

**Teplitz.** In Teplitz bei Teplitz wurde die achtzehnjährige Gastwirtstochter Aloja Aumert erdrosselt aufgefunden. Der Täter, der ehemalige Liebhaber des Mädchens, Anton Koehler, wurde verhaftet. Er war nachts als Frau verkleidet in das Zimmer des Mädchens eingedrungen und hatte es ermordet. Der Grund zur Tat ist Eifersucht.

**Berga (Kyffhäuser).** Der achtjährige Sohn des Weinhändlers Ludwig hier wurde auf dem Grundstück seines Vaters von dem zwölfjährigen Sohne des Handelsmannes Herzberg, der in der Laube ein geladenes Gewehr gefunden hatte, versehentlich erschossen.

## Aus der Umgebung.

**Die Eisenburger Schärfmacher „berichtigten“.**

Die Eisenburger Fabrikanten, die durch ihren neuesten Wortbruch den Kampf verlängert und verschärft haben, bemühen sich krampfhaft, die Situation zu verschleieren. Nachdem sie fast alle Mittel erfolglos erschöpft haben, fangen sie an, „auf Grund des Paragraphen 11 des Prekretes“ zu „berichtigten“, ein bekannter Weg, seitdem die Gerichte entschieden haben, daß Berichtigungen aufgenommen werden müssen, auch wenn sie nicht den Tatsachen entsprechen. Die Direktion der Zelluloidfabrik macht von diesem „Recht“ ausgiebig Gebrauch, indem sie uns eine lange „Berichtigung“ schickt, in der gesagt wird, daß nicht sie, sondern die Arbeiter an den Verhandlungen beteiligt waren, was insofern richtig ist, als die Arbeiter 14 Tage vorher der Direktion mitgeteilt hatten, daß sie zu weiteren Verhandlungen bereit seien. Dann wird behauptet, unser Bericht über die Verhandlungen sei falsch, und schließlich erklärt:

1. Die Wiedereinsetzung erfolgt nach Bedarf, bezw. nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse.

Zu Beginn jeder Woche werden Listen ausgegeben, in denen diejenigen Leute verzeichnet sind, die im Laufe der Woche die Arbeit wieder aufnehmen können.

2. Die neu aufgenommenen Leute haben sechs Wochen lang mit dem Anfangslohn zu arbeiten und treten dann in den vor Weihnachten gehabten Lohn wieder ein. Die zuletzt gewährte Zulage von 2 Pfg. wird am 1. Oktober 1911 den in Betracht kommenden (1/4 Jahr in der Fabrik beschäftigten) Leuten wieder bewilligt.

3. Die besonderen Vergünstigungen, wie Urlaub und Weihnachtsgabe, kommen für die Wiedereinzestellenden in Fortfall.

4. Die wiedereingestellten Leute verpflichten sich unterschriftlich, keinerlei Agitation in der Fabrik zu treiben. Entgegengekommen sind wir nur insofern, als wir die Wartezeit für die Wiederauflösung der alten Löhne von einem Vierteljahr auf 6 Wochen ermauerten. Weitere Versprechungen sind nicht gemacht worden.

Unwahr sind in der Darstellung Ihres hiesigen Berichtstatters folgende Behauptungen:

1. daß die vom 1. Oktober ab wieder bewilligte Zulage von 2 Pfg. bereits im vorigen Jahr gegeben sei. Die Zulage ist vielmehr den Arbeitern erst einige Tage vor Ausbruch des Streiks gegeben.

2. daß innerhalb 14 Tagen sämtliche Angestellte wieder eingestellt werden würden. Eine solche Verpflichtung haben wir nicht übernommen, vielmehr ist der Kommission erklärt worden, daß zirka 80 bis 100 Leute nicht wieder eingestellt werden können.

3. daß die sogenannten „Hamburger“ aus dem Betrieb entfernt würden. Diese Behauptung ist völlig unwahr. Die eingearbeiteten Arbeiter werden nicht entlassen.

4. daß der „Nationale Arbeitsnachweis“ nicht mehr benutzt werde. Auch diese Behauptung ist völlig unwahr. Bezüglich der Benutzung des Nationalen Arbeitsnachweises sind keinerlei Versprechungen gemacht worden.

5. ist nicht gesagt, daß die Agitation von „beiden Seiten verboten ist“, wie Sie in Ihrem Bericht schreiben, sondern es heißt in den von der Kommission unterschriebenen Bedingungen: Die wieder eingestellten Leute verpflichten sich unterschriftlich, keinerlei Agitation in der Fabrik zu treiben.

Ihr hiesiger Berichtsteller hat sich offenbar bemüht, die Niederlage der Streikenden in einem Triumf umzustitulieren. In diesem Sinne ist der ganze Artikel in Ihrer Nummer 81 abgefaßt.

Achtungsvoll  
Direktor Müller.

Direktor Müller.

Um den Wert dieser sogenannten Berichtigung richtig widerlegen zu können, muß man sich folgende Tatsachen vor Augen halten: Herr Direktor Müller hat von allem Anfang an durchblicken lassen und vor Zeugen erklärt, daß er den Arbeiterger entgegengekommen würde, daß er aber vollständig abhängt von dem Eindruck des Eisenburger Arbeitgeberverbandes. Deshalb sind auch nur die speziellen Einstellungspunkte schriftlich fixiert worden, während Herr Müller alle anderen Versprechungen mündlich versichert hat. Wenn jetzt versucht wird, diese Dinge abzustreiten, so beweist das nur, daß man von vornherein die Absicht gehabt hat, die Arbeiter zu betrügen. Doch lassen wir die Tatsachen reden.

Zu 1 ist zu bemerken, daß es nach unseren Informationen zutrifft, daß die Zulage erst einige Zeit vor dem Kampf bewilligt worden ist. Der Zweck dieses „Entgegenkommen“ war wohl, die Arbeiter zur Preisgabe des Koalitionsrechtes, um das sich der ganze Kampf dreht, gezwungen zu machen.

2. In den schriftlichen Abmachungen steht allerdings nur, daß die Einstellung der Arbeiter „nach Bedarf und den Verhältnissen des Betriebs“ erfolgen sollte. Mündlich hat Herr Direktor Müller aber auf eine Anfrage ausdrücklich erklärt, daß in ungefähr 14 Tagen die Sache erlebt sei. Daß der Kommission erklärt worden sei, daß 80 bis 100 Leute nicht wieder eingestellt werden könnten, ist unwahr. Diese Mitteilung ist erst in einem Circular entgegen den Abmachungen mitgeteilt worden, und zwar erst nachträglich, nachdem die Fabrikanten offen mit ihrem Wortbruch herausgeplatzt.

3. Herr Direktor Müller hat der Kommission erklärt, daß die Hamburger selbstverständlich entlassen würden. Er hat die Kommission sogar aufgefordert, ihm bis nachmittags 5 Uhr Bescheid zu geben, ob die Arbeiter die Forderungen annehmen damit dann noch den „Hamburger“ für den 8. Feiertag gekündigt werden können. Die Kommission hat nachmittag auch die Zustimmung der Arbeiter gebracht. Herr Müller hat aber sein Versprechen nicht erfüllt und den Streikbrechern gekündigt, sondern am Tage nachher in seiner Fabrik erklärt, daß er noch einen neuen Trupp Kaufleute in Hamburg bestellt habe, der die Woche nach den Feiertagen eintreffen solle. Wenn Herr Direktor Müller das abstreiten sollte, können wir ihm ganz unverdächtige Zeugen bringen.

4. Herr Direktor Müller hat ausdrücklich erklärt, daß der nationale „Nachweis“ nicht mehr benötigt werden soll, und das damit begründet, daß für Eisenburg die Gründung eines paritätischen Nachweises geplant sei. Das ist nicht nur jetzt, sondern bereits bei den ersten Verhandlungen festgestanden worden.

5. Es heißt in den Abmachungen, daß die Agitation an der Arbeitsstelle nicht betrieben werden solle. Nach den Abmachungen konnte kein Zweck darüber bestehen, daß die Agitation von beiden Seiten damit gemeint war. Wenn Herr Direktor Müller jetzt diese Bestimmung anders auslegen will, so zeigt das wiederum nur, daß er bei den ganzen Verhandlungen nur die Arbeiter täuschen wollte.

Doch die Zelluloidfabrik diesen Wortbruch im Einverständnis mit den übrigen Fabrikanten begangen hat, geht daraus hervor,

Für den Schulbedarf!

**Schul-Utensilien :: Schulbücher ::**

Alle Schulbücher, Schreibhefte nach Vorschrift, Lesebücher für alle Klassen, Zeichenbücher sowie das gesamte Zeichenmaterial und alle anderen Schulbedarfartikel sind stets vorrätig in folgenden Filialen der Leipziger Volkszeitung: Zeitzer Str. 32 (Vollhaus), L.-Vollmarsdorf, Zollitoferstraße, Ecke Elisabethstr.; L.-Lindenau, Lützner Straße 41; L.-Thonberg, Reichenhainer Straße 32 (Troytzsch); L.-Stötteritz, Ferd. Jost-Str. 27 (Pöhlitz); Konsumverein; L.-Connewitz, Bornaische Straße 13 (Prior); Leutzsch, Hauptstraße 58 (Stone); Böhlig-Ehrenberg, Wettinerstraße (Brefau); L.-Gohlis, Lindenbäder Str. 12 (Müller); L.-Eutritzsch, Magdalenenstr. 6 (Herzog).

## Berein für Mütterschutz.

Auskunftsstelle: Grimmaischer Steinweg 6, II.

Montag, Mittwoch, Freitag, 10—12 Uhr, erzielt unehelichen und ehelichen Müttern Rat und gibt in geeigneten Räumen Unterstützung, besonders in der Zeit vor und nach der Entbindung. Unter Mütterheim befindet sich Lindenau, Denningerstraße 42, III. Anmeldungen zur Mitgliedschaft für den S. f. M. und von einmaligen resp. jährlichen Beiträgen für das Mütterheim werden an den Schatzmeister des Vereins, F. A. Beyerlein, König-Johann-Straße 18, erbeten. [2275]

### Wichtig für Hausfrauen

Um die Rasenbleiche zu ersetzen, kaufen Sie sich für 15 Pfg. ein Paket „SEIFIX“. Die Wäsche wird schneeweiss u. leidet nicht im Geringsten.  
Ein Versuch überzeugt.

**Frauen-Krankheiten**  
behandl. sachgemäß u. nach den Grundsätzen d. Naturheilkunde  
**Fran A. Fischer**  
Nürnbergische Straße 4, I.  
Ausg. v. Dr. med. Thure-Brandt.  
Dr. Thure-Brandt-Massage.  
Sprechst. v. 9-10.2-3. Tel. 5508.  
Alle Arten v. Körpermassagen in u. auf d. Hause werb. durch ärztl. gepr. Massagisten ausgeführt.  
Nur für Damen.

**+Jede Frau+**  
wendet sich bei Bedarf in \*  
hygienisch. Bedarfssortenlin  
vertrautet. **Fran Minna Oehler**  
voll an.  
Leipzig 8, Querstraße 4/6.

### Leipziger Haar-Haus

Inh.: Hugo Schönbrodt  
Dauerstr. 33, part. u. 1. Etage  
Lockenküpf, Scheitelentlastung,  
Haarunterlagen, Zöpfe etc.  
Enorme Auswahl, billige Preise.  
Umfertigung von ausgemästeten Haaren in 24 Stunden.  
Versand nach auswärts.  
Haare oder Haarprobe einsenden.  
Jeder Dame wird beim Kauf eine leidsame schide Frisur kostlos ausprobiert u. gezeigt.  
Nur perfekte Damonenbedienung.  
Amerikanische Kopfwäsche etc.

**Schuhwaren-Haus**  
und Reparaturwerkstätte  
**Rich. Rumler** L.-Lindenau  
Leipzig 8, Querstraße 4/6.

### Bericht über den Schlachtwichmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 18. April 1911.

a) Aufliefer:

275 Kinder u. zwar 184 Ochsen, 29 Kalben, 140 Kühe, 72 Büsten; 224 Rinder; 200 Stück Schafswiech; 1700 Schweine; 2580 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark:

Viehgruppe	Bezeichnung	Preis
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, bis zu 6 Jahren . . . . .	92
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete . . . . .	84
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere . . . . .	74
	4. gering genährt jeden Alters . . . . .	64
Kalben und Kühe	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts . . . . .	86
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren . . . . .	82
	3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben . . . . .	78
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben . . . . .	64
Bullen	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerts . . . . .	85
	2. mäßig genährt jüngere u. gut genährt ältere . . . . .	81
	3. gering genährt . . . . .	77
Rinder	1. feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugländer . . . . .	65
	2. mittlere Mast- und gute Saugländer . . . . .	60
	3. geringe Saugländer . . . . .	48
	4. ältere gering genährt (Kreißer) . . . . .	—
Schafe	1. Mastlämmere und jüngere Masthammel . . . . .	43
	2. ältere Masthammel . . . . .	40
	3. mäßiggenährt. Hammel u. Schafe (Mischfische) . . . . .	35
Schweine	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren . . . . .	59
	2. fleischige . . . . .	56
	3. gering entwickelte . . . . .	58
	4. Sauen und Eber . . . . .	40
c) Verkauf:	d) Geschäftsgang:	
262 Kinder und zwar 125 Ochsen, 27 Kalben, 188 Kühe, 72 Bullen . . . . .	mittelmäßig	
224 Rinder . . . . .		

dass die übrigen Firmen, die ihre Leute ohne Grund aufs Pflaster wärten, sich jetzt trotz ihrer gegenseitigen Verstärkung weigern, ihre alten Leute einzustellen, um damit der Zelluloidfabrik einen Vorwand zu geben, ihre Abmachungen nicht einzuhalten. Wenn die Fabrikanten jetzt erklären, die Arbeiter wollten nicht wieder anfangen, so ist das eine unverschämte Lüge. Die Arbeiter haben sich bereits am Sonnabend bereit erklärt, die Arbeit aufzunehmen und die verabredeten Listen verlangt. Die meisten Firmen haben bis heute nicht geantwortet, obwohl die Einstellungen bereits am 3. Feiertage erfolgen sollten, und Herr Polizeiweig hat überzeugt die Annahme der Listen verweigert.

Wenn die Eilenburger Schärmacher jetzt wieder darüber zettern sollten, dass es die "bösen Sozialdemokraten" und die freien Gewerkschaften seien, die das Erwerbsleben durch ihren "Terrorismus" schädigen, so wissen die Eilenburger Bürger, woran sie sind. Nicht die Arbeiter, sondern der Fabrikantenklingel ist es, der seit einem halben Jahr in der rücksichtslosen und unverantwortlichen Weise nicht bloß die Interessen der Arbeiterschaft, sondern der gesamten Eilenburger Bürgerschaft aus schwerster schädigt.

**Mosau.** **Nebenfall.** Der 25 Jahre alte Arbeiter Anton Walkosky wurde auf dem Wege nach seiner in der Adolfstraße gelegenen Wohnung nach seinen Angaben von einem unbekannten Manne überfallen und durch Messerstiche an der Hand und im Gesicht schwer verletzt. Walkosky wurde mit dem Krankenwagen in das Leipziger Krankenhaus gebracht. Der Angreifer konnte noch nicht ermittelt werden.

**Zweiendorf.** **Gesperrt.** Der Kommunikationsweg von Zweiendorf nach Paasdorf ist am 20. und 21. April für den Fahrverkehr gesperrt.

**Sommersfeld.** **Die Kirchensteuer.** Die Amtshauptmannschaft Leipzig ersuchte den hiesigen Gemeinderat um Auskunft, warum auf dem diesjährigen Steuerzettel die Kirchenanlagen besonders angegeben sind, und nicht auch die Schulanlagen. Nun, wer die hiesigen kirchlichen Verhältnisse kennt und weiß, dass früher keine Kirchenanlagen erhoben werden brauchten, wird über dies Verschaffen nicht sonderlich erstaunt sein. Ferner meinen wir aber auch, dass die Kirchensteuer eine freiwillige ist, d. h. nur vor dem gezahlt werden braucht, der der Kirchengemeinschaft angehört, dass diese Steuer auch gesondert auf dem Steuerzettel vermerkt werden muss, während die Schulanlagen bekanntlich von allen Steuerzahldern getragen werden müssen. Der Gemeinderat beschloss deshalb vernünftigerweise auch, an diesem seinem Verfahren festzuhalten und die Amtshauptmannschaft demgemäß zu bescheiden.

**Engelsdorf.** **Grundwertssteuer.** Bei der diesjährigen Einschätzung wurde der hiesige Grundwert mit 11.829.804 M. ermittelt und die Grundwertssteuer auf 2,40 M. pro Tausend festgesetzt. Die Gemeindebedürfnisse werden gedeckt zu einem Drittel durch die Gemeindeeinkommensteuer, zu zwei Dritteln durch die Grundwertssteuer.

**Kleinzschocher, Baumannstr. 18**  
mittlere Wohnungen — geräumig, freundlich, preiswert — zu vermieten durch **Reimann & Kirmse**, Elsterstr. 14. Fernsprecher 7176.

**Einfamilienhaus** in **Bösdorf**  
Std. Bahnh. v. Plagw. Bahnh., s. 1. 7. ob. früher zu vermieten. Einh. 5 Zimmer, Küche m. Sp., Keller, Boden, großer Garten, u. Stallgebäude. (7828\*) Näheres dort **Bahnhofstrasse 95.**

**Vermietungen**  
**Osten.**  
Wohnungen der Neuzzeit entsprechen, von 260-380 M. zu vermieten. Näh. Ausl. Engelsdorf, Lindenstr. 3, II.\*

**Westen.**  
**Großzschocher**  
Wohn. 275-300 M. m. Balk. p. 1. 7. 2. verm. Land- u. Baugesellschaft, Großsch., Herm.-Beyer-Str. 9. Großsch., Herm.-Beyerstr., Wohn. p. 1. 320-400 M. f. od. spät. 2. verm. 2 St. Bf., 2 Ra., 1 Kü. Bf., Kell., Bob., Gart. Wilh.-Wesche. [\*\*] Gouglisch, Spinnereistr. 80d, II. L., leere Stube bl. u. Schlafl. d. v. Pl. Marktstr. 5, pt. Klein. leeres Zimmer zu vermieten. 17793 Ich. zuge. Kammer und Stube, Lind., Galviniusstr. 42, H. pt. r.

**Norden.**  
Neu-Wiederitzsch, Brösigkestrasse, schöne große Parterre-Wohnung (Gas, ev. Garagentor) 2. verm. Ausl. erreich. Baumstr. Richter.

**Verkäufe.**  
**Trauringe** massiv Gold 4 M. von **Gustav Kaniss**  
Tauchaer Strasse 6. 10 Prozent Rabatt. [11832\*]

35 Schuhwaren kaufen man bl. 95 bei **Linke**, Gerberstr. Nr. 95 Reparaturen schnell und sauber.\*

**Kauf Briketts** bei **Benno Grimm**, Tauchaerstr. 41

**Möbel** kompl. Einrichtungen liefert zu billigen Preisen auch gegen Teitzahlung **Krause** Humboldtstr. 18 Telefon 5370.

**Teppiche** mit kleinen Webfehlern, spottbillig zu verkaufen. **Salzgässchen** 7, Hof 1.

**Rabbitputzer** werden eingestellt **Häussler**, Wahr., Hallische Str. 22.

**Wälder gefügt.** **Waldbairst.** Schönesfeld, \* Dauerstr. 8. [7801]

**Wichtige Steinmetzen** a. Grabst. sucht W. F. Sander, Lindenau, Demmeringstrasse 80.

**2 Auglasier** stellt sofort ein **Gaußh.** Roburg. Cl. 51. [1-W. 87 an die Egged. d. Blattes. Schmid, Heinr. Schmidt-Cl. 7, II.]

**Liebertwolkwitz.** **Eichermann.** Am 20., 21., 24., 25. und 26. April wird im Gasthof zu den drei Linden eine Nachschaltung aller von Gewerbetreibenden und Landwirten im öffentlichen Verkehr benötigten Maße, Gewichte, Wagen und Maßwerkzeuge vorgenommen. Alle Gewerbetreibenden und Landwirte, die Maße, Gewichte, Wagen und Maßwerkzeuge im öffentlichen Verkehr benötigen, haben diese in rechtem Zustand dem Eichungsbeamten im bezeichneten Volal an dem ihnen noch bekannt zu gebenden Tage und Stunde vorzulegen. Gleichenfalls, die eine besondere Bestellung nicht erhalten sollten, bleiben von der Verpflichtung, ihre im Gebrauch befindlichen Maße usw. an einem der oben genannten Tage zur Nachschaltung vorzulegen, nicht befreit. Werden Maße, Gewichte, Wagen und Maßwerkzeuge, die das Nachschaltungsgesetz nicht tragen, nach Beendigung des Nachschaltungsgeschäfts bei einem fleißigen Gewerbetreibenden oder Landwirte vorgefunden, ohne dass er den Nachweis der später ausgeführten Neuzeichnung zu erbringen vermag, so wird Bestrafung nach § 360 Nr. 2 des Strafgelebens und außerdem die Neuzeichnung oder nach Umständen die Beschlagnahme und Einziehung der ungeeichten nicht gestempelten oder unrichtigen Maße, Gewichte, Wagen und Maßwerkzeuge veranlaßt.

**Schleußitz.** Der **Arbeitsmarkt** veranstaltet am Sonntag, den 28. April, als Abschluss der diesjährigen Saison einen Humorabend. Zur Aufführung gelangen lustige Schwänke von Hans Sachs. Die Pausen werden durch Bläservorträge ausgestellt. Programme zum Preise von 20 Pf. sind noch an den bekannten Stellen zu haben.

**Zwenkau.** **Gemeindeangelegenheiten.** Die Gemeinden besitzen ein Selbstverwaltungsrecht. Wer aber die Dinge schärfer beobachtet, wird wahrnehmen, dass dieses Selbstverwaltungsrecht sehr minimal ist und dass die sogenannten Aufsichtsbehörden in die Angelegenheiten der Gemeinden oft sehr viel dreinreden. Darauf kommt es, dass die Stadtverordneten verschiedene Projekte irgendwelcher Art zu wiederholten Malen beraten müssen und, den "Erinnerungen" höherer Behörden nachgebend, wähnen, das Richtige mit ihren Beschlüssen getroffen zu haben, damit die oberflächliche Genehmigung erfolgen kann. Ist dann genügende Zeit verstrichen, so erscheint das verabschiedete Projekt abermals auf der Tagesordnung, weil eine der Aufsichtsbehörden das Vergängliche hatte, weitere Mängel zu entdecken. So ergibt es der hiesigen Stadtgemeinde außer anderen Dingen mit dem Bebauungsplan zwischen der Eisenbahnstraße und dem Deubener Weg. Wiederholt stand er zur Beratung, so auch in der letzten Sitzung des Stadtgemeinderats. Außer einigen unwesentlichen Änderungen wurde diesmal die Genehmigung von der Errichtung einer Vorflutschleuse von der Bebauung des Areals abhängig gemacht. Das Kollegium beschloss demgemäß, doch ist es zu befürchten, dass damit die Genehmigung noch immer nicht erfolgt. Auch das neuerliche Ortsstatut hat das Wohlgefallen der Amtshauptmannschaft nicht gefunden. Da die erhoibten Einwendungen meist redaktioneller Natur waren, beschloss der Stadtgemeinderat im Sinne der Behörde. — Bei Ve-

ratung der Feuerlöschordnung wurde beschlossen, die durch den Tod des Herrn Restaurateurs Hösner freigewordene Brandmeisterstelle dem Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr, Herrn Prokurist Schaff zu übertragen. Die Freiwillige Feuerwehr wird in drei (bis vier) Alte eingeteilt. Die Dienstzeit der Feuerwehrleute wurde auf vier Jahre festgesetzt. Mit Ausnahme der städtischen und Staatsbeamten, der Aerzte und Kellner sind alle männlichen Einwohner vom erschöpften 26. bis zum erschöpften 30. Lebensjahr feuerwehrdienstpflichtig. Bisher waren auch die Lehrer vom Dienst befreit, was vom 1. Januar 1912, wenn die Feuerlöschordnung in Kraft tritt, anders wird. Wenn lieberlichen Lebenswandels soll die ledige Str. in Thello untergebracht werden. — Da der am 1. Mai eintretende neue Bürgermeister das vom ehemaligen Bürgermeister innegehabte Friedensrichteramt nicht übernehmen will, wurde Herr Schuldirektor Müller als Friedensrichter gewählt. — Der Aufnahme des Wegewärters und der Vorsteherin der Kinderbewahranstalt in die Klasse der pensionsberechtigten Gemeindebeamten wurde zugestimmt.

### Grieshaben der Redaktion.

**W. S.** 60. D 1 = allgemeine Abgeltungspflicht, so dass den Anforderungen des Dienstes im stehenden Heere nicht mehr genügt werden kann.

**W. L.** 1. Nein. 2. Wendeln Sie sich an die Baupolizei resp. das städtische Bauamt.

**Streitköpfe** 2 x 2. Die Überleitung der bürgerlichen Ehrenrechte besteht nicht von der Verpflichtung Steuern zu zahlen.

**D. R.** 100. A 51 = Bruchanlage; A 30 = schlechte Zähne. Die übrigen Zeichen beziehen sich nicht auf Körperbeschädigung.

**Atemunterstützung.** Eine bestimmte Einkommensgrenze für Unterstüzungsfälle besteht nicht. Es wird von Fall zu Fall nach den besonderen Verhältnissen entschieden.

**P. Sch.**, Thonberg. Die Einsendung eignet sich nicht zum Abruck.

### Auskunft in Rechtsfragen.

**"Rabe".** Die Sachen müssen Sie herausbekommen. Versuchen Sie es zunächst mit einer Aufforderung durch einen Anwalt. Hilft das nicht, müssen Sie, resp. Ihr Vormund, beim Amtsgericht klagen.

**Maria S.** Machen Sie die Adresse ausfindig und schicken Sie einen Zahlungsbefehl. Wenn dagegen Einspruch erhoben wird, müssen Sie klagen.

**D. M.** 19. Die Aburteilung erfolgt in Österreich, wo auch die Strafe zu verbüßen ist.

## Erwerbt das Bürgerrecht!

### Farbenfabrik im Auslande (Kontinent)

sucht zur Stütze des Chemikers Jilinger, möglichst unverheirateten

### Farbmeister

der firm in der Herstellung von Mineralfarben ist. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter V. 86 an die Exp. d. Zeitung.

### Dr. med. K. Böhme

Spezialarzt für Zahn- u. Mundkrankheiten

und Zahnarzt

jetzt **Gellertstr. 10, I.** Telephon 15.630.

Sprechzeit 9—1, 3—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr. [7880\*]

Meine Praxis befindet sich jetzt

### Bayersche Strasse 2, II. —

Ecke Bayerscher Platz und Albertstrasse.

### Zahnarzt Fritz Jäger

früher Windmühlenstrasse 56. [7278\*]

### Patentbüro

**Anger & Ullrich.** Grimmaischer Steinweg 16, prüfen Ideen kostenlos.

Vorzügliche Verwertung.

### Unterricht.

### Tanz-Schnellkursus

beginnt am 3. u. 8. Mai für Walzer u. Rheinländer.

Honorar 1 M. Gest. Anmelde- jederz. Privatsaal u. Wohnung.

**A. Matthias.** Königstrasse 7, Treppe C L.

### Musikinstrumente \*

Bestandteile und ff. Saiten

Vorzügliche Reparaturen

**28 = Unterricht = 28**

Dufourstrasse 28

### Vermischte Anzeigen.

### Smoking- und Flack-

o. Schrot-Kugeln verleiht

Hainstr. 6, I. \* A. Dachs.

### Ihre Anzüge

w. wie „neu“ gereinigt, gebügelt,

Anzug 2,50 M. Abholung u. Zu-

sendung frei. Postkarte genügt an

Wäscherei „Undine“ Döllitz-Leipzig.

Carl Schneider Nach.

Leipzig

Feldstr. 20, Fr. 1. Bl.

1. Kl. Rollw. m. Pferd verl. Abg.

1. W. 87 an die Egged. d. Blattes. Schmid, Heinr. Schmidt-Cl. 7, II.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. April.

**Geschichtskalender.** 10. April 1580: Philipp Melanchthon in Wittenberg gestorben (\* 1497). 1750: Der Schauspieler und Dramatiker August Wilhelm Iffland in Hannover geboren (\* 1814). 1800: Der Dichter Franz Freiherr von Sandt in Frankfurt a. O. geboren (\* 1840). 1801: Der Physiker Gustav Theodor Fechner in Groß-Sachsen geboren (\* 1887). 1824: Der Dichter Otto Roquette in Troschen geboren (\* 1890). 1830: Der Mineralog Gustav Tschermak zu Kitzau in Nähren geboren. 1831: Der Staatsmann und Schriftsteller Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, in London gestorben (\* 1804). 1882: Charles Darwin in Down in Bedgebury gestorben (\* 1809). 1900: Der Physiker Pierre Curie in Paris gestorben (\* 1859).

Sonnenaufgang: 4,58 Sonnenuntergang: 7,2.  
Mondaufgang: 12,57 vorm., Monduntergang: 7,21 vorm.

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. April.**  
Aussichten der Winde, sonst keine Witterungsänderung.

## Prämien für die Hausfrau.\*

F. H. Es ist eine eingewurzelte Sitte der deutschen Kaufleute, den Hausfrauen, Dienstmädchen und Kindern bei ihrem Einkauf eine Zugabe in Gestalt einer Tafel Schokolade, einer Schachtel Seife, einer Tüte Bonbons oder einiger Stahlseiden zu geben, und namentlich gegen Weihnachten und zum Jahreswechsel haben sich die Kunden einer besonderen Freigebigkeit der Kaufleute zu ersfreuen. Es ist eine kleine Ausmuntierung, dem Kaufmann die Kundshaft zu erhalten, und der Grund ist: „Kleine Geschenke erhalten die Kundshaft“ wird auch immer seine Geltung bewahren. Gegen derartige kleine Gaben, die der Kaufmann nach freier Entschließung in dem einen Falle gewähren und in dem andern versagen kann, will ich auch nichts einwenden, obwohl die hohen Unkosten des Detailisten, der geringe Verdienst an den einzelnen Artikeln, eine solche Extrabelastung im Grunde gar nicht mehr zulässt.

Aus dieser alten Sitte der Kaufleute hat sich aber in den letzten Jahren ein ganz enormer Missbrauch der Fabrikanten entwidelt, der sich zum Teil sogar als gräßlicher Schwund offenbart. Ich meine den Unfug, jedem Käufer bei jedem Einkauf bestimmter Waren aber doch bei einem Einkauf von bestimmten Mengen, „hochwertige Geschenke“ als Zugaben oder Prämien zu verpreisen. Die betreffenden Fabrikanten geben in der Regel Gutscheine aus, die in den Büchsen oder Päckchen enthalten sind, oder auch Bestandteile des Kartons oder der Verpackung bilden, und verbreiten illustrierte Listen und Kataloge, in denen sie bekannt geben, welche wertvollen Geschenke derjenige zu erwarten hat, der beispielsweise 100 oder 500 oder 5000 Guldscheine einsendet. Sie behaupten natürlich in ihren prahlserischen Airtakten und Annoncen, daß es sich um völlig kostenfreie Gaben handelt, und daß ihre eigenen Kosten allein durch die Steigerung des Umtages eingebracht würden.

Diese Behauptung ist unwahr, und jeder vernünftig denkende Mensch vermag sie ohne weiteres als unwahr zu erkennen. Leider sind unsre Hausfrauen, die ja häufiglich die Einkäufe beorgen, die leichtgläubigsten Geschöpfe — wobei man noch zu berücksichtigen hat, daß viele Frauen auch nicht mit den einfachsten Prinzipien des Warenhandels vertraut sind und sich durch ein im Schausenker ausgestelltes Kaffeeservice, eine Pelabow oder einen schönen Regenschirm, die ihnen als Prämie für den Einkauf von Seife oder Backpulver oder Margarine usw. versprochen werden, geradezu blenden lassen. Und da überlegen sie zunächst gar nicht, daß diese glänzenden Geschenke, die sich bei näherem Aufsehen noch gar als Schwind offenbaren, nur durch Einwendung von 500 oder 1000 Guldscheinen zu erreichen sind, daß sie also zunächst einmal 500 Pfund Seifenpulver, 100 Pfund Margarine oder 500 Büchsen Bouillonwürfel verbrauchen müssen, um diese „köstlichen Gaben“ zu erlangen. Sie überlegen nicht, daß sie alt und grau dabei werden können, ehe sie diese Mengen ein und desselben Artikels in ihrem beschleunigten Haushalt verbraucht haben, so daß unter Umständen erst ihre Kinder oder Enkel in den Besitz der Prämien gelangen, vorausgesetzt natürlich, daß bis dahin die Fabrik noch existiert. Kein Fabrikant verschentkt etwas. Es handelt sich fast durchweg um Artikel, die wenige Groschen kosten: Seifenpulver, Puspomade, Malakasse, Bouillonwürfel, Margarine, Saucen, Teigwaren, Tee usw. Diese müssen auf das genaueste kalkuliert sein; denn in dem Preise stecken ja nicht nur die Kosten des Materials und der Herstellung, sondern auch der Verdienst des Fabrikanten, des Agenten, des Detailisten, die Kosten der Kundin, der Fracht usw. Nun haben die Fabrikanten, die für 50 und 100 Guldscheine kleine, für 500 und 1000 Scheine höhere Geschenke gewähren, natürlich ganze Warenlager angelegt; die Verwaltung derselben, die Buchführung und Versendung erfordern natürlich eine große kostspielige Organisation, zahlreiches Personal usw. Wie kann nun ein vernünftiger Mensch glauben, daß dies alles — abgesehen von den sonstigen enormen Unkosten des Fabrikbetriebes — der Fabrikant mit den weitesten Pfennigen zu bestreiten vermag, die er an jedem Pfund Seifenpulver, Margarine usw. verdient? Es ist eine offenkundige Täuschung, wenn man dem Publikum einzureden sucht, daß es die Prämien vollkommen gratis erhalten. In Wahrheit verteuern diese enormen Betriebskosten jedes einzelne Päckchen, jede einzelne Bluse, gehen somit vielfach auf Kosten der Qualität. Das hat die Bodumer Handelskammer schon vor einiger Zeit in ihrer Eingabe an den Handelsminister mit folgenden Worten klar ausgedrückt:

„Bei Geschäftsmännern, die untertrieblos jedem Käufer oder bei einem Einkauf von bestimmtem Umfang angeblich hochwertige Gegenstände als Zugabe versprechen, verursachen die Zugaben große Kosten, die nicht allein durch die erhoffte Steigerung des Umtages hereingebracht werden können. Die Kostenbedeckung muß daher auf andre Weise vorgenommen werden, zum Beispiel dadurch, daß dem Käufer Waren minderwertiger Qualität verkauft werden. Das Publikum, dem meist jede Warenkenntnis und leider auch jedes kritische Urteilswertes gegenüber diesen Kleidermitteln abgeht, wird über die Qualität der Ware, die es erhält, getäuscht. Statt guter, preiswerter Ware erhält der Kunde minderwertige Ware und ferner eine Zugabe. Aber diese Zugabe gleicht den Mindestwert der Ware in keiner Weise aus. Auch über die Qualität und den Wert der Zugabe wird das Publikum in äußerst roffinierter Weise getäuscht. Der Käufer glaubt, als Zugaben die gleichen Waren zu erhalten, die in den sich regulärer Weise mit dem Absatz dieser Waren befassenden Spezialgeschäften zu angemessenen Preisen und in guter Qualität verkauft werden.“

Nach diesen Preisen der reellen Spezialgeschäfte bemüht er den Wert der Zugabe und rechnet zehn- bis zwanzigprozentige Rabatte auf seinen Einkauf heraus. Meist erhält er jedoch nur Schindware der schlechtesten Beschaffenheit. Gerade in der immer wieder erfolgreich in erforderlicher Weise durchgesetzten Täuschung

\* Aus der neuen Broschüre: Gutschein-System und Zugaben-Umwelt von Friedrich Huth. Verlag Geistiges Eigentum, Charlottenburg 4. Preis 80 Pf.

schnung des Publikums über den Wert der Zugabe liegt der große Erfolg jener Geschäftsmänner begründet, die sich nicht scheuen, zu der Kundin mit Zugaben zu greifen, die als durchaus unreell nicht soviel genug verhöhlt werden kann. Es scheint als dringend notwendig, das laufende Publikum vor den dargelegten betrügerischen Überworteilungen in geübter Weise zu schützen. Schutz geschieht aber auch dem reellen Handel, der es ablehnt, mit diesen unlauteren Mitteln geschäftliche Erfolge zu erreichen, und ferner denjenigen Handelszweigen, die sich mit dem regulären Absatz der zu Zugaben deklassierten Waren beschäftigen, und die durch das Verschleudern minderwertiger Waren ihrer Branchen in der Form von Zugaben in ihrer Existenz gefährdet werden, ohne daß sie sich gegen diese unlautere Konkurrenz zu wehren vermöchten.“

Aus diesem Grunde schlug die genannte Handelskammer vor, in das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs eine Bestimmung einzunehmen, wonach es verboten ist, in öffentlichen Veranlagungen, Schaustellungen oder in Mitteilungen, die für einen höheren Personenkreis bestimmt sind, Zugaben oder Geschenke zu versprechen. Rabatt oder Skonto dürfen nur in bar gewährt werden.

Welchen Umfang das Zugabenunwesen angenommen hat, erfährt man in der achten Hauptversammlung des Verbandes deutscher Rabattparverline, die am 25. Juli v. J. in Gegenwart von Vertretern der Staatsregierung, der Stadtverwaltung und der Handelskammer in Freiburg i. Br. abgehalten und von über 1000 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besichtigt wurde. Hier teilte der Referent, Kaufmann Philipp (Hildesheim) mit, daß ihm auf Anfrage bei den Brüderverelten etwa 70 Fabrikanten genannt worden seien, die auf die eine oder andre Weise derartige „Geschenke“ zur Verstellung bringen. Dauerlicherweise gehörten dazu nicht nur neu entstandene, sondern auch einige alte, namhafte Fabriken, was geradezu wundernehmen muß. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Der Verbandsstag der Deutschen Rabattparverline sieht in dem heutigen Zugabewesen der Fabrikanten ein unlauteres Geschäftsgeschehen, daß eine Schädigung des Handels und auch der Konsumenten zeitigt, und beschließt, ein gesetzliches Verbot des selben anzustreben. Die Verbandsleitung hat, eo. in Gemeinschaft mit andern Verbänden, die weiteren Schritte einzulegen.“

Es kam hier auch zur Sprache, daß die Rabattvereine das Zugabewesen bereits energisch bekämpfen (?). Denn der Kaufmann würde, wenn es nach ihm ginge, nur bewährte Erzeugnisse solcher Fabrikanten führen, die es ablehnen, den Prämienzettel mitzunehmen. Bringt ihm doch das Gutscheinystem nur Scherzen ein. Er würde diese oder jene unerprobte Neuheit gar nicht annehmen, wenn ihm nicht die Frauen dazu anwängen durch ihr alljährliches Verlangen nach den angelandeten „Geschenken“. Ja, wirklich, unsre Frauen sind von einer wahren Sammelsucht ergriffen, und in manchen Häusern hat die ganze Lebenshaltung eine Verschlechterung allein durch dieses Zugabensystem erfahren. Denn hat eine Hausfrau einmal damit begonnen, Gutscheine für Waren einer bestimmten Art zu sammeln, so geht sie natürlich von der betroffenen Sorte nicht wieder ab, auch wenn sie diese als minderwertig erkannt hat. Arbeitet sie doch auf eine goldene Brotsche, eine goldene Taschenuhr oder eine vornehme Handtasche usw. hin. Nicht die weise Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beeinflußt ihre Entschließungen: das Phantom des in der Ferne wirkenden „wertvollen Geschenks“ flendet ihre Einsicht. Darum müßte jeder verständige Ehemann seiner Frau gründlich untersagen, Waren zu kaufen, auf die Gutscheine bzw. Zugaben gewährt werden.

Ich bin der Meinung, daß vor allem das Publikum, namentlich die Brauenvolk, aufzuklären muß, und daß auch einmal die Männer über diese heilsame Wirtschaft in ihrem Hause ein kräftiges Wörtchen sprechen sollten.

## Parlas.

„Wenn Sie Ihre Tat eingestehen, so könnten Sie die Sache noch zu Ihren Gunsten wenden.“ Sie, an die diese Worte gerichtet waren, stand als Angeklagte vor dem Schöffengericht. Ein junges, blaßes Mädchen, das reichlich Tränen vergoss. Eine Kellnerin, die vor zwei Jahren einen Rock und eine Bluse gestohlen haben soll. Sie war inzwischen nach Berlin verzogen und da ihr, die als Kellnerin ein ungeregeltes Dasein lebt, einmal die Ladung nicht zugestellt werden konnte, wurde sie kurzerhand verhaftet und nach Leipzig transportiert. Hier hat sie acht Tage gesessen zur Strafe dafür, daß sie sonst so wenig schaft ist und dadurch all den braven Bürgerjüchtern und Müttern als Stein des Anstoßes unangenehm in die Augen fällt. Das arme Mädel, das sonst gewiß seinen Beruf recht nobel ausübt, hat in einsamer Zelle acht lange Tage vertrauen müssen, weil es im Verdacht stand, einen Rock und eine Bluse gestohlen zu haben. Am Osterheiligabend kam sie vor Gericht und die Sonne schien so warm und hell ins Zimmer. Sie beteuerte ihre Unschuld, und es stellte sich auch wortlich heraus, daß sie keine Diebin gewesen ist. Gewiß hat sie beim Umzug einen Rock von einer Kollegin mitgenommen, aber sie hat ihn nach zwei Tagen zurückgeschickt, weil sie ihn nach ihrer Behauptung treitlich mit eingepackt hatte. Die Bluse dagegen, die sie ebenfalls gestohlen haben sollte, war gar nicht einmal zum Stechen vorhanden gewesen. Unter solchen Umständen haben die Schöffen das Mädchen freigesprochen, und es hätte dazu wahrscheinlich gar nicht der warme Osterheiligabend gereicht, der extra aus Berlin gekommen war. Das in Tränen schwimmende junge Menschenkind wurde sofort in Freiheit gesetzt. Es jubelte nicht hell auf, als es frei den Gerichtssaal verlassen konnte, sondern seine Tränen flossen auf dem Korridor langsam und langsam weiter, und einzelne Schluchzer von geringerer Intensität erschütterten noch immer seine Brust. Es war ein langsame Verstegen aller Betriebslust, in die das Proletariermädel durch die vielen bartlichen Worte der letzten acht Tage gestoppt worden war. Jetzt aber schien auch ihm die Osteronne hell und warm!

Im Mittelpunkt einer Schöffengerichtssitzung am Osterdienstag stand ein 18 Jahre alter Sohnlehrling, der im Kaufmännischen Vereinshaus seine Lehrzeit absolvierte. Der junge Bursche, ein Knabe noch von Gestalt, wurde von seinem Lehrherrn, dem Traiteur Geigenmüller, als ein Auskund von Lehrerhaftigkeit galtschilt: er sei illegitimat, faul, nachlässig, schmutzig, eine Bagabundennatur. Niemand habe sich um den Jungen gekümmert; er habe bereits seinen früheren Prinzipal bestohlen und der Vormund des Jungen hätten ihn gebeitten, ihn vollends zum Koch auszubilden. Aber der Junge habe allerlei Räubergeschichten gelesen, und er sei ein paarmal ausgerückt, kein Mensch wußte, was aus ihm geworden war. Aber er habe ihm wieder aufgenommen. Dann zulegte war der Junge abermals einige Tage verschwunden, und man sandte ihn schließlich über dem Kleiderschub, wo er sich ein vollständiges Lager zurechtgemacht hatte. Auch verprovoziert hatte er sich mit Brot, Käse und Selterwasser. Nun stellte sich heraus, daß der Junge sich im Kartoffelseller noch ein zweites Lager zurechtgemacht hatte. Warum er das getan, darauf wußte er keine Antwort zu geben. Ein Taugenichts ist er zweifelsohne, aber die Art und Weise, wie er dem Richter auf seine Fragen antwortete, war nicht die eines verstockten Bösewichts, sondern knabenhafte und kindlich klug sein. Da auf die Frage, ob er unrecht getan. Dass sein Lehrherr jedoch auf den Jungen zornig war, wird man begreiflich finden, daß er seinen Pflegebefohlenen so geschlagen, wie es in der Anklage geschildert wird, hat ihn mit Weiß vor den Richter gebracht. Prügel sind die

schlechtesten Erziehungsmitte, und Prügel mit einem Ochsenklemmer vulgo Klappspelsche zumal zeigen von gar keinem Erziehungsamt. Der Junge hat bei dieser Prozedur einige Streiche und Beulen an mehreren Körperstellen davongetragen, und die Staatsanwaltschaft war der Meinung, daß der Lehrherr das Bildungsrecht überschritten habe. Aber das Schöffengericht war dieser Meinung nicht, es sprach den Lehrherrn frei. Der arme Proletarierjunge, um den sich niemand kümmert hat, mußte also unbeschützt von dannen gehen. Hoffen wir, daß diese Affäre ihm ein Markenzeichen werde, daß der gute Herr seines Wesens zum Durchbruch kommt und er hinsichtlich selbst wehren und kämpfen lernt.

Hermann Borgmann †. Der am Sonntag in Berlin verstorbene Genosse Borgmann hat in Leipzig in der schändlichen Zeit der Arbeiterbewegung lange Jahre gedient. Der Vorwärts schreibt im Nachruf für Borgmann darüber:

Nach seiner Militärtätigkeit verlegte Borgmann sein Tätigkeitsfeld nach Leipzig, wo er in der eifrigsten Weise für seine Gewerkschaft wie für die Partei wirkte. Und wir danken es Borgmann besonders, daß er in einer Zeit, wo unsre Partei durch das Sozialistengesetz in der schändlichsten Weise verfolgt und unterdrückt wurde, als aufrichtiger Mann unsre Ideen versucht und in weitere Kreise zu tragen sich lebhaft bemühte.

Im Jahre 1888 stellten die Genossen in Gohlis bei Leipzig unsern Freund als Kandidaten für den Gemeinderat auf, er erlag jedoch bei der Wahl dem Ansturm der Gegner. Im Jahre 1888 entbrannte auf gewerkschaftlichem Gebiet zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der Hutbranche in Leipzig ein lebhafter Kampf, der zu einer größeren Aussperrung führte und zur Folge hatte, daß Borgmann, der eifrig für Besserstellung seiner Kollegen gekämpft hatte, als Opfer der Aussperrung sein Bläuel schnitt und sich anderwo eine Existenz suchen mußte. Er ging nach Berlin und setzte hier seine „aufgehende“ Tätigkeit fort.

Zu den Grundlinien einer Gemeindesteuerreform in Sachsen, wie sie die Regierung kürzlich veröffentlicht hat, schreibt das Leipziger Hausbesitzerorgan zustimmend folgendes, wodurch freilich diese Steuermacherei hinreichend gekennzeichnet ist:

Wir wollen zum Schlus gern anerkennen, daß der Gesetzesentwurf die Möglichkeit einer Verhinderung innerhalb der bürgerlichen Parteien bietet. Zweifellos sind dem neuen Entwurf eine Anzahl von Hätern geworden, deren der Entwurf von 1904 in so reichem Maße aufwies. Angesichts der nunmehr in die Nähe gerückten Gemeindesteuer-Reform bebauern wir lebhaft, daß es bei den Landtagswahlen im Jahre 1909 nicht gelungen ist, eine größere Zahl von Freunden des städtischen Grundbesitzes in den Landtag zu wählen. Bei der heutigen Zusammensetzung des Landtags steht leider zu befürchten, daß nicht den städtischen Grundbesitz nur wenige Freunde finden werden.

Unter Hätern verstehen die Hausbesitzer die berechtigte und notwendige Heranziehung zur Besteuerung des Grundbesitzes. Sie befürchten auch nicht mit Unrecht, daß das reaktionäre Steuermachwerk der Regierung vom Landtag etwas modernisiert werden könnte, deshalb der Schmerzensschrei über die Niederlage der reaktionären Kandidaten bei der letzten Landtagswahl.

Mehneuhheiten. Nicht etwa solche auf dem Messplatz am Frankfurter Tor, sondern auf dem politischen Gebiete werden dem Leipziger Publikum, oder genauer gesprochen einigen rechtsstehenden reichstreuenden Wählern, morgen abend im Neuen Gasthof in Gohlis geboten. Der Reichsverbündler Dr. Henrici, der für das Leipziger Bürgeramt absolut Politik treiben will, gibt in Insferaten bekannt, daß er eine „Programmrede“ halten will. Das kann ja gut werden. Seine monarchischen Gefühle werden in ihm wach, wenn ihm das bekannte Blatt Götz von Berlichingen zugerufen wird, und er kann sich nach seinem eigenen Geständnis dann nicht anders helfen, als indem er ein Hoch auf Wilhelm II. ausbringt, wie er es in jener Studentenversammlung schon getan hat.

Es ist ja selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft Henrici mit seinen paar Anhängern allein läuft und nicht etwa den Saal mit Füßen hilft. Was Henrici sagt, oder vielmehr auf die Sozialdemokratie schimpft, ist ganz gleichgültig. Interessant ist nur, daß die Neuesten Nachrichten, die gegen seine Kandidatur schrieben, heute für seine Versammlung Stellung machen.

Einen ordentlichen Bären hat sich das Leipziger Tageblatt von einem Zeiletreiter aus Frankfurt a. O. aufzubinden lassen. Danach besteht in Frankfurt a. O. eine Strömung, die die Kandidatur des Genossen Faber umstößt und den dortigen Rechtsanwalt Falkenfeld als Kandidaten aufstellen will. Diese Bewegung — so heißt es in der Tagesschau — weiter steht anschließend im Zusammenhang mit der Tendenz, an Stelle der reinen Parteidagitäten mehr Persönlichkeiten in die Reichstagsfraktion hineinzubringen.

Unter den „reinen Parteidagitäten“ verstanden die bürgerlichen Gegner bisher Angestellte einer Parteidorganisation oder eines Parteidgeschäfts. So verstehen sie es wohl auch heute noch. Nun ist aber Genosse Faber weder Organisations- noch Parteidagitäter, sondern selbständiger Schuhfabrikant, also ein Mann, wie er von der „Gegenströmung“ gewünscht wird. Sobald das Tageblatt über angebliche Vorgänge in der Sozialdemokratie schreibt, blamiert es sich bis auf die Knöchen. Überbrigens scheint es immer noch von der Dorfsanzeigereaktion mit Stoff versehen zu werden.

Zweihundert Mark Belohnung. Im Februar wurden vom Bayrischen Bahnhof fünf Ballen Herrenkleiderstoff im Werte von über 2000 Mt. gestohlen. Den Dieben ist man noch nicht auf die Spur gekommen. Auf das Herbeischaffen des gestohlenen Gutes ist obige Belohnung zugesichert.

Leichensfund. Auf einem Felde bei Seehausen wurde am 15. April der Leichnam eines ausgetragenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Der Hals der kleinen Leiche war mit einem blauen Schürzenband umschlungen. Nach ärztlichem Gutachten hat die Leiche 2-3 Tage in der Erde gelegen. Das Kind war aber gebadet worden. Es wird angenommen, daß die Leiche von einem Nachbarort an den Fundort gebracht worden ist. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die hiesige Kriminalpolizei oder die Landeskriminalpolizeibrigade in Leipzig entgegen.

**Selbstmord.** Durch Erhängen entlebte sich vergangene Nacht in der Johann-Georg-Straße ein 58 Jahre alter Arbeiter. Der Mann lebte von seiner Frau getrennt. Vermutlich war der Zwist in der Ehe der Beweggrund zu seiner Tat.

**Süßigkeitsverbrecher.** Am 2. Osterfeiertage hat sich ein in Halle wohnender 37 Jahre alter Mann in den Promenadenanlagen an zwei Mädchen im Alter von 7 und 9 Jahren in unstilllicher Weise vergangen, weshalb seine Festnahme erfolgte. Der Täter ist von einem Herrn zur Rede gestellt worden. Dieser hat sich jedoch entfernt. Der betreffende Herr wird erachtet, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden. Ebenso werden die Eltern der Kinder erachtet, diese der Kriminalabteilung des Polizeiamts zuzuführen, da sich die Kinder ebenfalls entfernt hatten.

In der Nähe des Stünzer Parks hat sich wiederholt ein schamloser Mensch bemerkbar gemacht, dessen Festnahme noch nicht erfolgen konnte. Der Täter ist ein etwa 40jähriger Mann von großer, schlanker Gestalt mit blondem Schnurrbart.

24 000 Mark unterschlagen hat der bei einer hiesigen größeren Firma angestellte geweine Kassierer Hermann Franz Vollmann, am 22. April 1888 in Mansfeld geboren und in L-Entwitz, Delitzscher Straße 90 wohnhaft gewesen. Vollmann ist flüchtig. Er ist übermittelgross, schlank, hat dunkles Haar, Anzug von Schnurrbart und gesundes Aussehen. Seine Kleidung besteht aus einem grau grünen Jackentanz und schwarzen oder einem gelben weichen Hute.

**Diebstähle.** Gestohlen wurde in der Kreuzinsstraße ein Metzgerrad Nr. 33 980. Ferner ist ein Torpedorad Nr. 33 221 gestohlen worden.

Aus einem Lokale des Nordviertels wurde ein langer, hellgelber Sommerüberzieher und aus einem Lokal am Nohplatz ein Sommerüberzieher von hellgrauem Stoff entwendet.

**Diebe entwendeten aus einem Vergnügungslatral in L-Stünz eine A-Klarinette, System Böhme, mit schwarzem Futteral, dieses mit der Aufschrift C. Kriech, im Werte von 120 M., sowie einen goldenen Klemmer mit Ketten.**

**Verhaftungen.** Aus der Gefallenkammer einer Bäckerei stahl ein 20jähriger Schlosser von hier unter erschwerenden Umständen einen Geldbetrag und eine Taschenuhr. Es erfolgte die Festnahme des Diebes.

In eine Fabrik des Westviertels hatte sich ein polnischer Arbeiterbüro eingeschlichen, ebenfalls um zu stehlen. Um sich nicht auffällig zu machen, hatte sich der dreiste Bursche Gesicht und Hände mit Rost gefärbt. Da er keinen Ausweis über seine Person besitzt, wurde er der Polizei übergeben.

Ein mittelalter 44 Jahre alter Buchhandlungsgehilfe aus Halle machte in einer Wirtschaft der inneren Stadt eine gröbere Peche. Der Jechtbetrüger wurde der Polizei zugeführt.

## Hus der Partei.

**Bernstein in Breslau.** Der sozialdemokratische Kandidat für Breslau-West, Genosse Ed. Bernstein, sprach am Karfreitag in Breslau über die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. In der Debatte trat ihm Genosse Schiller von der Breslauer Volkswacht entgegen. Er führte nach dem Bericht der Breslauer Volkswacht aus:

Bernstein hat zwar in seinem, über die gegenwärtige Parteikonstellation referierenden Vortrag eine durchaus aufrechte Stütze über den Wert und Unwert der nationalliberalen Partei gegeben, die dem Politiker Bernstein durchaus Ehre macht, aber er hat die uns angeblich näherstehenden Freisinnigen zu sehr geschont. Wenn man sich durch das Schlagwort vom schwarz-blauen Block doch nicht gar zu sehr das Bild trüben wollte; man hindert sich fast daran, den ganzen Feind zu übersehen. Wenn Bernstein sagt, der Freisinn habe sich in letzter Zeit in den Parlamenten — ausgenommen in den Kommunen — so leidlich gut gehalten, so darf man auch in einer Volksversammlung diese Behauptung nicht unwiderrührlich lassen. Gerade in den Parlamenten hat der Freisinn in jüngster Zeit ein durchaus undemokratisches und volksfeindliches Verhalten gezeigt. Dieses Verhalten überwiegt bei weitem das bishen Charakterfestigkeit, die zwischendurch ließ. Nein, man muß in einem Vortrag mit solchem Thema auch die sogenannte Fortschrittpartei ganz zeichnen. Man darf nicht vergessen, zu sagen, daß diese Leute es gewesen sind, die die an sich schon ungemeinerliche Teuerung der Lebensmittel bei der Finanzreform noch mehr gesteigert haben, indem sie auch für die 400 Millionen Mark neuer indirekter Steuern stimmten. Und man muß auch immer daran erinnern, daß es gerade um diese selbe Zeit der Teuerung wiederum „Freisinnige“ waren, die in ihrem verächtlichen Byzantinismus dem König von Preußen die Millionsumme bewilligten. (Lebhafte Zustimmung.) Man kann den Freisinn als ernsthafte demokratische Partner für uns nie und nimmer betrachten, man müßte denn so unendlich viel von seiner Fämmlichkeit vergeben. Man müßte vergessen, wie zum Beispiel das linksfreisinnige Berliner Tageblatt nach der Stichwahl von Giesen unsern Kandidaten Beckmann als eine politische Null, einen Mann ohne Intelligenz beschimpfte, für den zu stimmen einem Freisinnigen mit Recht schwer würde. Und man müßte vergessen all die tausend andern Charakterzüge des Freisinns, aus denen ständig seine antidemokratischen und monarchischen und volksfeindlichen Tendenzen bewiesen werden können.

Aber schließlich können wir dem Freisinn daraus keinen Vorwurf machen, daß er politisch henchelt. Es muß so sein, weil er nicht anders sein kann als Teil der Klassengesellschaft, der unser erbittertester Kampf gilt. Und darum muß auch der Wahlkampf nicht nur ein Kampf gegen den schwarz-blauen Block sein, sondern ein Kampf, der als ein bewußtes Städteklassekampf geführt wird, und sich infolgedessen gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft richtet. Klartum muß mir die Stellung zu erkennen sein gegenüber den Dunklen und den Pfaffen und gegenüber der ganzen kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft, und klar wird dann der Kampf sein. (Lebhafte Beifall.)

Ihm antwortete Genosse Bernstein:

Man darf die Geschichte der Menschheit nicht nach einer Schablone beurteilen. Woher kommt es, daß ein Teil des Bürgertums gegen Agrararistum und rheinische Großindustrie kämpft? Es geschieht doch aus wirtschaftlichen Interessen. Und so gibt es auch geistige Unterschiede. Für uns sind alle bürgerlichen Parteien reaktionär, aber eine einheitliche reaktionäre Masse sind sie nicht. Ich soll die Bollwarte nicht schärfer genug bekämpft haben. Ich habe aber im Hinblick auf den nahen Wahlkampf nicht verschwiegen, daß ich zum Freisinn mein volles Vertrauen habe, noch haben kann. Es hat aber keinen Zweck, über ein gewisses Maß der Kritik hinauszugehen.

## Von Nah und Fern.

Der Rathausbrand in Scherbeck.

**Brüssel,** 19. April. Der Feuerwehr ist es gelungen, aus den Schuttmassen des Rathauses von Scherbeck einige Gemälde herauszuholen, die schon als verbrannt galten. Die in unterirdischen Treppen sich befindende Kommunalkasse wurde ebenfalls gehoben. Sie enthielt etwa drei Millionen in bar und in Wertpapieren. Man weiß bis jetzt nicht, ob ein oder mehrere Personen den Brand angelegt haben. An verschiedenen Stellen wurden gleichartige Funde von mit leicht explodiert

barem Naphta angefüllten Gefäßen gemacht. Im Rathaus lagen große Mengen von Munition, besonders Kartätschen, die für die Bürgergarde bestimmt waren und mit lautem Knattern explodierten.

**Brüssel,** 19. April. Die amtliche Untersuchung des Rathausbrandes von Scherbeck läßt keinen Zweifel darüber, daß ein Hubenstreich die Zerstörung des Gebäudes verursacht hat. Die Verwaltung ist provisorisch in der Schule untergebracht worden. Nur das Postgebäude und das Standesamt sind in zwei ununterbrochenen, mit Telephoneinrichtung versehenen großen Trambahnhöfen vor den Ruinen des Rathauses vorläufig untergebracht worden. Man ist noch immer mit dem Löschung des glimmenden Trümmerhauses beschäftigt und versucht aus dem nassen, heißen Schutt zu retten, was an Dokumenten erhalten geblieben ist.

### Folgen der Automobilraseri.

**Rom,** 19. April. Gestern früh wurde auf der Via Pisani bei Florenz durch das Automobil des Prinzen August Wilhelm von Preußen, der hier mit seiner Gattin und einer Hofdame eine Spazierfahrt machte, ein zehnjähriges Mädchen überfahren, das einen Knöchelbruch davontrug. Das Kind wurde im Gefährt des Prinzen nach dem Krankenhaus gebracht, worauf der Prinz in Begleitung eines Schuhmanns vor dem Polizeidirektor seine Aussagen machte.

**Aix,** 19. April. Ein mit drei Herren und einer Dame besetztes Automobil, das aus Toulon kam, fuhr in einen Straßen Graben und stürzte um. Sämtliche Insassen wurden herausgeschleudert und einer lebensgefährlich, die andern schwer verletzt. Ein vierjähriges Kind, das auf der Straße spielte, wurde von dem umschlagenden Wagen getroffen und ebenfalls schwer verletzt.

**Paris,** 19. April. Wie aus Lyon berichtet wird, übertrat ein Automobil zwei Radfahrer. Beide wurden in schwerverletztem Zustande ins Hospital gebracht. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

### Ein Ort in Gefahr.

**Graz,** 19. April. In dem als Sommerschlaf bekannten Marktstücken Obdach in Steiermark ist eine große Feuerbrunst ausgebrochen, die den ganzen Ort zu vernichten droht.

### Kampf mit Wilderern.

**Neulinghausen,** 19. April. Der Sohn des in Diensten des Grafen Westerholt stehenden Försters Kleite hatte in den gräßlichen Wäldern einen Zusammenstoß mit acht Wilderern. Er schoß in der Notwehr zwei der Wilderer nieder, die andern entflohen. An dem Auskommen der beiden Angeschossenen wird gezweifelt.

### Gasexplosion.

**Berlin,** 19. April. Am Osten haften Bewohner beim Ausziehen die Gasdrucke abgenommen, die häufig aber nicht geschlossen. Als die neuen Meter eingezogen, kam es zu einer Explosion, durch die verschiedene Personen erhebliche Brandwunden erlitten.

### Waldbrände.

**Duisburg,** 19. April. In den gräßlich Speischen Waldungen hat ein Brand 1000 Morgen Bestand vernichtet.

**Auxilloz (Département Saône),** 19. April. Durch eine Feuerbrunst wurden über 2000 Hektar Wald sowie die Ortschaft Baroquedron zerstört. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf über 200 000 Franc. Mehrere Waldparzellen, die Privatpersonen gehören, waren nicht verschont.

## 159. Sächsische Landeslotterie.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark gekennzeichnet. (Siehe Gewinn.) (Rückstand verloren.)

### Ziehung vom 19. April.

**5000** auf Nr. 24550 bei Herrn Oskar Glaser in Leipzig.

**5000** auf Nr. 33186 bei Herren Max und Johann Schneider in Leipzig-Gohlis.

**853** 850 290 220 982 95 336 (1000) 248 77 134 962 5 200

724 392 909 766 700 (1000) 25 779 30 637 (1000) 408 846 145

1275 707 948 10 882 014 472 701 (1000) 9 (1000) 778 918 802

578 087 415 468 055 529 02 222 311 2444 395 827 30 308 704

255 450 894 500 (200) 300 308 708 171 390 78 377 154 542 713

54 584 898 849 344 793 40 4482 (1000) 55 131 190 320 087

727 572 716 702 152 423 974 233

**5982** 16 973 230 254 (2000) 405 109 774 260 81 215 (1000)

935 600 158 395 720 211 6416 689 335 854 201 814 522 38

10 50 842 178 141 819 852 425 979 7387 812 761 24 483 131

877 041 508 612 305 708 (500) 909 210 8000 767 165 845 527

201 298 119 104 480 824 (500) 794 (2000) 477 (500) 474 890

603 570 287 521 50 191 9340 14 (1000) 864 42 435 225 005

132 275 254 872 052 (2000) 26 140 (5000) 912 501 886

**10623** 457 254 534 32 711 423 543 501 129 228 295 (2000)

20 417 570 414 308 746 858 204 480 11159 307 522 806 966

568 289 292 036 074 945 043 034 947 564 341 409 831 736 44

12135 612 449 200 357 200 157 063 853 (3000) 103 780 (500)

13143 425 (1000) 058 499 332 263 827 91 (1000) 886 (2000) 81

325 202 204 414 978 208 805 606 252 (1000) 18 630 14000 74

337 780 448 282 210 849 791 487 794 485 16 402 480 600 919

149 398 2 240 (1000) 756 841 828 276

**15829** 85 929 250 (2000) 729 15 898 286 345 626 118 597

809 651 761 10643 220 290 907 (500) 817 108 746 929 256

762 088 405 033 069 617 82 311 966 517 17999 971 746 221

945 50 104 939 110 052 815 161 36 725 458 398 312 807 307

133 905 **18997** 755 842 952 057 177 048 563 141 137 902 721

54 886 899 **19247** 300 227 350 102 782 787 179 27 840 501

582 353 (1000) 369 806 931 701

**20579** 100 758 103 232 723 187 178 383 810 285 700

830 100 099 903 377 (500) 868 403 **21709** 33 442 48 959 881

422 536 328 850 586 755 279 778 459 (3000) 828 010 22028

34 710 173 320 114 783 10 182 292 (500) 287 589 136 55 256

026 441 92 15 23745 741 (1000) 196 281 960 32 818 200 914

180 468 194 (1000) 431 037 692 412 618 880 870 415 116 790

373 52 161 619 328 020 **24087** 70 400 112 448 339 550 (5000)

991 335 325 481 59 (1000) 813 040 408 (500) 824 98 708 555

**25638** 547 771 458 922 40 718 088 391 220 521 798 605

998 747 248 799 **26280** 281 497 820 (2000) 878 2

# Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbekömmlich.

## Theatervorstellungen.

### Neues Theater.

Mittwoch, den 10. April; 107. Abonnement-Vorstellung (3. Serie, welch): *Hilflos: Der Ring des Alberungen. II.*

#### Die Walküre.

Erster Tag aus der Trilogie. 3. Aufzähling von Richard Wagner. Regie: Dr. Loewenthal. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Wolf. Siegmund Hr. Uetus Verküsse Hr. Daxel. Gundung Hr. Mayr Waltraute Hr. Werner. Wotan Hr. Soomer Schwerleite Hr. Schäfer. Sieglinde Hr. Marz Helmwige Hr. Edith. Wellenlinde Hr. Edith. Wellenlinde Hr. Mühlendorf Steigende Hr. Schäffer. Freia Hr. Uebach Waldrabe Hr. Marbach. Schauspiel der Handlungen: 1. Aufzug: Das Innere der Wohnung Gundung. — 2. Aufzug: Weltes Geheimnis. — 3. Aufzug: Auf dem Gipfel eines Felsenberges (bei Wellenlinden). Die Vorstellung wird durch einen Komponistensatz eingeleitet. Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einsatz 6 Uhr. Anfang 10 Uhr. Ende nach 11 Uhr. Opern-Kreis. Spielplan: Donnerstag: Zum ersten Male wiederholte: Der Herr Verfeindiger. Anfang 10 Uhr.

### Altes Theater.

Mittwoch, den 10. April, abends 10 Uhr:

Zum 25. Male:

*Glaube und Heimat.*

Die Tragödie eines Volkes von Karl Schönbert. In 3 Aufzählingen.

Christof Rott, ein Bauer Dr. Walter der Sohn Dr. Hellmuth. Gott Peter, L. Bruder Dr. Schler. Der Alt-Rott, sein Vater Dr. Haas. Die Mutter, f. Weiß Hr. Reichenbach. Der Spw., f. Sohn Dr. Meiss. Grossmüller. Die Mutter der Rottin Hr. Schlypang. Der Sandberger der Leitzen Dr. Denme. Der Sandbergerin Dr. Ruth. Der Untersegner Dr. Prost. Ein Lied aus der Zeit der Gegenreformation in den österreichischen Alpenländern. Pausen nach dem 1. Aufzug. Einsatz 7 Uhr. Anfang 10 Uhr. Ende 10 Uhr. Gewöhnliche Preise. Spielplan: Donnerstag: Der Rottin. Anfang 10 Uhr.

**April Battenberg. April 1911**

**3 Gebrüder Wille 3 Akrobaten.**

Leonard Gautier, Dressur-Akt, im Spielwarenladen.

Georg Osram. Der arme Onkel.

6 Boston Girl, engl. Gesang und Tanz 6

**Die 4 Ritsches 4**

Das ??? Verrückteste auf dem Gebiete der Radfahrer.

**Battenberg-Theater**

Hente: Abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Volkstümlich in 5 Bildern von Ludwig Anzengruber.

Morgen: Abends 8 Uhr: Der Registratur auf Reisen. Originalposse mit Gesang in 7 Bildern von Ad. L'Arronge und G. v. Moser.

Vorverkauf zumerhöhter Billets bei Franz Stein, Markt 18 und Paul Pflügner, neben Battenberg.

## Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut.

### Theater-Aufführungen.

#### Altes Theater.

Sonntag, den 23. April, nachmittags 1/2 Uhr  
*Die Komödie der Irrungen*

(neu inszeniert). Von William Shakespeare.

Sonntag, den 30. April, nachmittags 1/2 Uhr  
*Ein Volksfeind.*

Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen.

Doppelpäckchen 1.40 Mit., Einsache Pläne 70 Pf., Stehpäckchen 40 Pf., III. Gang 15 Pf.

Karten zu diesen Vorstellungen sind zu allen Plätzen in den bekannten Verkaufsstellen noch zu haben.

#### Die Theaterkommission.

## Leypzig, Alberthalle, Krystallpalast Königlich Niederländischer Circus Oscar Carré.

Allabendlich 8 Uhr:

### Brillante Vorstellung.

Ritter v. Renroz! Les Proserpini

Der Kampf ums Pferd! Sogar Brothers usw. usw.

Mittwochs und Sonnabends, nachmittags 4 Uhr:

### Ausnahme-Maschine zu halben Preisen für alle.

Billettvorverkauf im Modenhause Aug. Polich [7800]

sowie an der Circus-Kasse.

**Bären-Schänke** Empf. m. Lokalität, m. Gesellschaft, ff. Biere u. Speisen (tägl. Spezialger.) Nikolaistr. 15. Tel. 2765. \* Ergebenst Joseph Lippert.

Gegenüber dem Krystallpalast

## Café Wintergarten

Täglich Künstler-Konzert

## Felsenkeller

Morgen Donnerstag: Grossartiges Frühlings-Jubelfest.

Programm des Bunten Theaters, u. a.: Der Rosenkavalier usw. usw.

Hierauf: Vornehmste Ballmusik des Westens.

Anfang 8 Uhr. Felsenkellerkarten gültig.

[7810] Entree 20 Pf.

Achtung!

# Bier- und Beifahrer, Hof-, Hilfs- und Kellerarbeiter

der Leipziger Brauereien und Bierniederlagen.

Donnerstag, den 20. April, abends 1/2 Uhr

## Sektions-Versammlung

im Cafesaale des Volkshauses, Zeitzer Strasse 32.

Tagesordnung:

1. Bericht und Beschlussfassung über den Lohntarif.

2. Gewerkschaftliches.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet Die Leitung des Transportarbeiterverbandes.

### Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I. Bureauzeit: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abends 5—8 Uhr. Telefon 8784.

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Bücher können während der Bureauzeit entliehen werden.

Zentralheizungs-Industrie! Sonnabend, 22. April, abends 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus. T.O.: 1. Demonstrations-Vortrag des Herrn Ingenieurs Karl Hermann über: Sauerstoff und autogene Schweißung. 2. Gewerkschaftliches. — Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs. \*7945

Das Agitationskomitee.



Kiachta-Hütte  
Fideler Wirt.  
Fensterglas aller Art. O.Tauchnitz, Eisenbahnstr. 148.

# Deutscher Arbeiter-Sänger-Rund

## Gau Leipzig.

Sonntag, den 23. April, vormittags 1/2 11 Uhr

## Öffentliche Sängerversammlung

im grossen Saale des Volkshauses.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Redakteur L. Bartels aus Chemnitz über: Das Volk und die Kunst. 2. Diskussion.

Diese Versammlung wird abgehalten, um die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter mit den Zielen der Arbeitergesangvereine vertraut zu machen.

Ganz besonders ersuchen wir die gewerkschaftlich und politisch organisierten Sangesbrüder, die noch bürgerlichen Vereinen angehören, diese Versammlung zu besuchen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes (Gau Leipzig).

\*7820

Alle Sorten Sägen  
Hobeleisen u. fertige Hobel  
Maurerfellen, Wasserwaagen  
Spiral- u. Radehaken  
Schaufeln u. Spaten  
Verzinkte Drahtgeflechte  
Gartenrechen etc. billigst bei  
**C. G. Weinspach**  
Eisenwarenhandlung  
Plagwitz, Karl-Heine-Str. 73.  
Große Auswahl in Haus- und Küchengeräten.

Der Steuerzettel geht um!  
Für alle Steuerfragen, Refexionen usw. ist der beste Ratgeber:  
Führer durch das sächsische Einkommensteuergefecht von A. Lüttich.  
Preis 15 Pfennige.  
zu bezahlen durch die Volksbuchhandlung und deren Filialen.

**Zahn-Atelier Willy Schult**  
Petersteinweg 10, I.  
Ecke Münzgasse.  
Zeilzahlung geregelt.  
Fernspr. 10352.

**Möbel auf Teilzahlung**  
= Kleiderstoffe, Wäsche etc. =  
■ Betten, Sofas, Teppiche ■  
Gardinen, Ulitragen, Tischdecken  
etc.  
Kompl. Ausstattungen  
eleg. Schlafzimmer, mod. Küchen  
**Herm. Liebau**  
LEIPZIG  
Turnerstr. 27-29

**Zigarren, Zigaretten**  
Julius Köthe Grosshdg. f. Tabakfabrik. Leipzig-R., Telefon 2524. [\*

# Maifeier-Gedenkblatt

Auch in diesem Jahre ist in unserm Verlag ein

## Gedenkblatt zur Maifeier

erschienen. Es ist künstlerisch in Zweifarbenindruck ausgeführt und wird allen Genossen ein wertvolles Andenken an die diesjährige MAI-FEIER sein.  
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.G.

GEDENKBLÄTTER à 15 Pfg. zu haben in unserm Hauptgeschäft, Tauchaer Strasse 19-21 sowie in unsern Filialen und Zeitungs-Ausgebäuden: Zeitzer Strasse 32 (Volkshaus); L.-Volkmarsdorf, Zollrosendorferstrasse, Ecke Elisabethstrasse; L.-Lindenau, Lützner Strasse 41; L.-Thonberg, Reitzenhainer Str. 32 (Trotzsch); L.-Stötteritz, Ferd.-Jost-Str. 27 (Pöhlitz, Konsumverein); L.-Connewitz, Bornaische Str. 13 (Prior); L.-Kleinzschocher, Dieskaustr. 5 (Peter); L.-Kleinzschocher, Dieskaustrasse 31 (Georg); Leutzsch, Hauptstrasse 55 (Stoye); Böhla-Ehrenberg, Wettinerstrasse (Brekau); L.-Gohlis, Lindenthaler Strasse 12 (Müller); L.-Eutritzsch, Magdalenenstrasse 6 (Horzog). — Ferner in den Partei-Sekretariaten, den Gewerkschafts-Büros und bei den Vertrauensleuten der Partei und der Gewerkschaften.

Fernspr. Nr. 1814 **Grössten Vorteil**  
bietet das

## Möbelhaus Hermann Fontius

Aeuss. Hall. Str. 106 L.-Gohlis Aeuss. Hall. Str. 106  
in **Braut-Ausstattungen**

sowie einzelnen **Möbeln, Spiegeln und Polsterwaren**  
modern, preiswert, solid.

## Urania-Schreibmaschine

mit sichtbarer Schrift

Generalvertreter:

Nestmann & Wittig  
Leipzig

Brüderstrasse Nr. 3  
Telefon 9431.



## Möbelverkauf

Da durch Ausschluss möglichst aller Spesen, welche die Möbel vertreten. — Eigene Tischlerei und Polierwerkstatt. [1195]

**Karl Helbig**  
9 Eisenbahnstrasse 9  
Hof 1 Tr. — Telefon.

**AFRANA Näh-**  
Maschinen  
aller Systeme

Allein- + Verkauf:  
Carl Winkler  
Neumarkt 16 Petersstr. 15  
(Hohmanns Hof). \*

Irrigatoren, Mutter-spritzer, Leibbinden, Unterlagen, Damen-binden, Verbandwatte usw. sowie alle Art. zur Kranken- u. Wocheng- pflege, hygien. Bedarfartik. Distanz. Versand nach auswärts. \*

**Karl Klose**, Leipzig 7, Hainstr. 19. Fernsprecher 13737. Katalog auf Verlangen gratis.

## Familienanzeigen.

All den Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- u. Schwiegervater **Herr August Reiche** nach längerem Leiden am 17. April, im 70. Lebensjahr, sanft entschlafen ist.

L.-Kleinzschocher, den 18. April 1911.  
7797] Die trauernden Hinterbliebenen,  
Beerdigung Donnerstag, den 20. April, mittags 1/2 Uhr,  
von der Halle des hiesigen Friedhofs aus.

# Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1911. Nr. 89

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Auft und Licht.

Der alte Krichle war Gemüsebauer und -händler draußen vor der Stadt; er gehörte zu den Leuten „mit goldenem Kern in rauher Schale“. Er hatte ein weiches Herz, aber ein knurriges, poltriges Wesen. Kinder mochte er gern um sich leiden, darum nahm er täglich einige mit auf seine Felsen; denn Lust und Licht brauchten die Kinder ebenso notwendig wie die Pflanzen, wenn sie gediehen sollen: das war seine ständige Riede Erwachsenen gegenüber.

Außen wohnte im Borderhause seines Gründstücks eine Frau Spieker, die ihm oft Anlass gab, zu kurren und zu schimpfen über die Unvernunft mancher Eltern. Wenn nämlich die andern Kinder im Hofe herumtollten oder mit dem alten Krichle auf dem Wagen jubelnd zum Tore hinaufzuhren, blickten schenfjüchtige Augen aus einem blässen Gesichtchen durch die Fensterscheiben auf das muntere Treiben da unten, und diese Augen gehörten dem Frixi, Frau Spiekers Jungen.

Frixi durfte nicht auf dem Hofe, viel weniger auf der Straße mit seinen Altersgenossen spielen; denn seine Mutter fürchtete „böse Pfeile“ ungezogener Jungen“.

Herrn Krichle schnitt es jedesmal ins Herz, wenn er den kleinen an der Hand seiner Mutter ausgehen sah. Jedesmal nahm die Frau den Weg nach der Stadt, als ob es draußen in den Feldern nicht schöner und gesünder wäre wie in der stinkigen Stadtluft. Der Junge blickte dann verdrossen drein und schlenderte gelangweilt neben seiner Mutter her.

Als nun einstmals Frau Spieker beim alten Krichle im Laden einliefste, da trieb das Mitteld Herrn Krichle, der Mutter ins Gewissen zu reden. Er tat das in seiner ehrlichen, poltrigen Art:

„Sehn Sie mal, Frau Spieker — hm — Ihr Frixi — ist gewiß ‘n lieben Jungen. — Um, sehn Sie, Frau Spieker, ich bin ja schon ‘n alten Kerl, ja — um habe schon so manches Pfänzchen — um, um Gemüse großgezogen — ja, da war aber immer Lust in Sonne de Hauptfache, wenn sie gediehen sollten, um wenn Kraft un Saft rinkommen sollte, Frau Spieker!“

Frau Spieker sah den alten Krichle verwundert an, sie wußte nicht, wo er hinauswollte mit ihrem Frixi, mit dem Gesäß und den Pfänzchen. Herr Krichle trugte sich hinter den Ohren. Weiß der Himmel! Er konnte überall freit von der Leber sprechen — wenn es auch immer mehr geschwanzt war — aber vor den kalten Augen dieser Frau wurde es ihm schwer. Er wollte recht sani für den Frixi sprechen, sand aber den richtigen Ton und die Worte nicht; so begann er wieder:

„Sehn Sie, Frau Spieker — hm — Dommelbunner . . . nec, nec — Nehm Sie’s nich übel, Frau Spieker! — Aber der Frixi muß mehr an die Lust, er muß sich mit den andern Jungen austollen und austreden können. — Er muß lachen lernen, wie Kinder lachen! Ja, dann kriegt er noch rote Röte, Frau Spieker. Ich nehmen heute mit uss’ Acker mit Schorsch un mit Willi! Sakra — da sollt Sie mal sehn, wie er wieder kommt. Un, wie er sich freuen wird, der Junge!“

Frau Spieker aber richtete sich hoch auf und kniff die Lippen zusammen. Langsam und jedes einzelne Wort betont, kam es von ihren Lippen:

„Mein lieber Herr Krichle! Jeder muß selber wissen, wie er am besten seine Kinder erzieht. Ein Strafjunge mag Ihnen sympathisch sein — mir nicht — da ist eben der Geschmack verschoben. Nebenfalls möchte ich mir jeden Rat von Ihnen in Ändererziehung hiermit verbitten haben.“

„Nu, nu, so warts ja nicht gemeint — Frau Spieker!“ wollte Herr Krichle antworten, aber die Frau drehte ihm ungnädig den Rücken zu. „Ungebildeter Mensch!“ sagte sie noch laut genug, daß Herr Krichle hören konnte, und verließ den Laden.

Der alte Mann hatte einen roten Kopf bekommen. „So, das geschieht dir allem Esel ganz recht!“ So zählte er sich selber aus. „Was hast du dich auch um andre Leute Angelegenheiten zu kümmern — wirfst dein Lebtag nicht gescheit darin!“ Dann aber dachte er wieder an den armen Frixi, und der Horn packte ihn: „So ein albernes, dummes Weib! Was soll nun aus von Pimpelstücken, son Mutterbüschchen lärm-Mann werden! Son armes Kind muß ja im Gemüse verbittert werden, um wenn es später nich gut geht, ja, na, da wird solch unehrfähiges Menschenkind rumgestoßen im Leben. Na, meinewegen! Aber Prügel verdient solch dämliche — Krüte! — Ungebildeter Mensch! So is recht! Wenn das die „Bildung“ is, was der gesunde Menschenverstand als verklärt un, un, jawohl, als unnatürlich ansehn muß, na, denn man zu! Das kann ja ‘n heiteres Menschen Geschlecht werden!“ So knurrte der alte Krichle noch lange herum.

Da eines Tages sah der alte Krichle, der im Pferdestall beschäftigt war, Frixi auf dem Hofe. „Der ist seiner Mutter durchgebrannt“, dachte er ganz richtig, „muß doch mal sehn, wie sich die Jungen zueinander stellen.“ Schorsch und Willi hatten eben „Musik gemacht“ mit Benutzung der Dachröhre und anderer Instrumente, die einigermaßen klingen, wenn sie helleßt oder mit dem Stiel bearbeitet werden. Sie hatten in ihrer Kunst wenig Beifall bei den Hausherrn gefunden, waren aber so in die edle Musik vertieft, daß sie nur durch das energische Einschreien ihrer Mütter gehindert werden konnten, weitere Proben ihrer Kunstfertigkeit abzulegen. Da sahen sie Frixi herankommen; sie waren ebenso verwundert wie der alte Krichle.

Frixi bewegte sich zaghaft, unsicher und ängstlich. „Weiß der Himmel!“ stellte der alte Krichle fest: „der Junge kann nicht mal richtig alleine losen, un er ist doch zwee Jahre älter noch wie Schorsch un Willi. Wie die beiden Vengels dagegen aussehen! Ha, ha, wie de Kohlkoppe uf meinem Acker neben ‘n Treibhaus-Pfänzchen! Da is Kern drin un Gesundheit!“

Die Kinder standen sich geräumige Zeit stumm gegenüber. Endlich fragte Schorsch kurz und trocken: „Willst woll mitspielen?“ Frixi sah scham nach dem Fenster seiner Mutter hinauf, dann sagte er: „Ja.“ „Na, denn komm her! Wir wollen Pferd spielen! Willi und du, ihr sollt die Pferde, un ich bin der Aufsöher!“ Die Windsabenseite wurde angelegt, und nun gings im Galopp unter „Hüh und Gott“ im Hofe herum. Frixi war aber das Laufen gar nicht gewöhnt und war bald außer Atem. Doch Willi und Schorsch achteten nicht darauf; sie liefen täglich vom Morgen bis zum Abend herum. Es ist erstaunlich, was ein Kind, wenn es geführt ist, darin leichter kann! Willi war bemüht, ein wildes, holzes Pferd möglichst genau darzustellen; er warf den Kopf, wieherte und stampfte und zog den Frixi hinter sich her. Schorsch wußte aber auch, was ein tüchtiger Aufsöher zu tun hatte: er zügelte und trieb an und gebrauchte die Peitsche — in diesem Falle eine Gerte, aus dem Garten gemopst — häufig und streng, aber gerecht: Willi und Frixi bekamen abwechselnd einen Jagdtrieb aufgebrannt. Willi nahm die Gerte als selbstverständlich hin — das war er nun einmal Pferd — und vollführte nur noch schöner Pferdeparolen. Frixi war aber die Pferdebehandlung nicht gewöhnt; er fing heimlich an zu fliehen,

geschalteten Batterie dagegen tat es keinen Schaden, wenn der Maschinenstrom periodisch erschien, die Aufspeicherung der Energie wurde wenig gefährdet, der regelmäßige Entladestrom überhaupt nicht beeinflußt. So standen die Akkumulatoren meistens im Ladungs- und Entladungsbetrieb. Die Anordnung befahl den Vorteil, daß die Wagen voneinander unabhängig waren, solange der Energiespeicher der Batterien reichte, jedoch den Nachteil, daß man sie wieder mit dem Dynamo-Gepäckwagen zusammenschließen und ihre Leistungen mit besonderen Kupplungen untereinander verbinden mühte, sobald die Neuladung ansangt sollte. Altertum Datums ist ebenfalls die Waggonbeleuchtung ohne Dynamomaschine, ausschließlich mit Akkumulatoren. Man stattet die Fahrzeuge mit einer einzigen Batterie aus, deren Aufspeicherungsfähigkeit groß genug bemessen wird, den Strombedarf der gesamten Lampenzahl eine gewisse Zeit lang zu decken. Die Lichtabgabe ist da so frei von äußeren Umständen und gleichmäßig wie bei Petrolgas, anderseits besteht gerade wie dort die Notwendigkeit, die Wiederaufladung an den dazu gewählten Orten vorzunehmen. Ungünstig ist dabei, daß man zur Ladung der Akkumulatoren bedeutend längere Zeit braucht und deswegen Reservebatterien nicht entbehren kann, für Personenzüge wird diese Art der Beleuchtung wenig verwandt, aber für die Bahnpersonenzüge ist sie seit mehreren Jahren in Gebrauch. Die Batterien enthalten je 18 Zellen und genügen zu ungefähr 200 Lampenstunden; es würden also 6 der 30 voltigen Glühlampen an 33 Stunden brennen.

Die modernen Zugbeleuchtungssysteme arbeiten alle wieder mit Dynamomaschine, und mit Akkumulatoren nur, um die Lichtanlage auf dem Stillstandes speisen zu können. Es erwähnt daran der Vorteil, daß das Aufspeicherungsvermögen und deshalb das Gewicht der Batterie erheblich kleiner sein darf, als bei reinem Batteriebetrieb. Seit 1902 und 1904 befähigt man sich auf den preußischen Bahnen mit der Waggonbeleuchtung, indem einige Schnellzüge eine Lichtleitungssatz befahren, das entweder von einer im Gepäckwagen aufgestellten Dynamomaschine und einer für den ganzen Zug bestimmten einzigen Batterie, oder von einer eigenen Kraftquelle auf der Lokomotive und Einzelwagenakkumulatoren gespeist wird. Treibt man die Dynamomaschine von einer Wagenachse an, richtet sich die Rotationsgeschwindigkeit stets nach der jeweiligen Fahrgeschwindigkeit, steigt und fällt mit ihr; der normale Betrieb einer elektrischen Maschine verlangt aber gerade regelmäßige Rotation. Deshalb erreichte man, wie erwähnt, unter andern eine separate Lichtzentrale für den Zug, wo eine auf dem Kessel der Lokomotive postierte Laval dampfturbine den Antrieb besorgt. Sie versieht direkt einen geringen Teil des Dampfes aus dem Kessel und wird darum durch Fahrt oder Stillstand höchstens insofern ein wenig beeinflußt, als der Dampfdruck im Kessel etwas schwankt.

Eine gesonderte Kraftquelle benutzt man auch bei der in Belgien heimischen Zugbeleuchtung von E. Hoest und Pieper, wo eine kleine raschlaufende, völlig eingekapselte Kolbendampfmaschine auf derselben Achse die in einem dicht danebenstehenden Eisenkasten verschlossene Dynamomaschine dreht. Das Aggregat befindet sich vor dem Führerhaus auf dem Lokomotivkessel. Das merkwürdigste dabei ist, daß die elektrische Anlage nicht mit gleichbleibender Spannung arbeitet, wie sonst jedes Beleuchtungsnetz, in dem bloß die Stromstärke je nach der Anzahl und Größe der augenblicklich eingeschalteten Lampen sich steigert oder vermindert. In dem Zugbeleuchtungssatz jedoch herrscht eine konstante Stromstärke; um diese einzuhalten zu können, liegen alle Apparate des Zuges durch Unternehmerschaltung in einem und demselben Leitungskreis, und die Spannung der Dynamomaschine wird je nach Erfordernis höher oder niedriger gesetzt. Damit fällt übrigens die Notwendigkeit einer festen Umdrehungsgeschwindigkeit weg, die Dampfmaschine wird mittels eines elektrisch betätigten Regulators verstellt, der mehr oder weniger Dampf zuläßt, sie also schneller oder langsamer rotieren läßt, nachdem die Spannung gestiegen oder fallen soll. Das wird hauptsächlich dann einer Rendierung bedürfen, sobald Lampen eingeschaltet oder ausgeschaltet werden sind, oder unter Variationen des Dampfdrucks, während die Maschine für gewöhnlich mit der einmal gefundenen Rotationsgeschwindigkeit ruhig weiterläuft. Die Führung der Leitung, die auch hier von einem Wagen zum andern durch unvertauschbare Kupplungsstränge verlängert wird, ist darum kompliziert, weil sie sich auf jedem Wagen wieder in zwei Stromkreise spaltet. Ein elektromagnetischer Schalter führt die eine Hälfte des Stroms in die Akkumulatoren des betreffenden Wagens, die zweite in die Glühlampen. Jedes Fahrzeug, auch die Lokomotive, trägt eine Gleichbatterie, die der abgezweigte Maschinenstrom ladet. Da nun hierzu die Spannung höher sein muss, als in der Stromhälfte der Lampen, ist dort ein Widerstand eingefügt, der die zu viel herüberkommende Energie vernichtet. Die Schaltung erlaubt demnach während des Dynamobetriebes gleichzeitig Ladung und Beleuchtung. Die Entladung tritt beim Stillstand der Dynamomaschine ein, wo der angedeutete elektromagnetische Schalter in seiner Ruhestellung bleibt und den für die Ladung vor den Lampen eingeschalteten Widerstand auslöst, damit der Entladestrom der Batterie, dessen Spannung mit der der Lampen übereinstimmt, zu denen unghindert zu kommen vermag. Beim erstenmal ist es, daß man die ganze Zugbeleuchtung, zu der auch eine Scheinwerferlaterne vorn an der Lokomotive gehört, und sogar die Dynamomaschine durch das einfache Auslösen eines auf dem Führerhaus angebrachten Apparats in Tätigkeit setzt, der die Dynamomaschine mit Batteriestrom zeitweise als Elektromotor anläßt, Dampf hinzuströmen und sie dann wieder die normale Dynamofunktion übernehmen läßt.

Um aussichtsreichsten dient die vollständige Einzelbeleuchtung sein, bei der jeder Wagen seinen Stromerzeuger und seine Batterie allein hat, wo man die Züge beliebig zusammenschieben, austauschen und alle Leitungsführungen von Wagen zu Wagen entbehren kann. Rosenberg erzielt dies mit einer spezialisierten Dynamomaschine, die in einem wasser- und staubdichten Eisengehäuse an den Trägern unter dem Wagenboden hängt und mittels Nieten von einer Achse bewegt wird. Hier gilt es auch, die Variationen der Achsendrehgeschwindigkeit nicht etwa zu Schwankungen des Lampenbetriebes werden zu lassen, und das verleiht Rosenberg, indem er die Zugbeleuchtungsdynamos für konstante d. h. von der Tourenzahl unabhängige Leistung konstruiert. Eine solche erreicht wohl früher bereits Gill, der das Dynamogehäuse einseitig wippend lagerte, die Maschine für eine gewisse mögliche Rotationsgeschwindigkeit justierte und damit bewirkte, daß bei wachsender Drehgeschwindigkeit der Treibriemen ins Gleiten kam. Leider ist eine derartige Anordnung technisch zu unvollkommen. In der Rosenbergschen Maschine hält sich die Leistung rein elektrisch innerhalb der vorgeschriebenen Grenze. Bekanntlich rotiert in jeder Dynamomaschine der bewegliche Teil, der mit Drahten umwickelte zylindrische Ankcer, zwischen zwei gegenüberliegenden Elektromagneten, deren innere Enden mit breiteren, der Gestalt des Ankers entsprechend ausgerundeten Eisenstücken versehen sind, den Pol-

## Die elektrische Beleuchtung in Eisenbahnzügen.

Der immer schärfer entbrennende Konkurrenzkampf zwischen dem Gas- und elektrischen Glühlicht hat sich neuerdings auch auf das Gebiet der Eisenbahnwaggonbeleuchtung ausgedehnt. Ganz herrschte hier ausschließlich die Petrolgasbeleuchtung vor, und zwar bis in eine Zeit hinein, wo das Gasglühlicht an statioären Anlagen längst mehr als zur Genüge seine praktische Brauchbarkeit bewiesen hatte. Die Herstellung des Petrolgases geschieht in kleineren Fabrikanten, nach einem ähnlichen, aber einfacheren Verfahren wie die Bereitung des Steinolohngases, indem man billige, schwere Oele in eine Gruppe eiserner Retorten, die in starker Rosglut gehalten werden, mechanisch einspritzt. Die Oele verdunsten nicht derart rein wie Benzlin oder Spiritus, sondern werden in der Glut zerstört, wobei brennbare Gase entstehen, die man durch Kondensation von den übrigen Dämpfen reinigt. Das Petrolgas wird in Eisenen Zylindern unter dem Wagen mitgeführt und von da aus in Rohrleitungen nach den einzelnen Lampen verteilt. Solange diese nur mit den älteren Schnittbrennern ausgerüstet sind, mischt man dem Petrolgas Acetyl zu, damit die Flammen weiter leuchten, wogegen die modernen Lampen mit hängenden Glühlampen eines soischen Gasgemenges nicht bedürfen. Das hängende Gasglühlicht mit seinem hellen, gleichmäßigen Schein hat sich zur Beleuchtung der preußischen Eisenbahnwaggons in den Jahren seit der Einführung gut bewährt.

Man sieht schon aus dieser überschläglichen Betrachtung, daß die Waggonbeleuchtung mit Petrolgas in technischer Hinsicht nicht sehr sündigt ist. Was sie am meisten auszeichnet, ist die Einfachheit des Baues und der Benutzung der fahrenden Anlage, während es beim elektrischen Licht nicht ohne gewisse Komplikationen abgeht. Man hat bereits vor mehreren Jahren versucht, die Gasbeleuchtung der Waggons in ihren relativ größten Möglichkeiten zu treiben, indem man auf einer Seite die Benutzungsfähigkeit der rollenden Anlagen hervorhob, auf der andern die seltsame Charakter. Sie können das Gas nicht selbst fabrizieren, sondern immer nur von den Zulässtationen beziehen, von denen sie demnach abhängig sind. Das ist aber bei der Elektrizität möglich, daß die Beleuchtungsanlage auf dem Zuge ihren Strom mittels Dynamomaschine selbst erzeugt und sich gegenüber irgendwelchen ortsfesten Anlagen völlig frei macht. In diesem Sinne war eine der ersten elektrischen Zugbeleuchtungsanlagen eingerichtet worden, und zwar auf einer kleineren Bahnhofswirtschaft. Im Gepäckwagen des Zuges hatte man eine Dynamomaschine aufgestellt, die ihren Antrieb von der einen Wagenachse empfing, wo eine Kleemenscheide mit breiterem Durchmesser angeklebt und mit der kleinen der Maschinewelle durch einen Treibriemen verbunden war. Solange der Zug stillstand, war selbstverständlich die Dynamomaschine stromlos. Erst wenn er zu fahren und die betreffende Achse sich und die Maschine zu drehen begann, schickte sie Strom in eine doppelte, längs durch die Wagen führende Drahtleitung. Davor brannten aber die Glühlampen der einzelnen Abteile noch nicht, diese bezogen ihren Strom vielmehr aus einer unter dem Wagenboden in einem Kasten verborgenen Akkumulatorenbatterie. Der Dynamostrom wurde in einer zweiten Batterie aufgespeichert. Jeder Wagen war demnach für sich mit einer doppelten Akkumulatorengruppe ausgerüstet, von der die eine Seite sich durch Abgabe des Lampenstroms entlaste, der die andere währenddessen mit Maschinenstrom geladen wurde. Da die Lampen nur Akkumulatorenstrom erhielten, der die angenehme Eigenschaft hat, absolut gleichmäßig zu fließen, leuchteten sie immer, ob der Zug stillstand oder fuhr, eben ruhig. Der jeweilig zur Ladung ein-

treitende Watterie dagegen tat es keinen Schaden, wenn der Maschinenstrom periodisch erschien, die Aufspeicherung der Energie wurde wenig gefährdet, der regelmäßige Entladestrom überhaupt nicht beeinflußt. So standen die Akkumulatoren meistens im Ladungs- und Entladungsbetrieb. Die Anordnung befahl den Vorteil, daß die Wagen voneinander unabhängig waren, solange der Energiespeicher der Batterien reichte, jedoch den Nachteil, daß man sie wieder mit dem Dynamo-Gepäckwagen zusammenschließen und ihre Leistungen mit besonderen Kupplungen untereinander verbinden mühte, sobald die Neuladung ansangt sollte. Altertum Datums ist ebenfalls die Waggonbeleuchtung ohne Dynamomaschine, ausschließlich mit Akkumulatoren. Man stattet die Fahrzeuge mit einer einzigen Batterie aus, deren Aufspeicherungsfähigkeit groß genug bemessen wird, den Strombedarf der gesamten Lampenzahl eine gewisse Zeit lang zu decken. Die Lichtabgabe ist da so frei von äußeren Umständen und gleichmäßig wie bei Petrolgas, anderseits besteht gerade wie dort die Notwendigkeit, die Wiederaufladung an den dazu gewählten Orten vorzunehmen. Ungünstig ist dabei, daß man zur Ladung der Akkumulatoren bedeutend längere Zeit braucht und deswegen Reservebatterien nicht entbehren kann, für Personenzüge wird diese Art der Beleuchtung wenig verwandt, aber für die Bahnpersonenzüge ist sie seit mehreren Jahren in Gebrauch. Die Batterien enthalten je 18 Zellen und genügen zu ungefähr 200 Lampenstunden; es würden also 6 der 30 voltigen Glühlampen an 33 Stunden brennen.

Die modernen Zugbeleuchtungssysteme arbeiten alle wieder mit Dynamomaschine, und mit Akkumulatoren nur, um die Lichtanlage auf dem Stillstandes speisen zu können. Es erwähnt daran der Vorteil, daß das Gewicht der Batterie erheblich kleiner sein darf, als bei reinem Batteriebetrieb. Seit 1902 und 1904 befähigt man sich auf den preußischen Bahnen mit der Waggonbeleuchtung, indem einige Schnellzüge eine Lichtleitungssatz befahren, das entweder von einer im Gepäckwagen aufgestellten Dynamomaschine und einer für den ganzen Zug bestimmten einzigen Batterie, oder von einer eigenen Kraftquelle auf der Lokomotive und Einzelwagenakkumulatoren gespeist wird. Treibt man die Dynamomaschine von einer Wagenachse an, richtet sich die Rotationsgeschwindigkeit stets nach der jeweiligen Fahrgeschwindigkeit, steigt und fällt mit ihr; der normale Betrieb einer elektrischen Maschine verlangt aber gerade regelmäßige Rotation. Deshalb erreichte man, wie erwähnt, unter andern eine separate Lichtzentrale für den Zug, wo eine auf dem Kessel der Lokomotive postierte Laval dampfturbine den Antrieb besorgt. Sie versieht direkt einen geringen Teil des Dampfes aus dem Kessel und wird darum durch Fahrt oder Stillstand höchstens insofern ein wenig beeinflußt, als der Dampfdruck im Kessel etwas schwankt.

Eine gesonderte Kraftquelle benutzt man auch bei der in Belgien heimischen Zugbeleuchtung von E. Hoest und Pieper, wo eine kleine raschlaufende, völlig eingekapselte Kolbendampfmaschine auf derselben Achse die in einem dicht danebenstehenden Eisenkasten verschlossene Dynamomaschine dreht. Das Aggregat befindet sich vor dem Führerhaus auf dem Lokomotivkessel. Das merkwürdigste dabei ist, daß die elektrische Anlage nicht mit gleichbleibender Spannung arbeitet, wie sonst jedes Beleuchtungsnetz, in dem bloß die Stromstärke je nach der Anzahl und Größe der augenblicklich eingeschalteten Lampen sich steigert oder vermindert. In dem Zugbeleuchtungssatz jedoch herrscht eine konstante Stromstärke; um diese einzuhalten zu können, liegen alle Apparate des Zuges durch Unternehmerschaltung in einem und demselben Leitungskreis, und die Spannung der Dynamomaschine wird je nach Erfordernis höher oder niedriger gesetzt. Damit fällt übrigens die Notwendigkeit einer festen Umdrehungsgeschwindigkeit weg, die Dampfmaschine wird mittels eines elektrisch betätigten Regulators verstellt, der mehr oder weniger Dampf zuläßt, sie also schneller oder langsamer rotieren läßt, nachdem die Spannung gestiegen oder fallen soll. Das wird hauptsächlich dann einer Rendierung bedürfen, sobald Lampen eingeschaltet oder ausgeschaltet werden sind, oder unter Variationen des Dampfdrucks, während die Maschine für gewöhnlich mit der ein- mal gefundenen Rotationsgeschwindigkeit ruhig weiterläuft. Die Führung der Leitung, die auch hier von einem Wagen zum andern durch unvertauschbare Kupplungsstränge verlängert wird, ist darum kompliziert, weil sie sich auf jedem Wagen wieder in zwei Stromkreise spaltet. Ein elektromagnetischer Schalter führt die eine Hälfte des Stroms in die Akkumulatoren des betreffenden Wagens, die zweite in die Glühlampen. Jedes Fahrzeug, auch die Lokomotive, trägt eine Gleichbatterie, die der abgezweigte Maschinenstrom ladet. Da nun hierzu die Spannung höher sein muss, als in der Stromhälfte der Lampen, ist dort ein Widerstand eingefügt, der die zu viel herüberkommende Energie vernichtet. Die Schaltung erlaubt demnach während des Dynamobetriebes gleichzeitig Ladung und Beleuchtung. Die Entladung tritt beim Stillstand der Dynamomaschine ein, wo der angedeutete elektromagnetische Schalter in seiner Ruhestellung bleibt und den für die Ladung vor den Lampen eingeschalteten Widerstand auslöst, damit der Entladestrom der Batterie, dessen Spannung mit der der Lampen übereinstimmt, zu denen unghindert zu kommen vermag. Beim erstenmal ist es, daß man die ganze Zugbeleuchtung, zu der auch eine Scheinwerferlaterne vorn an der Lokomotive gehört, und sogar die Dynamomaschine durch das einfache Auslösen eines auf dem Führerhaus angebrachten Apparats in Tätigkeit setzt, der die Dynamomaschine mit Batteriestrom zeitweise als Elektromotor anläßt, Dampf hinzuströmen und sie dann wieder die normale Dynamofunktion übernehmen läßt.

Am aussichtsreichsten dient die vollständige Einzelbeleuchtung sein, bei der jeder Wagen seinen Stromerzeug

schuhes. Infolge der Drehung in diesem magnetischen Feld entstehen in der Drahtwicklung des Außers elektrische Ströme, die von dem mit ihm umlaufenden Kollektor abgenommen werden, einer aus einzelnen Streichen zusammengesetzten Metallwalze. Von der werden sie durch feststehende, darauf schließende Kontakt, den sogenannten Bürtchen, abgeleitet. In dem gebrochenen Falle, wenn also zwei Magnetpole vorhanden sind, trägt die gewöhnliche Dynamomaschine zwei Bürtchen so, daß sie in der Mitte zwischen den Magneten am Kollektor aufstehen. Die Alsenbergsche Bauart hat in dem gleichen Falle auch zwei solche Bürtchen, die aber nicht mit dem Lichtstromkreis, sondern durch einen Draht unter sich verbunden, kurzgeschlossen sind. Zwei andre Bürtchen schließen dafür in der Mitte zwischen den Bürtenspaaren, gerade vor den Magnetpolen. Das sind die des Arbeitsstroms, den man in voller Stärke, nach dem Prinzip der Hauptstromschaltung, zur Erregung der Elektromagnete mitbenutzt. Das Verhalten einer veralteten Dynamomaschine ist nicht ohne ausführliche Erörterungen zu erläutern; es besteht im allgemeinen darin, daß durch den Strom der Kurzschlußbürtchen im Inneren ein zweites Magnetfeld hervorgerufen und dem vorhandenen gerade entgegengerichtet wird. Nur ein Rest des leichten bleibt wirksam. Wie kräftig er ist, bedingt weniger die Rotationsgeschwindigkeit, als vielmehr die Arbeitsstromstärke. Wenn die Maschine nach dem Anfahren des Jugs immer schneller geht, steigt zunächst ihre elektrische Spannung und Stromstärke, der Widerstand der festen Pole indes nur bis zu einer gewissen Intensität, weil ihr Eisen und das der Polshüse anders als sonst bemessen ist. Das Aufsetzen beginnt zu überwiegen und wird eine weitere Vergrößerung der elektrischen Kräfte nicht gestatten, sie behalten ihren Wert, ungeachtet der Verschiedenheit der Drehgeschwindigkeit. Eine Zugbeleuchtungsmaschine dieser Art wurde nach wissenschaftlichen Berichten auf die Höhe ihrer Stromleistung unter variierender Fahrgeschwindigkeit geprüft, wo bei 40—100 Kilometer in der Stunde die Leistungen der elektrischen Energie nur um 8 Prozent differierten. Auf der Fahrt wird zu Anfang von der wachsenden Spannung die Batterie des Wagons zur Ladung automatisch eingeschaltet, gleichzeitig über Eisendrahtwiderstände der Lampenkreis. Sobald die Fahrgeschwindigkeit vor dem Anhalten verringert wird, stellt die Dynamomaschine die Ladung und die Widerstände ab, die Lampen brennen von der Batterieladung weiter. Ib.

## Kleines Denisseton.

### Sachlich leben.

Sachlich leben ist das stille Gegenteil von sentimental leben. Die Sentimentalität verweicht die Menschen und macht ihnen erst das Leben schwer. Sie macht alles unständlich, was an sich ganz einfach, alles verworren, was klar ist. Sie täuscht uns über die Werte der Dinge und Vorgänge, macht uns blind für Möglichkeiten und Notwendigkeiten, verzerrt uns die Grenze zwischen Einbildung und Wirklichkeit. Sie macht uns feig und schwach, uns selbst unkundig und abhängig von andern. Wie viele Menschen wären lebensfähig und allen Ansprüchen gewachsen, wenn ihre Sentimentalität nicht alles verdirbt! Die Sentimentalität hat mindestens ebensoviel ungünstige Eben auf dem Gewissen wie die praktische Berechnung. An ihr scheitert in allererster Linie die vernünftige Kindererziehung. Die Sentimentalität ist die verhängnisvollste Störung jeden gemeinschaftlichen Lebens, ob es sich um Ehen, Freundschaften, Dienstverhältnisse, Arbeitsgenossenschaft oder gesellschaftlichen Verkehr handelt. Hier feiert sie als persönliche Empfindlichkeit unausgesetzt wahre Orgien der Erregung, Bewirrung, Verwüstung.

Aber so sehr man davon gesquält wird, so wenig läßt man sich davon abbringen, geschweige, daß man das eine sucht, was not tut: sachlich leben! Man geht lieber an Trauer anzutreten, als der gegenwärtigen Lebenslage gerecht zu werden; man opfert der Pleite die wichtigsten Pflichten, verzicht seine Kinder aus Liebe, alles, weil man in seiner Gefühlstrunkenheit keinen Blick für das sachlich Notwendige hat, das allein das Werk des Lebens geraten läßt. Vor den eingebildeten Pflichten, mit denen man sich quält, überzeugt man die wirklichen Pflichten, deren Erfüllung und selbst und unsre Lebensaufgabe sind. Unter den Stimmen und Gefühlen, welche die Seele benebeln, kann die reine Empfindung der Sache und der Spürsinn für die Aufgabe, die in ihr liegt, gar nicht austrommen.

Es ist bei der sentimentalischen Verfassung übrigens ganz gleich, ob sich ihre Erregungen an uns selbst oder an andre Menschen rütteln. Das sentimentale Mitleid mit den andern hört das rechte Leben ebenso wie Wehleidigkeit mit uns selbst. Wenn wir sachlich leben wollen, dürfen wir von keinem von beiden befreien sein: Es kommt dann nicht darauf an, wie wir dabei fahren, sondern daß das vorliegende Lebensproblem so gelöst wird, wie es innerlich notwendig ist. Ob ich mich z. B. damit gesellschaftlich unmöglich mache, ist ganz gleich, ob ich damit Mitleid und Anteilnahme hervorrufe und in einem zweideutigen Licht komme, tut nichts zur Sache. Wir verstehen nur dann zu leben, wenn das überhaupt nicht in Betracht kommt. So unmittelbar müssen wir leben, daß wir uns selbst, unser Wahl und Wehe ganz vergessen. Das nur ist sachlich leben. Im Augenblick lebend, ganz der Sache dienend, sich mit seiner ganzen Person dafür einzusegen, daß der Lebensantritt erfüllt wird. Gewöhnlich ist aber der leitende Gesichtspunkt: wie zieh ich mich am besten aus der Affäre? Das ist stark ausgedrückt, aber es ist doch so. Und wer erst überhaupt einmal auf der Spur ist, sachlich zu leben, der wird sich klar darüber, was viele gar nicht ahnen, wie unser Leben eine fortwährende Anstrengung erfordert. Von weckenden Nebengedanken, von ängstlichen Vorgescheinen der Folgen. Davor werden die Menschen gewöhnlich so benommen, daß sie gar nicht merken, wie sie zum Verräter an ihrer Lebensaufgabe werden. Dann bringt man das Recht, dann verdirbt man die Wehrhaftigkeit, dann drückt man sich um die Aufgabe herum und geht der Forderung der Stunde aus dem Wege. Und hat ein sehr gutes Gewissen dabei; denn unausgesprochen steht dahinter: das kann doch niemand von mir verlangen, daß ich mich so in die Palme bringe, verlangt auch niemand von uns. Es machen es ja alle so. Aber sie bringen sich dadurch ums Leben. Ebenso ist es mit dem Mitleid. Das Mitleid ist eine ebenso verführende und verleitende Macht. Gerade wenn man die Menschen „liebt“, lebt man gewöhnlich unsachlich. Man läßt sich nicht davon bestimmen, was in dem Moment innerlich notwendig ist, sondern davon, wie es den Menschen berührt, der dabei beteiligt ist, ob es ihn schmerzt, ob er schwer davon fragen wird, ob er es uns verargen wird. Das ist ebenso unsachlich. Man nimmt Rücksicht. Wie man sonst Rücksicht auf sich selbst nimmt, so nimmt man nun Rücksicht auf den andern und tut nicht, was sachlich notwendig ist. Das ist aber genau so verkehrt. Dieser Gesetz erliegen gerade die feinsinnigen Menschen so leicht, die Menschen von Herz und Gemüt. Sie sehen es als ihre sitzliche Pflicht an, unsachliche Rücksichten auf die Gesellte des Nächsten zu nehmen. Sie gehen darin so weit, lieber sich selbst zu opfern, lieber Unrecht zu tun, als den Nächsten zu betrüben und kommen dadurch in die aller-schwersten Lebenslagen, Gefahren und Verhängnisse für sich selbst.

Und die andern bringen sie nur zu oft auch hinein.

Ich habe das selbst so furchtbar erlebt. Und bei andern so oft beobachtet, daß ich gerade hier quer hinter das Verhängnis, kam, das in der unsachlichen Rücksicht bestehen kann. In der Bezeichnung der Dinge durch Mitleid. Man muß unter allen Umständen das tun, was innerlich notwendig ist. Ob es uns schmerzt oder den andern, ob es uns bis ans Leben geht oder den andern, ist ganz gleichartig. Unsre Stellung ist gegenüber solchen Aufgaben die Stellung des Arztes dem „Fall“ gegenüber. Unter Umständen auch operiert werden. Und die furchtbarsten Schmerzen für den Kranken dichten den Arzt nicht abhalten, die Ope-

ration vorzunehmen. So geht es uns auch: es gibt Komplikationen im Leben, die nicht zu lösen sind, ohne daß es es uns und andern bis an die Kehle geht. Wenn es sachlich notwendig ist, muß es geschehen. Die Folgen haben wir nicht zu erwarten.

Dr. Joh. Müller.

### Gewerkschaften vor der kapitalistischen Periode.

Die Frage, ob die modernen Arbeitergewerkschaften Vorgänger in früheren Wirtschaftsepochen gehabt haben, wird bekanntlich von den Gewerkschaftsforschern verschieden beantwortet. Während Brentano in seinem bekannten Buch über die Arbeitergilden sie an die mittelalterlichen Gesellenvereine anschließen zu dürfen glaubte, stellte das Webbische Werk die Annahme, daß die Bruderschaften des 14. Jahrhunderts mit den Gewerkschaften in eine Entwicklungslinie gehören, als unbewiesene Hypothese hin und Kulmann an glaubt für Deutschland erst von den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an von eigentlichen Gewerkschaften sprechen zu dürfen. Neuere Forschungen speziell auf dem Gebiet der belgischen Wirtschaftsgeschichte scheinen der Brentanischen Auffassung recht zu geben. So hat Laurent Dehezne in seinen Untersuchungen zur Geschichte der Wollindustrie in Verviers Dokumente entdeckt, die die Existenz von Widerstandsverbänden unter dem Dachmantel von Unterstützungvereinen schon im Anfang des 15. Jahrhunderts aufzeigen. 1715 brach bei den Tuchherren eine Bewegung aus, die das Ziel hatte, die Ausübung des Gewerbes bestimmten Personen zu verbieten. Es kam zum Streit und Verurteilungen. 1722 erneuerte sich die Bewegung, und 1724 wurde eine Bourse commune gegründet, eine Vereinigung, die sich allen Verfolgungen zum Trotz Jahrzehnte lang erhielt, wie eine Verordnung des Fürstbischofs von Lüttich aus dem Jahre 1781 beweist. Noch interessanter sind die Forschungen von Desmarez über den Verband der Hutmacher in Brüssel, dessen Wirksamkeit sich vom 17. Jahrhundert an verfolgen läßt, dessen Spuren aber bis zum ausgehenden Mittelalter zurückführen. Wie der genannte Autor in der Revue d'Économie Politique mitteilt, tritt die Erscheinung, daß unter der Form von Selbsthilfevereinen Widerstandsorganisationen geschaffen werden, schon frühzeitig auf. Im 18. Jahrhundert traten die Brüsseler Hutmacher in den Ausstand, um eine Lohn erhöhung zu erzielen. Die Bewegung wurde unterdrückt, aber im 19. Jahrhundert siegte sie vollständig. Den Gesellen wurde auch die Ernennung von 2 unter den 4 Geschworenen des Jurtsrätschlags gestanden. 1453 gründeten sie einen Verband von 42 Städten, eine wahre Internationale, die Aachen, Paris und Köln als Ortsgruppen angehörten. Die Weber, Färber und Schuhmacher folgten dem Beispiel. Die Brüsseler Hutmacher befanden im 17. Jahrhundert eine Organisation, die von der Justiz anerkannt und für die Hutmacher obligatorisch war. Der gewählte Vorstand hatte nicht nur ausgedehnte Reglementierungsberechtigung, sondern auch die Rechtsprechung über seine Mitglieder. Die Vereinigung war an eine interlokale Föderation angeknüpft, die im 18. Jahrhundert in Mechelen ein Obergericht für Streitfälle errichtete. Alle der Organisation angehörenden Gesellen waren „franz.“, die Ortsgruppen gehörten einander das Recht, daß ihre Mitglieder an den angegliederten Orten Arbeit suchen durften. Die Drei, wo keine Einigung zustande kam, wurden in Rerum erklärt. Zwischen den lokalen „Völkern“ wurde ein regelmäßiger Briefverkehr in Bezug auf die Verurteilungen, unterhalten. Der fremde Geselle wurde bei der „Mutter“, der Frau des Vorsitzenden berücksichtigt, ein „compagnon de tour“ half ihm bei der Arbeitssuche, glückte sie nicht, wurde er mit einem Blatt zum weitergeschafft. Natürlich erregte diese Organisation bei den Meistern großes Aberglaublick und sie segneten 1682 auch durch, daß eine Verordnung erging, wonach die Gesellen in Zukunft nicht Meister in eigenen Sachen seien, nicht Meister verurteilen und keine geheimen Briefe über die Kunst von Verurteilungen schreiben sollten. Weiter wurde ihr Versammlungsrecht beschränkt, die Erhebung von Taxen und die „Nicht-franz.“-Erklärung der Unorganisierten unterfragt. Aber schon 1680 wurde die Verordnung, weil sie wirkungslos geblieben war, erneuert. Es brachen zahlreiche Konflikte, Aussstände, Prozesse aus, bei denen sich französische und niederländische Orte gegenseitige Geldhilfe leisteten. 1704 gründeten 28 Unternehmer in Mechelen eine Widerstandsorganisation, die Gesellen protestierten bei der Regierung gegen sie ohne Erfolg und beriefen darauf eine Delegiertenkonferenz ein, die von Brüssel, Mechelen, Löwen, Gent und Antwerpen beschloß war und einen Verband der „frans-vouriers“ ins Leben rief. Auf den Protest der „nicht-franz.“-Arbeiter wurde die Völkere 1775 als unerlaubt erklärt. Die Folge war, daß der Hilfsverein der Gesellen, neben der der Kontrolle der Meister unterworfenen Buchhaltung eine geheime einrichtete. Die Völkere aber fuhr mit ihren Verurteilungen fort: 1780 erging das Edikt José II., der die absolute Freiheit der Arbeit proklamierte, die Lehrzeit abschaffte und jedwede Kasse der Hutmachergehilfen unterdrückte. Aber auch dieses Edikt hatte keinen Effekt — das soziale Gesetz siegte über das politische. Es folgte die Brabanter Revolution und die Annexion Belgien durch Frankreich, damit aber auch die Herrschaft des Dekrets der Konstituante von 1791, das die Koalitionen unterwarf. 1794 befahl die militärische Föderation seine strengste Anwendung, aber die Gesellen führten fort, sich bei der „Mutter“ zu versammeln, Taxen zu erheben und Werkstätten in Verzug zu erklären. Alle weiteren, wiederholten Verurteilungen blieben vergeblich, selbst nachdem 1810 der Code pénal die Koalitionen unter Strafe gestellt hatte. 1814 sah sich die Municipalität sogar veranlaßt, wegen der Verteilung bei der militärischen Requisition an den Syndikus der Korporation zu appellieren. 1842 wurde die Bouras communis in eine Association de secours mutuel et de prévoyance (Hilfs- und Fürsorgeverein) verwandelt, der aber immer noch Widerstandsvereine verfolgte und durchsetzte, daß jeder Arbeitsuchende vor der Vorstellung bei den Meistern seine Vereinbarungen lösen müsse. Erst nach dem Aufkommen des mechanischen Betriebs in der Hutmachererei wurde eine eigentliche Gewerkschaft gegründet, die sich der Arbeiterpartei anschloß.

### Eine Schnecke auf der Weltreise.

Eine der aufsehenscheinlichsten Familien der über die ganze Erde verbreiteten Klasse der Schnecken sind die sogenannten Achatzschnecken. An Schönheit wie Größe übertreffen wenigstens einige ihrer Mitglieder all ihre Verwandten. Den Namen haben sie von dem eigentlichsten Achatzklan der Schale. Sie gehören übrigens zu den höchststehenden Schneckenordnung der Viergespenstschnecken. Ihr nächster Verwandter in Europa ist die sogenannte Bielstraßenschnecke, die aber nur eine verhältnismäßig geringe Größe erreicht, während die namentlich in den tropischen Gebieten von Afrika und Amerika lebenden Achatzschnecken ein ostnährig als daumenlanges mächtiges Gehäuse mit sich herumtragen. Heute erregt die Achatzschnecke noch durch eine weitere Eigenschaft erhebliches Aufsehen, nämlich durch ihre Wan derlust, die sich übrigens in einer für den Menschen recht unangenehmen Art bewerkstellt. Freilich hat der Mensch dazu selbst mitgeholfen, da diese auf das Land beschränkten Schnecken sonst wohl schwerlich von Afrika nach Indien hinübergetragen würden. Platten und Männer und wohl noch manche andre Tiere unternehmen auch ohne Genehmigung des Menschen Schiffsschädel von Erde zu Erde, aber da eine Schnecke auf diese Weise in ein fremdes Land gewandert wäre und sich so ein neues Gebiet erobert hätte, ist bisher noch nicht bekannt geworden. Auch in diesem Fall war die Einschleppung der Schnecke eine willkürliche Action des Menschen. Wahrscheinlich durch ihre Schönheit verführt, hatte schon vor etwa einem halben Jahrhundert ein Tierfreund eine Achatzschnecke aus Afrika nach Kalkutta mitgebracht und dem schönen Tier weitere Freunde geworben. Die

Schnecke erwies sich dankbar dafür durch eine nicht allzu zahlreiche Vermehrung, so daß diesem neuen Bewohner Andiens ein schädliches Wirken in seiner Hinsicht nachgewiesen werden konnte. Bemerkenswert war der Umstand, daß die Schnecke doch Mittel und Wege gefunden hatte, den großen Hugli-Strom zu überqueren, ohne die besondere Erlaubnis von Menschen dazu einzuholen. Vor etwa zehn Jahren nahm ein Pflanzer der Insel Ceylon einige Exemplare der prachtvollen afrikanischen Achatzschnecke, deren Art wissenschaftlich mit dem Namen Achates julius bezeichnet wird, auf sein Bestium mit, machte aber Erfahrungen mit der Fortpflanzungskraft dieses Weichtiers, die ihn bedenklich stimmten und zu dem Entschluß brachten, die Schnecke lieber doch wieder zu vernichten. Es stellte sich jedoch heraus, daß es leichter gewesen war, diesen Gast einzuladen, als ihn wieder los zu werden. Trotz aller Sorgsamkeit waren einige Schnecken dem großen Morden entgangen und hatten sich nicht nur sichere, sondern auch recht nahegelegte Plätze gesucht. Sie müssen sich dort dann wieder stark vermehrt haben. Einige von ihnen begaben sich wieder auf die Reise und gelangten mit einer Ladung von frischem Gemüse in das Niederland von Ceylon. Hier waren sie noch viel mehr in ihrem Element als auf dem Hochland, wo sie zunächst angestellt worden waren, und entwickelten eine ganz erstaunliche Vermehrungskraft. Heute steht man, wie der Zoologe berichtet, in Ceylon vor der Fazette einer wahren Pest von Achatzschnecken, die auf einer Fläche von etwa 12 Quadratkilometern das Land zu Millionen überchwemmen. Sie verschonen kein Gewächs und Neptunus blieb hoch in die Kokospalmen hinauf. Auf dem Stamme einer solchen Palme wurden nicht weniger als 227 der riesigen Schnecken auf einem Haufen gezählt. Vielleicht aber wird man doch gegen die Schnecken nichts unternehmen, weil sie den Pflanzen verhältnismäßig weniger schaden und der Glaube verbreitet ist, daß sie sogar eine Reinigung der Pflanzentzelle von andern Schädlingen herbeiführen. Die Bewohner von Ceylon werden möglicherweise auch bald dadurch eine Verheerung unter diesen Schnecken anrichten, daß sie auf ihren Geschmack kommen, vorausgefehlt, daß diese Schnecken nicht weniger ebar sind als die Weinbergschnecken, die namenlich in Frankreich zu Tausenden in den Wagen von Feinschmeckern wandern.

Autor Drews, Die Christusmythe. Zweiter Teil: Die Ergebnisse für die Geschichtlichkeit Jesu. Eine Antwort an die Schriftgelehrten mit besonderer Berücksichtigung der theologischen Methode. Jena, Verlag von Eugen Diederichs. Preis 5 Mk., gebunden 5.50 Mk. — Dem vor etwa zwei Jahren erschienenen ersten Teile des Buchs hat Drews nun einen zweiten, weit umfangreicheren (452 Seiten gegen 190), folgen lassen. Wir haben früher schon in einem Artikel die Streitungen des Verfassers und seiner Freunde ausführlich besprochen und auch den ersten Teil des Buchs erwähnt, der in seiner größeren, kritischen Hälfte eine gute Zusammenstellung der ältesten wie neuern Einwendungen gegen die Geschichtlichkeit eines Jesus in der in der Bibel behaupteten Art brachte. Da nicht ein „gewöhnlicher“ Freidenker, sondern — man staune! — ein lebhafte Professor dergleichen behauptete, trat die angegriffene Theologie auf den Plan, nicht allein die liberale, auch die orthodoxe. Man erinnere sich, wie Professor Heremias in Leipzig gegen 10 Pg. Entree mit seiner Verteidigung der Göttlichkeit Jesu redete, weil er (die Verteidigung) nicht hatte wissen lassen, daß er mit seiner Lehre in seinen assyriologischen Schriften dem Christentum selber den Boden ganz energisch abräte. Neben und Schriften gegen Drews waren Legion. Drews geht in dem neuen Bande nun das ganze, für die Christusfrage im Bezieh kommende Material: die außerchristlichen Zeugnisse, die Paulusbriefe, die Evangelien, nochmals in breiterer Weise durch, sich dabei mit seinen sämtlichen Kritikern, hauptsächlich den Theologen Welt, Weinhold, Schmidel, Soden, Müller und Hornack auseinanderlegend. Es gibt es diesen Herren mit ihren Einschätzungen und logischen Kopfspringen ganz gehörig, — aber weniger und noch kräftiger wäre mehr gewesen. Neues kommt freilich bei der Sache absolut nicht heraus. Den größten Teil der Argumente, auch die des Franzosen Dupuis, haben die freidenkerischen Schriftsteller schon seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in ihren Zeitschriften und Broschüren verwandt. Auch der heutige Bund der bürgerlichen Freidenker. Aber diese Herren waren nicht mutig genug, den Kampf mit der orthodoxen Verdummung und der liberalen Halbwelt aufzunehmen und scharf, konsequent und ohne Ermsbildung weiterzuführen. Drews hat ebenfalls einmal festgepackt, und wenn er sich auch nur gegen den liberalen Nationalismus wendet, so trifft er die Orthodoxen zugleich mit; wenn der Mensch Jesus seine Existenz nicht beweisen kann, dann auch nicht der Gott. — Drews würde wohl noch mehr und vor allem auch neue Argumente haben, wenn er, statt sich auf die talmudistische Kleinkrämerkramerei wegen des Alten zu legen, etwas mehr die assyriologische Literatur ausgeschlagen hätte, die vielerlei Argumente für seine Auffassung aufweist. Aber jener Kleinkram möchte ihm wohl für die endgültige Abrechnung mit der theologischen Gesellschaft nötig sein. Nun ist es aber wohl übergenug. — Verfasser meint im Vorwort, daß die profane Geschichtsforschung und -Wissenschaft sich bei uns in Deutschland noch überhaupt nicht um die Entstehung des Christentums geklimmt habe. Das ist nur insoweit richtig, als es sich auf die zünftige Universität- und Professorenstadt bezieht; sonst ist die Zahl der Schriften, die sich um die Lösung dieser Frage bemühten, sehr groß, und sehr viele haben zur Erklärung der geistigen, religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände der damaligen Zeit beigetragen — gelöst ist die Frage in den Hauptzügen bereits von Julius Lippert (Christentum, Volksglaube und Volksbrauch. Berlin 1882). Lippert, der sein Theologe war, den man aber als Religions- und Kulturhistoriker gelten lassen muss, hat neben der Geschichte aller andern Religionen auch die des Christentums geschrieben, und es ist zu bedauern, daß die Herren, die den alten Dupuis wieder zu Ehren bringen, den modernen der Historiker oder konsequent ignorieren. Freilich, seiner Klarheit, der seiten Bodenständigkeit aller seiner Behauptungen gegenüber, kann man niemals zum Unbewußten kommen — bei ihm ist alles Bewußtsein und Notwendigkeit. Natürlich hilft das Streben, Lippert nicht anzuerkennen, den idealistischen Monisten gar nichts, da sie zwar die Persönlichkeit Jesu versöhnt haben, aber weder mit den mythischen Phantasien, noch mit den kritischen Gründen die Religion an sich, das Wesen des Gottesglaubens und vor allem des Gottes überhaupt, geschickt erklären können. Auf diesen schlußfrigen Boden haben sie sich noch gar nicht gewagt. — Zum Schluss kommt Drews natürlich wieder auf seine ideologischen Voraussetzungen, wobei sich heraußstellt, daß er die Jesufigur nicht vertritt im Interesse der ewigen Wahrheit, sondern weil sie nicht in sein philosophisch-religiöses System paßt. Dieses besteht in dem Glauben, an die Vernunft im Weltall, an einen metaphysischen Sinn des Daseins, an die bestimmende und beherrschende Macht der „Idee“ und die Einordnung und Unterordnung der menschlichen Persönlichkeit in ein System von Zwecken, das nur dem „Unbewußten“ bewußt ist. — Dieses teleologische System ist der wieder auf den Kopf zurückgestellte Hegel, den Feuerbach und Marx vergeblich auf die Beine gestellt haben. Die Menschheit soll wieder zum Glauben an die Idee belebt werden, wobei Drews nur vergibt, daß seine Idee nicht die Idee ist. Wir glauben auch an Ideen, wahrsch. menschliche, als Realität der menschlichen Produktionsweise — Drews Idee ist nur der Name für eine unbeweisbare Gottheit: „Die göttliche Natur des Selbst“, und in dieser Erkenntnis fühlt er sich erlost. Was gewinnen wir mit diesem Phantasma? Alle Menschen wahrhaft menschlich zu machen, ist für uns die wahre Selbsterlösung. Dass in Drews, d. h. der Bourgeoisie, Selbsterlösung hier von nicht ein armeliges Wörtchen erwähnt wird, verurteilt sie dazu, ewig bloß „Idee“ zu bleiben.